

Asylverfahren auszulagern ist ein Akt der Grausamkeit

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migrationspolitik in Europa

Length: 874 words

Byline: Filippo Grandi

Highlight: Die EU-Staaten verhandeln über weitere **Asylverschärfungen**, Großbritannien treibt den Ruanda-Deal voran. Die Chefs von UNHCR und IOM warnen: Wer nur auf Abschottung setzt, wird scheitern.

Body

Vom Sand der Sahelzone bis zur Küste des Mittelmeers, von der Wildnis des Darien in Mittelamerika bis zum Golf von Bengalen: Millionen **Flüchtlinge** und **Migranten** sind auf Routen unterwegs, die zu einem Synonym für Verzweiflung, Ausbeutung und Tod geworden sind. Das ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.

Vielfach wird nun nach härteren Maßnahmen gerufen. Mehrere europäische Staaten haben angekündigt, **Asylverfahren** auszulagern, **Asylbewerber** einfach abschieben zu wollen oder die Einwanderungsgesetze zu verschärfen. Die Pläne kommen zunehmend in Mode – aber sie sind falsch.

Der Fokus auf Abschreckung, Kontrolle und die Strafverfolgungsbehörden vernachlässigt das Grundrecht auf Asyl. Der Ansatz ist unwirksam und unverantwortlich, denn er führt dazu, dass Menschen auf den Routen feststecken oder noch höhere Risiken eingehen müssen.

Die Herausforderungen, die die aktuellen Migrationsbewegungen mit sich bringen, sind groß. Aber um sie zu bewältigen, müssen wir unseren Blick weiten. Es braucht mutige Führung – und eine Strategie, die auf jeder Etappe der Routen greift.

Wie könnte eine solche Strategie aussehen?

Zunächst gilt es, Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir müssen Konflikte beilegen, mehr Sicherheit schaffen, die Menschenrechte stärken, Wachstum und Widerstandsfähigkeit nachhaltig und verlässlich finanziell fördern. All das setzt an den Ursachen von Vertreibung und Migration an, indem in die Zukunft der Menschen investiert wird. Diese Investitionen nicht zu tätigen, etwa die Entwicklungshilfe zu kürzen, ist der falsche Weg!

Die Zahl der Resettlement-Plätze und anderer sicherer Wege für Flüchtlinge und Migranten ist vergleichsweise gering.

Millionen Menschen haben keine andere Wahl, als ihre Heimat zu verlassen. Anhaltende Konflikte und Menschenrechtsverletzungen, unerträgliche Armut und die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zwingen sie zur Flucht.

Asylverfahren auszulagern ist ein Akt der Grausamkeit

Wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten geht, sind die einkommensschwächsten Staaten oft am großzügigsten. Aber sie sind kaum in der Lage, noch mehr Menschen aufzunehmen und sie erfolgreich zu integrieren. Dies wiederum führt zu einer Weiterwanderung – wer würde nicht nach einer besseren Zukunft suchen, wenn er keine Wohnung, keine Arbeit, oft nicht einmal Zugang zur Bildung und Gesundheitsversorgung hätte?

Reiche Staaten und internationale Finanzinstitutionen sollten den Ländern entlang dieser Routen deshalb die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Und zwar so, dass auch die Aufnahmegemeinschaften davon profitieren können. Schulen, Universitäten, Unternehmen, Handel, Umweltprojekte bedeuten Hoffnung für alle. Aber nur, wenn es genug davon gibt.

Wohlhabende Staaten können auch im eigenen Land mehr tun. Die Zahl der Resettlement-Plätze und anderer sicherer Wege für Flüchtlinge und Migranten ist vergleichsweise gering. Visa für Familienzusammenführung, Ausbildung oder Arbeit, saisonale Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zu privaten Patenschaftsprogrammen können Migrationsbewegungen ordnen – und sind Alternativen zur irregulären Überfahrt. Gäbe es genug Plätze, könnten sie eine spürbare Wirkung entfalten.

Eine bessere Steuerung der Migration hätte gleich mehrere Vorteile:

Erstens würde sie dazu beitragen, Arbeitsmarktlücken in wohlhabenden Ländern zu schließen. Die sind größer, als vielen bewusst ist. Der Arbeitskräftemangel kostet die Weltwirtschaft jährlich 1,3 Billionen Dollar, mit einer alternden Bevölkerung wird das Problem im globalen Norden nur noch größer. 90 Prozent der 10- bis 24-Jährigen leben in Entwicklungsländern.

Zweitens würde das den Druck auf die Asylsysteme verringern. Einige Migranten beantragen Asyl, weil sie keine legale Einreisemöglichkeit haben.

Drittens würde der Ansatz kriminellen Menschenhändlern schaden, indem er die Zahl ihrer potenziellen Opfer verringert.

Asylverfahren in Drittländer auszulagern, verstößt gegen das Völkerrecht.

Bei einer solchen Strategie geht es nicht nur um große Politik. Die Zusammenarbeit mit den Menschen, mit den Flüchtlingen und Migranten, müsste ausgeweitet werden. Es bräuchte mehr Beratungsangebote, zum Beispiel über Schutzangebote in Drittstaaten,

Ziel muss es sein, überall effiziente und moderne Asylsysteme aufzubauen – auch in Transitstaaten. Die jetzigen Aufnahmestaaten würden davon profitieren, sie müssten weniger Anträge bearbeiten, könnten Flüchtlinge menschlich und rechtsstaatlich behandeln und jene, die keinen Schutz benötigen oder keine andere Bleibeperspektive haben, rasch in Sicherheit und Würde zurückführen.

Es muss klar sein: Alle Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit an eine Grenze kommen, müssen Zugang zum Hoheitsgebiet erhalten, um Asyl beantragen zu können! Menschen dieses Recht zu verweigern oder die Asylverfahren in Drittländer auszulagern, verstößt gegen das Völkerrecht. Es sind Akte der Grausamkeit.

Damit unsere Vorschläge erfolgreich sein können, sind zwei Dinge von entscheidender Bedeutung: Regierungen müssen zusammenarbeiten und die Verantwortung teilen, selbst in diesen kritischen Zeiten. Und es braucht Aufmerksamkeit für jeden Teil des Weges, den verzweifelte Menschen zurücklegen. Eine Politik, die sich nur auf Abschreckung konzentriert, wird scheitern – tatsächlich ist sie bereits gescheitert.

Load-Date: December 7, 2023

Rishi Sunak warnt vor Überforderung Europas durch Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

16. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Britischer Premier in Italien

Length: 381 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Kurz nachdem Rishi Sunak sein umstrittenes Abschiebegesetz durchgeboxt hat, ist er zu Besuch bei Giorgia Meloni in Italien und wirbt für globale Reformen des Asylsystems. Dort warnte er vor der steigenden Zahl von Migranten.

Body

Der britische Premierminister Rishi Sunak hat angekündigt, sich für globale Reformen des Asylsystems einzusetzen und warnte davor, dass die wachsende Zahl von Flüchtlingen Teile Europas »überfordern« könnte.

Sunak äußerte sich auf einem politischen Festival in Italien, das von der Partei seiner italienischen Amtskollegin Giorgia Meloni organisiert wurde, und behauptete, dass einige »Feinde« absichtlich »Menschen an unsere Küsten treiben, um zu versuchen, unsere Gesellschaften zu destabilisieren«.

»Wenn wir dieses Problem nicht in Angriff nehmen, wird die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen. Es wird unsere Länder und unsere Fähigkeit, denen zu helfen, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen, überfordern«, so Sunak in seiner Rede. »Wenn dies erfordert, dass wir unsere Gesetze aktualisieren und ein internationales Gespräch führen, um die Nachkriegsregelungen im Asylbereich zu ändern, dann müssen wir das tun.«

Großbritannien und Italien wollen die Heimreise von in Tunesien gestrandeten Migranten gemeinsam finanzieren. Wie viel Geld dafür bereitgestellt wird, sagten sie jedoch nicht.

Abkommen mit Albanien und Ruanda

Im vergangenen Monat vereinbarte Italien mit Albanien ein Migrationsabkommen, welches vorsieht, dass Italien Asylsuchende, die von staatlichen italienischen Schiffen auf See gerettet wurden, nach Albanien bringt. Dort sollen die Schutzsuchenden ein Verfahren in zwei neu geschaffenen Zentren durchlaufen. Nur Flüchtlinge, deren Asylantrag bewilligt wurde, würden dann nach Italien gebracht.

Die frühere britische Innenministerin Suella Braverman forderte Anfang des Jahres Änderungen an der Uno-Flüchtlingskonvention, die alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, Menschen, die vor Verfolgung fliehen, Asyl zu gewähren. Diese Bestimmung war eines der größten rechtlichen Hindernisse für die Bemühungen der britischen Regierung, ihr umstrittenes Abschiebegesetz durchs Parlament zu bekommen.

Rishi Sunak warnt vor Überforderung Europas durch Geflüchtete

Doch vergangene Woche gelang es Sunak im zweiten Anlauf genug Stimmen im britischen Unterhaus zu sammeln. Um Migranten abzuschrecken, will London irregulär eingereiste Ankömmlinge künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags und ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruandaschicken. Sie sollen stattdessen dort um Schutz ersuchen eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen.

czl/Reuters

Load-Date: December 16, 2023

End of Document

Kretschmann befürwortet Asylverfahren in Drittstaaten

SPIEGEL ONLINE

06. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Erster prominenter Grüner für Unionsvorschlag

Length: 618 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Vor dem Treffen mit Kanzler Scholz gehen die unionsgeführten Länder mit einem Vorschlag zu Asylverfahren im Ausland in die Offensive. Unterstützung bekommen sie vom Grünen Winfried Kretschmann.

Body

Die Migrationspolitik dürfte das beherrschende Thema des Treffens der Länderchefs mit Kanzler Olaf Scholz am späteren Nachmittag sein. Bei den Vorab-Besprechungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich die unionsgeführten Länder hinter einen Vorschlag gestellt, der schon länger kursiert: Sie wollen, dass Asylverfahren künftig direkt in Ländern außerhalb Europas möglich sein sollen.

So bemerkenswert wie brisant ist, dass die unionsgeführten Länder dafür Unterstützung von einem prominenten Grünen bekommen: Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann. Das erfuhr der SPIEGEL; zuerst hatte die »Süddeutsche Zeitung« darüber berichtet.

In einem Formulierungsvorschlag der Unionsländer heißt es, »dass die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Drittstaaten erfolgen soll«. Deshalb solle die Bundesregierung »mit hohem Nachdruck entsprechende Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene unverzüglich aufnehmen«.

Hintergrund des Vorschlags ist die Idee, dass sich Migranten und Flüchtlinge erst gar nicht auf oft lebensgefährliche Fluchtrouten machen würden, wenn sie davon ausgehen müssen, für ihr Asylverfahren etwa in einem afrikanischen Staat zu landen.

NRW-Regierungschef Hendrik Wüst(CDU) hatte jüngst seine Forderung untermauert, über Asylverfahren außerhalb Europas zu diskutieren. So etwas könnte man unter dem Dach der Vereinten Nationen mit ordentlichen rechtssicheren Verfahren machen und Menschen zum Beispiel in einem afrikanischen Land sicher unterbringen, sagte Wüst dem WDR. Wer das Verfahren erfolgreich durchlaufen habe, dürfe nach Europa und auch nach Deutschland kommen - »die anderen gehen aber nicht den gefährlichen Weg aufs Mittelmeer und sind dann nachher doch hier«.

Es darf stark bezweifelt werden, dass der Vorschlag umgesetzt wird. Dazu bräuchte es in der Bundesregierung auch die Zustimmung der Grünen, die anders als Kretschmann derartige Ideen ablehnen und auch in vielen Bundesländern mitregieren.

Kretschmann befürwortet Asylverfahren in Drittstaaten

Eine schnelle Senkung der Flüchtlingszahlen wäre auch nicht zu erwarten, weil es sicherlich Monate oder Jahre dauern würde, entsprechende Vereinbarungen mit Drittstaaten zu treffen. Und es ist fraglich, ob überhaupt andere Staaten dazu bereit wären.

Offen für die Idee zeigte sich auch SPD-Chef Lars Klingbeil. »Wenn am Ende Verfahren auch in anderen Ländern durchgeführt werden können, ist das für mich ein gangbarer Weg«, sagte er nach einer Sitzung des Parteipräsidiums. Er habe jedoch Fragen zu Praxistauglichkeit, Humanität und Rechtsstaatlichkeit solcher Verfahren. Migrationsabkommen mit anderen Staaten seien ein wichtiger Baustein der künftigen Migrationspolitik. Wenn es dabei darum gehe, ob Asylverfahren auch in anderen Ländern durchgeführt werden könnten, »werde ich mich einer solchen Regelung nicht verweigern«. Kürzlich hatten sich auch Fachpolitiker aus der SPD-Fraktion dem Vorschlag angeschlossen.

Zudem gibt es auch Fachleute, die die Idee für ein Instrument halten, die migrationspolitische Krise zu überwinden. Im SPIEGEL-Interview plädierte etwa der Migrationsexperte Gerald Knaus dafür. Es gebe ein Recht auf Asyl, aber nicht auf Migration, sagte er.

Die Migrationspolitik und Asylverfahren sind nicht das einzige Thema bei den Beratungen der Länder mit Kanzler Scholz. Außer über die Kosten für die Integration und Unterbringung von Flüchtlingen soll auch über ein Paket für mehr Tempo bei Planung und Genehmigung von Projekten diskutiert werden. Auch die Zukunft des Deutschlandtickets steht auf der Agenda. Insbesondere in Finanzfragen liegen Bund und Länder weit auseinander.

flo/ulz/cte

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Von der Leyen lobt Asylkompromiss Linke spricht von Legalisierung von Rechtsbrüchen

SPIEGEL ONLINE

20. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Reaktionen zu EU-Einigung

Length: 765 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Das EU-Asylrecht wird verschärft. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verspricht sich davon eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen. Die Linke kritisiert den Deal als »Kniefall vor den Rechtspopulisten«.

Body

Spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 wurde das Thema Migration für die EU zur Belastungsprobe. Tausende Menschen starben beim Versuch, in die EU zu gelangen, zugleich wuchsen in vielen Ländern angesichts hoher Flüchtlingszahlen Forderungen nach Begrenzung von Einwanderung. Trotzdem dauerte es Jahre, bis sich die Mitgliedsländer auf einen Kompromiss einigten. Nun haben sie sich auf eine umfangreiche Reform des Asylsystems verständigt, vor allem, um irreguläre Migration einzudämmen.

Geplant sind einheitliche Verfahren an den EU-Außengrenzen. Asylbewerber sollen bis zu einer Entscheidung über ihren Antrag unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden können. Durch einen »Solidaritätsmechanismus« müssen Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, künftig etwa finanzielle Unterstützung leisten. Zudem sollen abgelehnte Asylbewerber künftig leichter in sichere Drittstaaten abgeschoben werden können.

Wie wird die Einigung politisch bewertet? Der Überblick zu den Reaktionen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht von einem Erfolg. Die Reform bedeute, »dass Europäer entscheiden, wer in die EU kommt und wer bleiben darf, nicht die Schmuggler«, so von der Leyen. »Sie bedeutet, die zu beschützen, die in Not sind.« Auch hätten die EU und die Mitgliedstaaten durch die neue Regelung »die Werkzeuge, um in Krisensituationen, in denen sie mit einer großen Zahl illegaler Einreisender konfrontiert sind, schnell zu reagieren«. Dies gelte auch, wenn »feindliche Staaten« Versuche unternähmen, die EU oder Mitgliedstaaten zu destabilisieren.

EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola sprach von einem »wirklich historischen Tag«. Die Reform sei womöglich das wichtigste Gesetzespaket dieser Legislaturperiode. Der künftige Ansatz sei »human und fair für die, die Schutz suchen, entschieden gegenüber denen, die nicht berechtigt sind und kraftvoll gegenüber denen, die die Schutzbedürftigsten ausbeuten«, so Metsola.

Lob kam auch von der liberalen Fraktion **Renew Europe** im Europaparlament, in der auch die FDP organisiert ist. Es handle sich um einen »historischen Durchbruch«, teilte etwa die französische Europaabgeordnete Fabienne Keller mit. »Wir bringen eine starke gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen durch Migration und setzen Ad-hoc-Lösungen ein Ende«, so Keller. Der migrationspolitische Sprecher der FDP im EU-Parlament, Jan-Christoph Oetjen, sprach von einem »Meilenstein für Europa«. Die Reform werde »endlich Ordnung in die Migrationsströme bringen«, so Oetjen.

Lena Düpont (CDU), migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, äußerte sich ebenfalls positiv. »Europa holt sich die Hoheit über Asyl und Migration zurück«, schrieb Düpont. »Nach langen Jahren des Hangelns von Notlösung zu Notlösung haben wir nun das erste Mal seit der Einführung einer gemeinsamen Innenpolitik eine kohärente Herangehensweise an eine mehr als komplexe Herausforderung.« Der Ball liege nun »vor allem in den Mitgliedstaaten«, so Düpont.

Der Vorsitzende der **SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese**, teilte mit, die Einigung sei ein »großer Erfolg«. Die »klare Unterscheidung an den Außengrenzen wird das Migrationsgeschehen ordnen und den Migrationsdruck auf die europäischen Länder mindern«, so Wiese. »Ankommende Geflüchtete werden an den Außengrenzen registriert und jene mit Schutzanspruch endlich wirklich solidarisch europaweit verteilt.«

Scharfe Kritik kam dagegen von der deutschen Europaabgeordneten **Cornelia Ernst (Linke)**. »Der heutige Tag ist dramatisch für die Rechte Schutzsuchender in Europa und ein historischer Kniefall vor den Rechtspopulisten in der EU«, schrieb Ernst. Es handle sich um die »massivste Verschärfung des Europäischen Asyl- und Migrationsrechts seit Gründung der EU«, so die Linkenpolitikerin. Das individuelle Recht auf Asyl sei »de facto tot«, mit der Regelung hätten Mitgliedstaaten zudem einen »Blankoscheck für die Aussetzung praktisch aller Rechte Schutzsuchender« und einen »Freibrief für Pushbacks«. »Damit wird die Rechtsstaatlichkeit in der EU schwer beschädigt«, schrieb Ernst.

Die Grünen teilten indes mit, sie betrachteten die Reform mit »gemischten Gefühlen«: »Es ist eine schwierige Einigung«, schrieb der Sprecher der deutschen Grünen im EU-Parlament, Rasmus Andresen. Die aktuelle Lage an den Außengrenzen sei unerträglich und dürfe so nicht bleiben. »Ob die jetzige Einigung in der Lage ist, Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik herzustellen, ist fraglich«, schrieb Andresen. Dass künftig auch Familien mit Kindern an den Außengrenzen inhaftiert werden könnten, sei »enttäuschend«.

mbe/fek

Load-Date: December 20, 2023

Migrationsbeauftragter nennt Spahns Abschiebepläne »kindlich naiv«

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flüchtlingspolitik

Length: 432 words

Byline: Alexander Kauschanski

Highlight: Unionsfraktionsvize Spahn will Geflüchtete in Drittstaaten wie Ruanda oder Moldau abschieben. Der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung Joachim Stamp hält solche Vorhaben für nicht so einfach umsetzbar.

Body

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp(FDP), hat den Vorstoß von Unionsfraktionsvize Jens Spahn(CDU) in Sachen Abschiebung kritisiert: »Die Idee sicherer Drittstaaten ist nicht neu und auch im Koalitionsvertrag der Ampel angelegt. Sie lässt sich aber nicht so einfach umsetzen, wie Herr Spahn geradezu kindlich naiv annimmt«, sagte Stamp der »Bild«-Zeitung.

Spahn hatte zuletzt in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« gefordert, alle neuen Geflüchteten »die irregulär die EU erreichen« nach Ghana, Ruanda oder in osteuropäische Nicht-EU-Länder wie Georgien oder Moldau wieder abzuschicken. »Wenn wir das vier, sechs, acht Wochen lang konsequent durchziehen, dann werden die Zahlen dramatisch zurückgehen«, sagte Spahn. Viele würden sich erst gar nicht mehr auf den Weg machen, wenn klar sei, »dass dieser binnen 48 Stunden in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU führt«.

Migrationskrise lasse sich nicht durch schnelle Schlagzeilen bewältigen

Stamp, der am Montag in Georgien erwartet wird, ergänzte, diplomatische Bemühungen auf europäischer Ebene würden »von vornherein kaputt gemacht, wenn öffentlich über potenzielle Länder spekuliert wird«. Er sagte: »Damit hat Herr Spahn der Debatte einen Bärendienst erwiesen.« Die Migrationskrise lasse sich »nur durch kontinuierliche und harte Arbeit auf allen Ebenen bewältigen, nicht aber durch schnelle Schlagzeilen«. Auch Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte Spahns Vorstoß bei ihrem Besuch in Ruanda kritisiert.

Die Bundesregierung prüft seit zwei Jahren, ob Asylverfahren in Ausnahmefällen in Drittstaaten möglich sind. Auf die Frage nach dem aktuellen Stand sagte ein Sprecher des Innenministeriums laut »Bild«, die Prüfung dauere angesichts der rechtlichen und tatsächlichen Komplexität der Fragestellung noch an.

Der Drittstaaten-Vorschlag ist auch Kern des Migrationskonzeptes im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms. Ziel seien »vertragliche Vereinbarungen, wonach Flüchtlinge dort ein Asylverfahren bekommen und im Falle der Schutzgewährung dort sicher bleiben können«, hatte Spahn erklärt.

Migrationsbeauftragter nennt Spahns Abschiebepläne »kindlich naiv«

In der Genfer Flüchtlingskonvention stehe nicht, dass Schutz vor Kriegsverfolgung in der EU selbst gewährt werden müsse. Spahn sagte: »Wenn wir dafür sorgen, dass Verfolgte einen sicheren Schutzraum bekommen, dort gut versorgt werden und ohne Angst leben können, dann ist das Ziel der Flüchtlingskonvention erfüllt.«

Außerdem, so Spahn weiter, habe Deutschland dann auch »Kraft, Raum und Ressourcen, um diejenigen aufzunehmen, die unseren Schutz wirklich brauchen. Ich finde das humanitärer.«

aka

Load-Date: December 18, 2023

End of Document

Innenministerin Faeser wirft Ex-SPD-Chef Gabriel Populismus vor

SPIEGEL ONLINE

23. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Asylrechtsdebatte

Length: 474 words

Byline: Martin Knobbe

Highlight: Unionsvizefraktionschef Spahn und der Ex-SPD-Vorsitzende Gabriel haben das individuelle Asylrecht infrage gestellt. Jetzt reagiert Bundesinnenministerin Faeser gegenüber dem SPIEGEL.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kritisiert deutlich Forderungen, das individuelle Asylrecht einzuschränken oder abzuschaffen. »Das individuelle Asylrecht populistisch infrage zu stellen, löst keines der aktuellen Probleme und verhindert keine der Fluchtbewegungen, die wir auf der Welt erleben«, sagte Faeser dem SPIEGEL. »Ich bin strikt dagegen, das individuelle Asylrecht abzuschaffen. Dass politisch Verfolgte nach dem Grundgesetz Asyl genießen, ist eine Lehre aus dem Terror des Nationalsozialismus. Gerade wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung, Verfolgten von Krieg und Terror Schutz zu gewähren. In der NS-Zeit haben verfolgte Deutsche in anderen Staaten Schutz erhalten. Genauso sind wir dem internationalen Recht verpflichtet, der Europäischen Menschenrechtskonvention ebenso wie der Genfer Flüchtlingskonvention.«

Gabriel hinterfragt Genfer Flüchtlingskonvention

Faesers scharfe Kritik richtet sich auch gegen Mitglieder der eigenen Partei. So hatte der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende und heutige Chef der Atlantikbrücke, Sigmar Gabriel, das individuelle Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention infrage gestellt. »Der Versuch, mit einem Individualrecht auf Asyl und der Genfer Flüchtlingskonvention auf das moderne Phänomen von Massenflucht zu reagieren, wird uns nicht zum Erfolg führen«, sagte Gabriel in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Ähnlich argumentierte der CDU-Politiker Jens Spahn in einem Interview mit der »Bild«-Zeitung. »Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asyl-Migration«, forderte Spahn und plädierte für eine europäische Kontingentlösung für 300.000 bis 500.000 Flüchtlinge im Jahr.

»Dass wir eine neue Migrationspolitik machen, haben wir als Ampelkoalition bewiesen. Wir haben neue Wege für qualifizierte Einwanderung aufgezeigt und ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen«, entgegnete die Bundesinnenministerin nun gegenüber dem SPIEGEL. »Gleichzeitig haben wir endlich eine Einigung für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem erreicht und damit eine tiefe Spaltung Europas überwunden.« Mit Herkunftsstaaten würde die Bundesregierung derzeit »intensiv« über Migrationsabkommen verhandeln, die legale Migration ermöglichen und irreguläre Migration begrenzen sollen. »Das zeigt: Wir ordnen und steuern die Migration so stark wie keine Regierung zuvor«, sagte Faeser dem SPIEGEL.

Innenministerin Faeser wirft Ex-SPD-Chef Gabriel Populismus vor

Die Bundesinnenministerin will zudem am Mittwoch im Kabinett einen Gesetzentwurf für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht verabschieden lassen. Es sieht vor, Einbürgerungen zu vereinfachen und doppelte Staatsbürgerschaften grundsätzlich zu ermöglichen. Für Menschen, die nicht für den eigenen Lebensunterhalt aufkommen können oder die in Deutschland bereits straffällig geworden sind, soll die Einbürgerung hingegen erschwert werden.

kno/wow

Graphic

IMAGO/Political-Moments - Bundesinnenministerin Faeser (SPD)

Load-Date: August 23, 2023

End of Document

Bundestag erklärt Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten

SPIEGEL ONLINE

16. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Beschleunigte Asylverfahren

Length: 420 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Die Ampelkoalition will die Migration nach Deutschland begrenzen und Asylbewerber aus bestimmten Ländern schneller zurückweisen. Für manche Menschen schwindet nun die Chance auf positive Bescheide.

Body

Die Bundesregierung will die irreguläre Migration nach Deutschland reduzieren. Nun hat der Bundestag die Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten gebilligt. Der Vorschlag der Ampelkoalition wurde mit breiter Mehrheit angenommen, nur die Linke stimmte dagegen.

Mit der Einstufung sollen Anträge von Menschen aus den beiden Ländern künftig als »offensichtlich unbegründet« abgewiesen werden. Das soll die oft langwierigen bürokratischen Verfahren verkürzen; Antragsteller aus den beiden Ländern sollen schneller abgeschoben werden können.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) geht davon aus, dass Rückkehrern in Georgien und Moldau in der Regel weder Verfolgung noch unmenschliche Behandlung droht. Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken lag im ersten Halbjahr unter 0,1 Prozent, es wurde also nur etwa jeder tausendste Antrag anerkannt. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt knapp 8900 Asylanträge aus Georgien und 5200 Anträge aus Moldau gezählt.

Faeser will Migrationsabkommen mit Georgien und Moldau

»Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Begrenzung irregulärer Migration«, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Deutschland wolle mit Georgien und Moldau jetzt ein Migrationsabkommen schließen, »um qualifizierte Zuwanderung von Arbeitskräften zu ermöglichen und damit Anreize dafür zu schaffen, dass georgische und moldauische Staatsbürger künftig keine aussichtslosen Asylanträge in Deutschland stellen«.

Das Recht auf individuelle Anhörung und Prüfung des Begehrens bleibt aber im Grundsatz unberührt. Betroffene müssen jedoch in der Regel in Flüchtlingsunterkünften wohnen und dürfen in Deutschland keine Arbeit aufnehmen.

Derzeit sind alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Ghana und Senegal, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten gelistet. Moldau ist EU-Beitrittskandidat, Georgien strebt diesen Status an. Immer wieder werden Stimmen laut, weiteren Ländern diesen Status zuzuschreiben, um auch Abschiebungen in diese Staaten einfacher zu machen.

Bundestag erklärt Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland war zuletzt wieder deutlich gestiegen. Kommunen meldeten zuletzt auch, dass sie keine Kapazitäten mehr zur Aufnahme weiterer Asylsuchender hätten. Die Bundesregierung hat angekündigt, verstärkt abschieben zu wollen oder illegale Migration einzudämmen. Im SPIEGEL-Interview sagte Kanzler Olaf Scholz (SPD), man müsse »endlich im großen Stil abschieben«.

fek/dpa/Reuters

Load-Date: November 16, 2023

End of Document

Wüst plädiert für Asylverfahren außerhalb Europas

SPIEGEL ONLINE

31. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Debatte über Migration

Length: 293 words

Byline: Timo Lehmann

Highlight: Bund und Länder wollen sich in wenigen Tagen darüber verständigen, wie sie irreguläre Einwanderung eindämmen können. Aus Nordrhein-Westfalen kommt ein drastischer Vorschlag.

Body

Knapp eine Woche vor dem Bund-Länder-Treffen zur Migration hat sich Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst dafür ausgesprochen, Asylverfahren außerhalb Europas ernsthaft zu diskutieren. »Irreguläre Migration muss beendet werden, damit wir denjenigen Menschen gerecht werden können, die wirklich unsere Hilfe brauchen, weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen«, sagte Wüst der »Süddeutschen Zeitung«.

Am 6. November wollen die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über die Eindämmung der irregulären Migration und über die Finanzierung der Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge in Deutschland beraten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist derzeit in Marokko zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in Migrations- und Sicherheitsfragen unterwegs.

Der CDU-Politiker Wüst schlug vor, dass ähnlich wie beim EU-Türkei-Abkommen etwa in Nordafrika gegen finanzielle Zusagen Abkommen geschlossen werden. Flüchtlinge sollen nach einem Aufgreifen in Europa in Partnerländer entlang der Fluchtrouten gebracht werden, »damit dort Verfahren und Schutzgewährung nach rechtsstaatlichen Regeln stattfinden«.

»Das heißt, die, die keinen Schutzstatus erwarten können, kommen erst gar nicht in unser Land. Dabei müssen wir diese Partnerländer finanziell unterstützen. Es geht um Abkommen mit Leistung und Gegenleistung«, sagte Wüst.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte der »Süddeutschen Zeitung«, auch seine Partei befürworte so eine Durchführung von Asylverfahren in Drittländern außerhalb der EU. »Eine solche Regelung würde Klarheit über den Schutzstatus schaffen und verhindern, dass sich Menschen ohne Perspektive auf die gefährliche Route übers Mittelmeer begeben. Das ist auch eine Frage der Menschlichkeit.«

til/dpa

Load-Date: October 31, 2023

Wüst plädiert für Asylverfahren außerhalb Europas

End of Document

Ampel will Abschiebungen vereinfachen

SPIEGEL ONLINE

11. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Einigung auf Migrationspaket

Length: 891 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Die Bundesregierung hat sich auf neue Maßnahmen in der Migrationspolitik geeinigt. Ein neues Gesetz von Innenministerin Nancy Faeser soll Abschiebungen erleichtern. Zudem sollen einige Geflüchtete früher arbeiten dürfen.

Body

Die Bundesregierung hat sich im Grundsatz auf neue Regeln in der Migrationspolitik geeinigt. Sie sollten für mehr und schnellere Rückführungen und Abschiebungen sorgen, teilte Innenministerin Nancy Faeser mit.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sprach in Berlin von einem Doppelschritt. Es gehe »um erleichternde Schritte, um in Arbeit zu kommen«. Habeck sprach von einer »Chance, sich hier zu bewähren und auch für die Unternehmen«. Die geplanten Regeln bedeuteten aber auch: »Wer keinen Bleibetitel bekommt und sich durch Arbeit nicht ausweist, der muss das Land verlassen.«

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und die Tagesschau berichteten über eine vertrauliche Sitzung von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit Habeck und FDP-Chef Lindner. Demnach wurde das Migrationspaket am Dienstag in dem Treffen vereinbart.

Das Paket besteht aus zwei Teilen: Einerseits soll die Rückführung abgelehnter Asylbewerber vereinfacht werden und so öfter gelingen. Dazu legte Innenministerin Faeser am Mittwoch einen Gesetzentwurf vor, der eine Reihe von Gesetzesverschärfungen vorsieht, einen Teil davon hatte sie schon im Sommer vorgeschlagen.

So soll abgelehnten Asylbewerbern in Haft die drohende **Abschiebung** künftig **nichtmehr angekündigt** werden. Auch bei Menschen, die mindestens ein Jahr lang geduldet worden sind, muss eine Abschiebung nicht mehr mit einer Frist von einem Monat angekündigt werden. Bei Familien mit Kindern bleibt eine Ausnahme bestehen.

Das **Ausreisegewahrsam** soll auf 28 Tage verlängert werden.

Die Ausweisung von **Schleusern** soll »forciert« werden.

Die Behörden sollen zudem mehr Rechte erhalten, um die **Identität von Asylbewerbern** festzustellen und Ausreisepflichtige aufgreifen zu können.

Einige Flüchtlinge sollen früher arbeiten dürfen

Ampel will Abschiebungen vereinfachen

Andererseits will die Bundesregierung einigen Asylbewerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Einen konkreten Gesetzentwurf gibt es dafür noch nicht. Dem SPIEGEL liegen die Eckpunkte des geplanten Gesetzes vor.

Asylbewerber in Sammelunterkünften sollen künftig nach **sechs statt nach neun Monaten** eine Arbeit aufnehmen können. Für Menschen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen oder ihre Identität verschleiert haben, soll das demnach nicht gelten.

»**Geduldete**« **Personen** sollen künftig im Regelfall eine **Beschäftigungserlaubnis** erhalten. Das liegt im Ermessen der Ausländerbehörden. Für Menschen, die kurz vor der Abschiebung stehen, soll das nicht gelten.

Die Unterstützung für Migranten in Gemeinschaftsunterkünften soll gekürzt werden, weil sie weniger Verpflegungskosten haben. Zudem will der Bund ein Migrations-Informationsportal für die Ausländerbehörden schaffen.

Zu der Diskussion um Sachleistungen für Asylbewerber heißt es in dem Papier: Die Bundesregierung begrüße es, wenn Länder und Kommunen prüfen würden, ob Sachleistungen statt Geldleistungen ausgegeben werden können. Auch der Nutzung von Geldkarten steht die Ampel offen gegenüber. Beides ist derzeit schon möglich. Viele Kommunen berichten aber von einem hohen bürokratischen Aufwand.

Anerkannte Flüchtlinge dürfen in Deutschland eine Beschäftigung annehmen. Grundsätzlich gibt es allerdings in den ersten drei Monaten nach Ankunft in Deutschland ein Beschäftigungsverbot. Danach gilt:

Wenn das Asylverfahren nicht abgeschlossen ist, durfte ein Asylbewerber in Deutschland trotzdem arbeiten bislang aber erst nach neun Monaten.

Asylbewerber mit minderjährigen Kindern dürfen bereits nach sechs Monaten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Wenn sie frühzeitig nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, können sie nach drei Monaten eine Beschäftigungserlaubnis erhalten.

Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten dürfen während des Verfahrens nicht arbeiten.

Abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerbern kann nach sechs Monaten eine Beschäftigungserlaubnis erteilt werden, wenn sie zum Wohnen in der Aufnahmeeinrichtung verpflichtet sind ansonsten nach drei Monaten.

Wegen hoher Flüchtlingszahlen hatte die Debatte über eine Begrenzung der Migration nach Deutschland in den vergangenen Monaten Fahrt aufgenommen. Länder und Kommunen signalisierten wiederholt, dass ihre Kapazitäten, Menschen aufzunehmen, unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren erschöpft seien.

In der Ampelkoalition hatte es über Monate Streit gegeben, wie mit dem Problem umzugehen ist. Widerstand gegen eine Verschärfung der Regeln gab es vor allem bei den Grünen. Die Zustimmung Deutschlands zur EU-Krisenverordnung, einem zentralen Bestandteil der EU-Asylreform, gab es erst nach einer Intervention von Kanzler Scholz im Kabinett.

Scholz hat für Freitag Oppositionsführer Friedrich Merz sowie den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU) und dessen MPK-Stellvertreter, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, eingeladen. Es soll um den »Deutschlandpakt« gehen, mit dem Scholz in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen das Land modernisieren will. Scholz hatte den Begriff bei einer Generaldebatte im Bundestag eingeführt.

Die Union griff den Ausdruck in einem Antrag mit dem Namen »Deutschlandpakt in der Migrationspolitik Irreguläre Migration stoppen« auf. Das Thema Migration wird bei den Gesprächen am Freitag wohl eine zentrale Rolle spielen, genauso wie beim Treffen der Bundesländer am Donnerstag und Freitag in Frankfurt.

Ampel will Abschiebungen vereinfachen

Load-Date: October 11, 2023

End of Document

Zahl der Asylanträge in Europa nähert sich Höchstwert von 2016

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration

Length: 540 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: In Europa suchen wieder mehr Menschen Schutz vor Krieg und Vertreibung. Die Zahl der Asylanträge schwankt jedoch zwischen den Ländern zum Teil massiv. In Deutschland drängt die Politik auf einen härteren Asylkurs.

Body

Mehr als 800.000 Asylanträge sind in diesem Jahr bis Oktober in der Europäischen Unionsowie Norwegen und der Schweiz gestellt worden. Im Vergleich zu den Vorjahreszeiträumen ist das der höchste Wert seit 2016, wie die Tageszeitung »Welt« unter Berufung auf Zahlen der EU-Asylagentur EUAA berichtete. Demnach wurden seit Jahresbeginn bis zum Stichtag am 3. Oktober genau 801.459 Asylanträge in den 29 Staaten gestellt.

Einen großen Einfluss auf das Fluchtgeschehen hat der Krieg in der Ukraine und auch damit verbundene neue geschaffene Fluchtrouten über den Russland-Verbündete Belarus. Den stärksten Anstieg verzeichneten den Angaben zufolge entsprechend

Lettland (plus 168 Prozent)

und **Estland** (119 Prozent).

An dritter Stelle folge **Deutschland** mit einem Anstieg bei den Antragszahlen von 74 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Am stärksten rückläufig waren die Zahlen den Angaben zufolge in Dänemark (minus 56 Prozent), Malta (minus 54 Prozent), Zypern (minus 52 Prozent) und Österreich (minus 41 Prozent). Das Land mit den bislang wenigsten Asylanträgen in diesem Jahr sei Ungarn mit bislang nur 26 Anträgen gewesen.

Die steigenden Zahlen umtreiben auch die Politik in Deutschland. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidkedrängt darauf, die Zuwanderung nach Deutschland stärker zu begrenzen. »Es braucht jetzt eine deutliche Senkung der Migrationszahlen für Deutschland einerseits und eine stärkere Bekämpfung der Schleuserkriminalität andererseits«, sagte der SPD-Politiker der Nachrichtenagentur dpa. Das sei zuerst die Aufgabe der Bundesregierung. »Deshalb müssen Bund und Länder schnell zusammenkommen, denn wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung, um in der Migrationsfrage endlich Lösungen zu finden.«

Woidke pocht auf Sachleistungen

Zahl der Asylanträge in Europa nähert sich Höchstwert von 2016

Der Brandenburger Regierungschef forderte auch, Menschen ohne Bleiberecht »konsequenter in ihre Heimatländer zurückzubringen«. »Hierfür müssen wir die Regeln, die schon da sind, konsequent umsetzen«, sagte Woidke. Er schlug zugleich eine Verschärfung bei den Leistungen für Asylbewerber vor. »Um die Anreize zur Migration nach Deutschland zumindest etwas zu verringern, halte ich die Umstellung von Barzahlungen auf Sachleistungen für einen ersten geeigneten Schritt.«

Auch Union und FDP dringen auf eine Verschärfung der Asyl- und Flüchtlingspolitik. So fordert CDU-Chef Friedrich Merz etwa eine stärkere Abschiebung von Flüchtlingen ohne Anspruch auf Asyl. FDP-Chef Christian Lindner wirbt für Sach- statt Geldleistungen, um die Anreize zu senken, nach Deutschland zu kommen.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), Hans Vorländer, hält Reformen in der Asyl- und Migrationspolitik ebenfalls für dringend geboten. Eine wichtige Stellschraube, an denen die Regierung von SPD, Grünen und FDP drehen müsse, um mehr Kontrolle in das Zuwanderungsgeschehen zu bringen, sei die angestrebte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Diese sieht für einen Teil der Schutzsuchenden Asylprüfungen an den EU-Außengrenzen und auch Rückführungen von dort vor.

Der SVR-Vorsitzende warnte: »Wenn die GEAS-Reform vor der Europawahl nicht erreicht wird, dann ist ein weiteres Erstarken von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in Europa zu erwarten.«

mrc/dpa

Load-Date: October 10, 2023

End of Document

Meloni preist Asyldeal mit Albanien als Vorbild für EU

SPIEGEL ONLINE

07. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migrationspolitik

Length: 457 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Wer im Mittelmeer gerettet wird, soll künftig nach Albanien geschafft werden: Italiens Regierungschefin Meloni präsentiert stolz ihren nächsten Migrationsdeal. Doch selbst Albanien's Premier Rama dämpft die Erwartungen.

Body

Italien und Albanien haben ein weitreichendes Migrationsabkommen geschlossen. Das verkündeten die Regierungschefin Giorgia Meloni und Edin Rama am Montagabend auf einer Pressekonferenz. Der Deal sieht vor, dass Italien Asylsuchende, die von staatlichen italienischen Schiffen auf See gerettet wurden, nach Albanien bringt.

Dort sollen die Schutzsuchenden ein Verfahren in zwei neu geschaffenen Zentren durchlaufen. Nur Flüchtlinge, deren Asylantrag bewilligt wurde, würden dann nach Italien gebracht.

Das Abkommen gilt nur für jene Personen, die auf See von staatlichen italienischen Schiffen aufgegriffen werden. Migranten und Flüchtlinge, die es aus eigener Kraft nach Italien schaffen – eine erhebliche Zahl – sollen nicht nach Albanien geschafft werden. Für besonders vulnerable Personen wie Schwangere und Minderjährige soll ebenfalls eine Ausnahme gelten.

Die zwei Zentren im Norden Albanien sollen offenbar unter italienischer Jurisdiktion stehen und von Rom bezahlt und verwaltet werden. Albanien werde nur bei der Überwachung der Einrichtungen mitwirken, heißt es. Laut Meloni sollen die Lager rund 3000 Menschen fassen. Sie hofft, so bis zu 36.000 Asylbewerber pro Jahr nach Albanien bringen zu können.

Meloni unter Druck

Meloni steht unter großem politischem Druck. Im Wahlkampf hat die Postfaschistin ihren Wählern versprochen, die Zahl der Flüchtlinge erheblich zu reduzieren, tatsächlich ist bisher das Gegenteil der Fall. Bis Anfang November kamen mehr als 144.000 Menschen auf Booten an. Im Vorjahreszeitraum waren es rund 87.300. (Lesen Sie hier, womit das zusammenhängt).

Meloni hat deshalb bereits einen Migrationsdeal mit Tunesien eingefädelt, allerdings stockt die Zusammenarbeit mit Präsident Kais Saied. Im Deal mit Albanien sieht Meloni nun ein Vorbild für die gesamte EU. »Tatsächlich glaube

Meloni preist Asyldeal mit Albanien als Vorbild für EU

ich, dass es zu einem Modell für die Zusammenarbeit zwischen EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern bei der Steuerung der Migrationsströme werden kann«, sagte sie.

Albaniens Regierungschef Edin Rama betonte in einem Interview mit der italienischen Zeitung »La Stampa«, er sei nicht an Geld interessiert. Offenbar will Meloni sich im Gegenzug für die Hilfe Albaniens für den EU-Beitritt des Landes einsetzen.

Rama warnte gleichzeitig vor zu hohen Erwartungen. Das Abkommen werde »nichts lösen«, insbesondere die Verhandlungen mit afrikanischen Ländern über die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern würden schwierig.

Die italienische Opposition kritisierte das Abkommen. Es verstoße offenbar gegen internationales und europäisches Recht, sagte die Sozialdemokratin Elly Schlein. Das Abkommen ist bisher nicht öffentlich. Ähnlich wie der EU-Türkei-Deal ist es kein bilateralen Vertrag, sondern nur ein sogenanntes Memorandum of Understanding.

slü

Load-Date: November 7, 2023

Söder und Linnemann halten Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels für unzureichend

SPIEGEL ONLINE

07. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bund-Länder-Runde zur Migrationspolitik

Length: 796 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: CDU und CSU sehen die Einigung von Bund und Ländern zur Migrationspolitik als ersten Schritt der jedoch bei Weitem nicht reiche. Der Deutsche Städtetag forderte erneut die Beteiligung der Kommunen an Verhandlungen.

Body

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat die Bund-Länder-Vereinbarung zur Migrationspolitik als unzureichend beurteilt. »Es ist ein kleiner Schritt«, sagte Linnemann im ARD-»Morgenmagazin«. Das Papier reiche aber »bei Weitem nicht aus«, um die illegale Migration in Deutschland einzudämmen.

»Wir können jetzt nicht jahrelang warten, bis die europäische Außengrenze wirklich geschützt wird, sondern da müssen wir auch an unseren Grenzen Kontroll- und Transitzentren einführen«, forderte Linnemann. Asylbewerber sollten erst dann auf die Kommunen verteilt werden, wenn ein Bleiberecht bestehe. Zudem solle der Familiennachzug eingeschränkt und Asylverfahren in Drittstaaten durchgeführt werden. »In dem Papier heute Nacht steht drin, wir wollen das alles prüfen«, sagte der CDU-Politiker. »Das ist alles zu weich.«

Die Regierungschefs der Bundesländer und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatten bis in den Morgen verhandelt. Ihre Einigung sieht eine Systemumstellung bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten vor, auch sollen die Leistungen für Asylbewerber gekürzt werden. Wenn sich Verfahren hinziehen, sollen künftig nicht 18, sondern 36 Monate lang nur Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden.

Die Bundesregierung will zudem prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind. Und Asylverfahren sollen schneller abgewickelt werden. Insbesondere bei Menschen aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von weniger als fünf Prozent sollen diese in drei Monaten abgeschlossen sein.

Grünenchef Omid Nouripour kann hingegen nicht verstehen, dass Linnemann unmittelbar nach den Beschlüssen neue Forderungen aufstellt. Alle Beteiligten in dem Gespräch der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler hätten sich bewegt, so Nouripour im »Morgenmagazin«. Die Union solle sich an der Umsetzung der Beschlüsse beteiligen, statt neue Forderungen aufzustellen. »Jetzt mal Ruhe reinbringen und umsetzen, das ist jetzt das Gebot«, sagte Nouripour. Es dürfe nicht so getan werden, als könne jemand mit dem Zauberstab herumwedeln und alles werde anders.

Söder und Linnemann halten Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels für unzureichend

»Positiv: Es bewegt sich was! Negativ: Das reicht noch nicht«

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat die Ergebnisse der Bund-Länder-Verhandlungen zur Migration als Fortschritt, aber noch nicht ausreichend bewertet. »Positiv: Es bewegt sich was! Negativ: Das reicht noch nicht«, schrieb der CSU-Chef am Morgen auf der Plattform X, früher Twitter. »Wir müssen weiter Druck machen, um die Zuwanderung nach Deutschland zu begrenzen«, betonte Söder.

Auch der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Burkhard Jung, kritisierte im Deutschlandfunk die zähen Verhandlungen von Bund und Ländern. »Dieses Gezerre ist fürchterlich zwischen Bund und Ländern«, sagte er und erneuerte zugleich den Anspruch der Kommunen, bei solchen Verhandlungen dabei zu sein. »Wir gehören an den Tisch. Ich werde nicht müde, das zu fordern.«

Positiv zu bewerten sei die geplante Pro-Kopf-Pauschale des Bundes pro Asylersantragsteller, sagte Jung. Allerdings seien die verabredeten 7500 Euro »deutlich zu wenig«. Die Bundesländer hatten zunächst 10.500 Euro pro Geflüchtetem und Jahr gefordert, der Bund wollte nur 5000 geben.

Verständigt hatten sich die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler auch darauf, dass Asylbewerber mindestens einen Teil ihrer Leistungen künftig als Guthaben auf eine Bezahlkarte bekommen sollen. Jung, der auch Leipziger Oberbürgermeister ist, hoffe hier auf eine unbürokratische Lösung.

Lindner: Einsparungen in Milliardenhöhe möglich

Die FDP zeigte sich zufrieden mit der Bund-Länder-Einigung zur Finanzierung der Migrationskosten. Die geplante Einschränkung bei den Leistungen für Asylbewerber könne zu Einsparungen in Höhe von einer Milliarde Euro führen, schrieb Bundesfinanzminister Christian Lindner auf X. Dadurch würden nicht nur Länder und Kommunen entlastet. »Durch diese Maßnahme wird auch die Anziehungskraft des deutschen Sozialstaats reduziert«, so der FDP-Chef.

Bundesjustizminister Marco Buschmann sprach von guten Schritten zu einer »neuen Realpolitik auf dem Gebiet der Migration«. Der FDP-Politiker nannte auf X insbesondere die Verabredung, dass Asylbewerber mindestens einen Teil ihrer Leistungen künftig als Guthaben auf eine Bezahlkarte bekommen sollen. Auch würden Spielräume zur Reduzierung von Maßnahmen genutzt, die eine Sogwirkung auf Migranten haben.

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch bezeichnete die Bund-Länder-Einigung hingegen als einen »rabenschwarzen Tag« für Kommunen, Bürgermeister und Landräte. Bartsch forderte höhere Steuern von Superreichen. »Deutschland ist zweifellos am Limit. Daher brauchen die Kommunen maximale Unterstützung. Die Kosten sollten nicht länger vom normalen Steuerzahler getragen werden«, sagte Bartsch dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

czl/dpa

Load-Date: November 7, 2023

Costa Rica will wegen durchreisender Migranten Notstand ausrufen

SPIEGEL ONLINE

27. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Transitland in Zentralamerika

Length: 486 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Costa Rica ist für viele Migranten auf dem Weg in die USA ein Durchreiseland. Fast 400.000 Menschen zogen in diesem Jahr bereits durch den zentralamerikanischen Staat. Nun reagiert die Regierung.

Body

Costa Rica ist zunehmend überfordert von der Anzahl an Migranten, die das Land für die Weiterreise Richtung USA nutzen. Wegen des erhöhten Andrangs möchte die Regierung nun den Ausnahmezustand ausrufen. Damit sollen außerordentliche finanzielle Mittel zur Bewältigung der Krise freigesetzt werden, sagte Präsident Rodrigo Chaves am Dienstag. Seit Januar hätten mehr als 386.000 Migranten die Grenze von Panama nach Costa Rica überquert.

»Wir alle wissen, dass es auf dem gesamten amerikanischen Kontinent eine Migrationskrise gibt«, sagte Chaves. Das mittelamerikanische Costa Rica sei vor allem ein Transitland. Allein im September seien mehr als 60.000 Flüchtlinge in der Grenzstadt Paso Canoas angekommen, was der dreifachen Einwohnerzahl entspreche. Auch die Sicherheit auf den Migrationsrouten solle erhöht werden.

Zuletzt hatten auch Panama und Mexiko angesichts der hohen Migrantenzahlen Maßnahmen angekündigt. In Mexiko, der letzten Station vor der US-Grenze, hat unter anderem die Nationalgarde die Kontrollen verstärkt, um zu verhindern, dass Migranten als blinde Passagiere Güterzüge besteigen.

Neben Migranten aus Mittelamerika machen sich immer mehr Menschen aus Venezuela, Haiti und Kuba, aber auch aus Afrika und Asien auf den Weg in die USA. Die Menschen fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern.

Britische Innenministerin stellt Uno-Flüchtlingskonvention infrage

Auch in Europa bestimmt das Thema Migrationskrise die Debatte vieler Länder. Die britische Innenministerin Suella Braverman hat in einer Rede die Relevanz der Genfer Flüchtlingskonvention infrage gestellt. Die 1951 verfasste Konvention sei zwar damals ein »unglaublicher Erfolg« gewesen, sagte sie. Doch 70 Jahre später sei es an der Zeit zu hinterfragen, ob sie »für unsere moderne Zeit geeignet ist oder Reformen braucht«, sagte Braverman am Dienstag bei einer Veranstaltung der konservativen Denkfabrik American Enterprise Institute in Washington.

Costa Rica will wegen durchreisender Migranten Notstand ausrufen

Braverman zitierte eine Studie, wonach die Flüchtlingskonvention mindestens 780 Millionen Menschen weltweit das potenzielle Recht gebe, in ein anderes Land zu ziehen. Westliche Länder seien nicht in der Lage, ein Asylsystem aufrechtzuerhalten, »wenn es einfach nur reicht, schwul oder eine Frau zu sein oder Angst vor Diskriminierung im Herkunftsland zu haben, um ein Recht auf Schutz geltend machen zu können«, sagte die Tory-Politikerin.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR erklärte, die Konvention sei »der Eckpfeiler des internationalen Flüchtlingsschutzes« und »bleibt ein lebensrettendes Instrument«. Sie sei »heute so relevant« wie zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung.

Die britische Tory-Regierung dümpelt in Meinungsumfragen derzeit dahin und ringt seit dem Brexit damit, die Zahl der Flüchtlinge, die aus Europa in Booten über den Ärmelkanal kommen, einzudämmen. In diesem Jahr haben auf diesem Weg schon fast 24.000 Menschen Großbritannien erreicht.

asc/dpa/AFP

Load-Date: September 27, 2023

End of Document

Sonderbeauftragter liebäugelt mit Streichung von Bargeld für Asylbewerber

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Schärfere Flüchtlingspolitik

Length: 363 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Länderchefs wollen die Leistungen für Asylbewerber künftig in einer Bezahlkarte bündeln. Nun begrüßt auch der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung den Vorschlag – doch von den Grünen gibt es bereits Gegenwind.

Body

Die Bundesregierung will mit einem neuen Migrationspaket ihre Asylpolitik nachschärfen, die Länder drängten in ihrer jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz jedoch auf weitere Maßnahmen. Unter anderem hoffen sie auf die Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, unterstützt nun die Überlegungen.

Bei der Bezahlkarte geht es darum, Leistungen an Asylbewerber nicht mehr bar, sondern per Chipkarte auszureichen. Damit soll dann ein Geldtransfer in die Heimatstaaten nicht mehr möglich sein. »Das würde auch meine Arbeit erleichtern, weil die Herkunftsländer dann eher bereit wären, Ausreisepflichtige zurückzunehmen«, sagte der FDP-Politiker Stamp der »Neuen Osnabrücker Zeitung«.

Neben den Ländern dringt auch die Union auf die bundesweit einheitlich geregelte Bezahlkarte. Stamps Partei, die FDP, ist ebenfalls dafür.

Stamp dämpft Hoffnung auf raschen Effekt

Zugleich bekräftigte Stamp, dass die von ihm auszuhandelnden Rückführungsabkommen die starke Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten kurzfristig nicht eindämmen werden. »Meine Arbeit wirkt eher mittel- und langfristig. Deutschland hat in der Vergangenheit viele Rücknahmeabkommen geschlossen, nicht alle haben in der Praxis funktioniert«, erklärte er. Wichtig sei vielmehr, dauerhafte Migrationspartnerschaften mit Ländern aufzubauen – für die Rückführung von Migrantinnen und Migranten wie auch für die Anwerbung von Arbeitskräften.

Neben der Bezahlkarte hatten die Länder den Bund unter anderem aufgefordert, dass Klageverfahren gegen ablehnende Asylbescheide vor den Verwaltungsgerichten nicht mehr so lange dauern. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Helge Limburg, stemmte sich am Wochenende jedoch bereits gegen die Beschlüsse.

Sonderbeauftragter liebäugelt mit Streichung von Bargeld für Asylbewerber

Die Konferenz der Regierungschefs der Länder sei nicht mehr als eine »informelle Runde«, die keineswegs Dinge beschließen könne, die hinterher vom Bundestag noch abgenickt werden müssten, sagte der Abgeordnete am Sonntag. Die Ministerpräsidenten hätten bei ihrem Treffen daher »falsche Erwartungen« in der Bevölkerung geweckt.

mrc/dpa

Graphic

imago images/Future Image - FDP-Politiker Joachim Stamp: »Das würde auch meine Arbeit erleichtern«

Load-Date: October 16, 2023

End of Document

Bundesrat billigt Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten

SPIEGEL ONLINE

15. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Für beschleunigte Asylverfahren

Length: 579 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Die Ampelregierung will die steigende Zahl von Asylsuchenden begrenzen. Ein entsprechender Gesetzentwurf hat nach dem Bundestag nun auch die Länderkammer passiert. Für ein Migrationsabkommen reist Innenministerin Faeser zudem nach Tiflis.

Body

Der Bundesrathat der Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten zugestimmt. Die Vorlage des Bundestages erreichte in der Länderkammer die notwendige Mehrheit. Mit dem Schritt soll die steigende Zahl von Asylsuchenden begrenzt werden. Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken lag im ersten Halbjahr unter 0,1 Prozent.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) reist am kommenden Montag in die georgische Hauptstadt Tiflis. Wie ein Sprecher ihres Ministeriums mitteilte, soll es unter anderem um ein Migrationsabkommen gehen. Dies soll Abschiebungen nach Georgien erleichtern und die Einreise von Georgiern nach Deutschland zu Erwerbszwecken vereinfachen.

Auf die Frage eines Journalisten nach einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Irak, antwortete der Sprecher: »Die Zusammenarbeit mit dem Irak erfolgt im sogenannten vertragslosen Verfahren entsprechend dem völkerrechtlichen Grundsatz, wonach jeder Staat verpflichtet ist, seine eigenen Staatsbürger formlos zurückzunehmen, wenn diese im Gastland über kein Aufenthaltsrecht verfügen.«

Sichere Herkunftsstaaten sind solche, bei denen davon ausgegangen wird, dass es dort in der Regel weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Behandlung gibt und den betroffenen Menschen damit in ihrer Heimat kein ernsthafter Schaden droht. Damit kann ein Asylantrag leichter abgelehnt werden.

Außerdem hat eine Asylklage keine aufschiebende Wirkung. Das heißt, die Betroffenen können zwar vor einem Gericht gegen einen ablehnenden Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge klagen, müssen den Ausgang des Verfahrens dann aber im Ausland abwarten. Bisher gilt das für die Länder der Europäischen Union sowie für Ghana, Senegal, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro.

Ramelow: »Leider kein vernünftiger Weg«

Bundesrat billigt Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow kritisierte die Ausweitung der Liste ausführlich und begründete, weshalb er nicht zustimmen werde. Immer mehr Staaten als sichere Herkunftsländer auszuweisen, sei »leider kein vernünftiger Weg«, der langfristig durchgehalten werden könne, sagte der Linkenpolitiker. Wichtiger wäre es, Staaten wie Marokko, Tunesien und Algerien dazu zu bringen, bei der Identifizierung und Rücknahme ihrer ausreisepflichtigen Staatsbürger besser zu kooperieren.

Die Grünen halten zwar mehrheitlich nichts von dem Instrument der sicheren Herkunftsländer, haben sich diesmal aber kompromissbereit gezeigt – auch weil für diejenigen aus Moldau und Georgien, die tatsächlich verfolgt werden, aufgrund der Visafreiheit die Möglichkeit einer Einreise nach Deutschland besteht.

Derzeit stammten mehr als 15 Prozent der Asylanträge, die in Deutschland abgelehnt werden, von Menschen aus Georgien und Moldau, sagte der Bevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP). Der Beschluss des Bundesrates bilde die Grundlage dafür, »dass wir jetzt mit Migrationsvereinbarungen unsere bereits gute Zusammenarbeit mit beiden Ländern auf ein neues Niveau heben und irreguläre Migration erheblich reduzieren können«.

Gleichzeitig sei vorgesehen, bestehende Saisonarbeiter-Regelungen mit diesen Staaten zu verbessern und eine »Bildungspartnerschaft« voranzutreiben. Die Bundesregierung arbeite außerdem daran, georgische und moldauische Arbeitskräfte insbesondere im Bereich der Pflege anzuwerben, die derzeit in anderen Ländern in prekären Beschäftigungsverhältnissen seien.

aeh/dpa

Load-Date: December 15, 2023

Grünenchefin kritisiert »Überbietungswettbewerb« bei Migrationsforderungen

SPIEGEL ONLINE

13. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Asyl

Length: 573 words

Byline: Milena Hassenkamp

Highlight: Führende Grünenpolitiker ringen um ihren Kurs in der Migrationsdebatte. Parteichefin Ricarda Lang wehrt sich gegen den Vorwurf der Union, nicht kompromissbereit zu sein. Winfried Kretschmann setzt ganz andere Signale.

Body

Grünenchefin Ricarda Lang hat einen »Überbietungswettbewerb« bei der Aufstellung von Forderungen in der Migrationsdebatte kritisiert. »Ich würde sagen, wir fokussieren uns jetzt mal in der Debatte auf das, was am meisten bringt, vor allem für die Kommunen, die vor Ort umsetzen müssen und nicht auf das, was am härtesten klingt«, sagte sie im Deutschlandfunk.

»Ich finde, dass wir manchmal eine Verschiebung innerhalb dieser Debatte erlebt haben, dass plötzlich das, was am allerhärtesten klingt, als am realistischsten ausgemacht wird, obwohl es eigentlich mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat«, kritisierte sie. »Ein Beispiel dafür ist die Obergrenzendebatte, die wir jetzt geführt haben über Wochen hinweg. Ich könnte hier zahlreiche andere nennen.« Der grüne Kurs in der Migrationspolitik bestehe darin, Scheinlösungen zu benennen und bei pragmatischen Lösungen mitzugehen.

Lang wies den Vorwurf aus der Union zurück, die Grünen seien nicht kompromissbereit genug. »Ich glaube, uns als Grünen muss niemand erklären nach diesen letzten zwei Jahren, dass zur Politik der Kompromiss dazugehört, dass zur Demokratie der Kompromiss dazugehört«, sagte sie. »Wir haben in den letzten Jahren an vielen Stellen Entscheidungen getroffen. Ich möchte an die Waffenlieferungen an die Ukraine erinnern. Ich möchte an das schnelle Ausbauen der LNG-Terminals erinnern, wo wir über unseren eigenen Schatten gesprungen sind, weil die Realität es notwendig gemacht hat.«

CDU-Chef Friedrich Merz hatte am Wochenende im Deutschlandfunk gesagt: »Die Grünen müssen an die Wirklichkeit anschlussfähig bleiben.« Sie müssten akzeptieren, dass sie Kompromisse machen müssten. Wenn sie dazu nicht bereit seien, habe die Union andere Optionen. Hintergrund ist die Entscheidung der hessischen CDU, mit der SPD statt mit ihrem langjährigen grünen Koalitionspartner Verhandlungen über eine Regierungsbildung aufzunehmen. Die Union fordert zum Beispiel, die Zahl der sicheren Herkunftsländer deutlich auszuweiten, den Familiennachzug von Geflüchteten zu begrenzen und Mehrfachasylanträge zu unterbinden.

Kretschmann will irreguläre Migration begrenzen

Grünenchefin kritisiert »Überbietungswettbewerb« bei Migrationsforderungen

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann warnt indes vor einer Aushöhlung des Asylrechts. »Man braucht doch kein Asylrecht, wenn jeder kommen und bleiben kann, wie er möchte. Wir müssen die irreguläre Migration begrenzen, sonst kommt das Asylrecht unter die Räder«, sagte der Grünenpolitiker der »taz«. Dass die Grünen in Hessen aus der Regierung flögen, müsse seine Partei wachrütteln. »Der Kurs in der Migrationspolitik ist da ganz entscheidend: runter von der Bremse bei der Eindämmung der irregulären Migration.«

Das Asylrecht dürfe nicht ausgehöhlt werden, sagte Kretschmann. »Humanität kann es nur in der Ordnung geben. Asyl heißt: Wer verfolgt wird, kann herkommen. Das heißt aber doch auch: Wer nicht verfolgt wird, kann eben über das Asylrecht nicht kommen.« Wenn die Grüne Jugend jetzt eine Abschottung befürchte, könne man nur fragen: »Wo leben die denn? Wir haben gerade eine Million ukrainische Flüchtlinge aufgenommen, allein Baden-Württemberg hat doppelt so viele ukrainische Geflüchtete aufgenommen wie Frankreich. Das ist das Gegenteil von Abschottung.«

Wenn der Staat nichts mache in der Migrationsfrage, entstehe der Eindruck, dass der Staat handlungsunfähig sei. »Das ist die allergefährlichste Botschaft überhaupt! Das treibt die Menschen zu den Rechten«, sagte Kretschmann.

mfh/dpa

Load-Date: November 13, 2023

End of Document

Polen und Ungarn blockieren Verhandlungen zu Migration

SPIEGEL ONLINE

30. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; EU-Gipfel in Brüssel

Length: 361 words

Byline: Olaf Kanter

Highlight: Der Asylkompromiss stand doch Polen und Ungarn wollen ihn nicht akzeptieren, weil er nicht einstimmig gefasst wurde. Nun nehmen die Staats- und Regierungschefs den Asylzank am Freitag erneut auf die Tagesordnung.

Body

Polen und Ungarn haben aus Protest gegen den Anfang Juni erreichten Asylkompromiss in der Nacht zu Freitag die Verhandlungen der EU-Staats- und Regierungschefs blockiert. Beide Länder hätten erneut die Tatsache kritisiert, dass der Asylkompromiss nicht einstimmig beschlossen worden sei, hieß es in Diplomatenkreisen in Brüssel.

Die Staats- und Regierungschefs verließen das Ratsgebäude gegen halb zwei Uhr morgens, ohne sich auf eine Abschlusserklärung geeinigt zu haben.

Am Freitag sollten erneut Migration sowie China und wirtschaftlichen Themen auf der Tagesordnung stehen. Polen und Ungarn hatten Anfang Juni als einzige Staaten gegen die geplante Verteilung von Flüchtlingen in der EU gestimmt. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft hatte entschieden, bei dieser Abstimmung eine qualifizierte Mehrheit gelten zu lassen. Der Asylkompromiss muss noch vom EU-Parlament abgestimmt werden.

Polen hatte am Donnerstag in Brüssel gefordert, diese Pläne wieder aufzugeben. Eine Verlegung von Flüchtlingen in ein anderes Land solle nur freiwillig geschehen, heißt es in dem polnischen Vorschlag, der AFP vorliegt. Zudem sollten Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, wen sie aufnehmen.

Eine Analyse der im Juni beschlossenen Asylreform lesen Sie hier: Europa schottet sich ab

Asylkompromiss sieht Zwangsgeld vor für Staaten, die eine Aufnahme von Flüchtlingen verweigern

Nach dem Asylkompromiss sollen die EU-Länder hingegen verpflichtet werden, eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Länder, die sich weigern, Migranten aufzunehmen, sollen ein Zwangsgeld in Höhe von 20.000 Euro für jeden Migranten in einen von Brüssel verwalteten Fonds einzahlen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte nach Angaben von Diplomaten im kleinen Kreis versucht, Polen und Ungarn Zugeständnisse abzurufen. Bei seiner Ankunft beim Gipfel hatte er den polnischen und ungarischen Wunsch nach einer Neuverhandlung zurückgewiesen und den Asylkompromiss als »Durchbruch« bezeichnet.

Polen und Ungarn blockieren Verhandlungen zu Migration

Polen hat derzeit mehr als eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Das Land weigert sich aber seit Langem, Flüchtlinge aufzunehmen, die über Italien oder Griechenland in die EU kommen.

oka/AFP

Graphic

EPA - Ungarns Premier Orban beim Gipfel in Brüssel: Streit um Einstimmigkeit

Load-Date: June 30, 2023

End of Document

Spahn will Flüchtlinge nach Ghana und Ruanda abtransportieren

SPIEGEL ONLINE

17. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Union

Length: 262 words

Byline: Claus Hecking

Highlight: Unionsfraktionsvize Spahn setzt auf rigide Maßnahmen gegen irreguläre Migration. Bei Anwendung seines Modells würden »die Zahlen dramatisch zurückgehen«, sagte er in einem Interview.

Body

Jens Spahn fordert, alle irregulär in die EU gelangenden Flüchtlinge nach Ghana, Ruanda oder in osteuropäische Nicht-EU-Länder abzutransportieren. »Wenn wir das vier, sechs, acht Wochen lang konsequent durchziehen, dann werden die Zahlen dramatisch zurückgehen«, prognostizierte der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion der »Neuen Osnabrücker Zeitung« in einem am Sonntag veröffentlichten Interview.

Viele Menschen würden sich gar nicht mehr auf den Weg in Richtung Europäische Union machen, »wenn klar ist, dass dieser binnen 48 Stunden in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU führt«, meinte Spahn.

Der Drittstaaten-Vorschlag bildet den Kern des Migrationskonzeptes in dem am vergangenen Montag vorgelegten Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms.

Ziel seien »vertragliche Vereinbarungen, wonach Flüchtlinge dort ein Asylverfahren bekommen und im Falle der Schutzgewährung dort sicher bleiben können«, sagte der frühere Bundesgesundheitsminister. »Ruanda wäre wohl dazu bereit, Ghana möglicherweise auch.« Auch mit osteuropäischen Ländern wie Georgien und Moldau sollte gesprochen werden.

In der Genfer Flüchtlingskonvention stehe nicht, dass Schutz vor Kriegsverfolgung in der EU gewährt werden müsse, so Spahn. Wenn dafür gesorgt sei, dass Verfolgte in Drittstaaten »einen sicheren Schutzraum bekommen, dort gut versorgt werden und ohne Angst leben können«, dann sei das Ziel der Flüchtlingskonvention erfüllt. Spahn hatte zuletzt unter anderem dafür plädiert, »irreguläre Migrationsbewegungen« gegebenenfalls »mit physischer Gewalt« zu stoppen.

che/AFP

Load-Date: December 17, 2023

Spahn will Flüchtlinge nach Ghana und Ruanda abtransportieren

End of Document

Union drängt im Bundestag auf schärfere Abschieberegeln

SPIEGEL ONLINE

22. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit über Migrationspolitik

Length: 544 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Der Begriff kam zuletzt vom Kanzler, jetzt kontert die Union: mit einem »Deutschlandpakt« wollen CDU und CSU in der Migrationspolitik umsteuern. Im Bundestag lieferten sich Regierung und Opposition scharfe Wortgefechte.

Body

Die Union drängt im Bundestag auf eine strengere Migrationspolitik verbunden mit scharfen Angriffen gegen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Faeser torpedierte auf europäischer Ebene eine Einigung auf eine bessere Steuerung der Migration über Asylverfahren an den Außengrenzen, sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt vor den Abgeordneten. Die Innenministerin sei in der Flüchtlingspolitik »kein Zugpferd«, sondern »das Trojanische Pferd zur Verschärfung der Migrationskrise«.

»Wir bieten Ihnen an, dieses Thema mit uns zu lösen, weil es sonst zu einem gesellschaftlichen Großkonflikt sich entwickeln kann«, sagte Dobrindt. »Die Asylzahlen steigen, die Kommunen sind überlastet, die gesellschaftliche Akzeptanz schwindet.«

Der Bundestag diskutierte einen Unionsantrag zum Kurs in der Migrationspolitik. In der Vorlage mit dem Titel »Deutschlandpakt in der Migrationspolitik Irreguläre Migration stoppen« verlangten CDU und CSU unter anderem verschärfte Abschieberegeln, stationäre Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien und die Beseitigung von Anreizen zur Einwanderung bei den Sozialleistungen. Der Titel ist ein Seitenhieb auf den kürzlich von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vorgeschlagenen »Deutschlandpakt« zur Modernisierung des Landes.

»Alles darüber hinaus führt zum Verlust der Kontrolle«

Auch eine neue Obergrenze schlägt die Unionsfraktion vor. Zuletzt pochten CDU und CSU auf eine Grenze für die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland von 200.000 Menschen pro Jahr. »Alles darüber hinaus führt zum Verlust der Kontrolle«, sagte Dobrindt vor der Bundestagsdebatte im Interview mit »T-Online«. Deshalb müsse die Politik auch über neue Wege zur Bewältigung der Migration reden. »Das Recht auf Asyl heißt nicht zwingend, dass dieser Schutz in Europa gewährt werden muss«, so Dobrindt.

Bundesinnenministerin Faeser wies die Attacke der Union zurück, beim Thema Migration untätig zu sein. »Unsere Maßnahmen wirken. Wir steuern und ordnen Migration«, sagte die SPD-Politikerin im Bundestag. Sie verwies in ihrer Rede auf die geplante Reform des europäischen Asylsystems, gemeinsame Arbeit mit polnischen und

Union drängt im Bundestag auf schärfere Abschieberegeln

tschechischen Behörden an den Grenzen und verstärkte Bundespolizei zur sogenannten Schleierfahndung. »Wir handeln also schon, wo Sie nur fordern.« Sie wies zudem Berichte zurück, wonach eine Erleichterung des Familiennachzugs für Geflüchtete geplant sei. Das habe sie im Moment nicht vor, sagte die Innenministerin.

Faeser warf ihrem Vorredner Dobrindt vor, mit seinen Äußerungen die Debatte anzuheizen. Vorschläge aus der Union für eine Migrationsobergrenze seien Populismus, der nur die Rechtsextremen stärke. »Gehen sie nicht weiter auf dem Irrweg, Wahlkampf auf dem Rücken von Menschen zu machen, die von Krieg und Terror bedroht sind.« Es gebe keine einfachen Lösungen.

Auch die Linkenpolitikerin Clara Büniger kritisierte den Unionsvorstoß: »Menschen fliehen, weil Kriege und repressive Regime sie dazu zwingen«. Die Grünenpolitikerin Katrin Göring-Eckardt erinnerte ebenfalls an die Not der Flüchtenden. Thorsten Frei (CDU) warnte angesichts der hohen Zahl der Flüchtenden hingegen vor einer »Realitätsverweigerung« der Regierung. Die AfD kritisierte die Union, mit dem »Deutschlandpakt« AfD-Positionen übernommen zu haben.

mrc/fzs/dpa/AFP

Load-Date: September 22, 2023

End of Document

EU-Staaten verständigen sich auf Asyl-Krisenverordnung

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Geplante Reform

Length: 543 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Im Streit über die europäische Asylreform gibt es einen Kompromiss: Die EU-Staaten haben sich auf die sogenannte Krisenverordnung geeinigt. Demnach soll das Asylregime deutlich verschärft werden.

Body

Die EU-Staaten haben einen weiteren Durchbruch in den Verhandlungen über die geplante Reform des europäischen Asylsystems erzielt. Nach wochenlangen Diskussionen sei nun eine gemeinsame Positionierung zu Vorschlägen der EU-Kommission für eine Krisenverordnung vereinbart worden, teilte die spanische EU-Ratspräsidentschaft auf der Plattform X (vormals Twitter) mit. Die Einigung ermöglicht wichtige Gespräche mit dem Europaparlament, um die Asylreform abzuschließen.

Die sogenannte Krisenverordnung sieht deutlich verschärfte Maßnahmen vor, wenn durch besonders viele Migrantinnen und Migranten eine Überlastung der Asylsysteme droht. Konkret könnte etwa bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Zudem könnte der Kreis der Menschen vergrößert werden, der für die geplanten strengen Grenzverfahren infrage kommt. Grundsätzlich sehen die Pläne für die EU-Asylreform zahlreiche Ergänzungen und Verschärfungen vor, um unerwünschte Migration zu begrenzen.

Deutschland hatte die Krisenverordnung wegen humanitärer Bedenken lange blockiert, vergangene Woche aber einem ersten Kompromiss zugestimmt. Darauf soll insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gedrungen haben. Nachdem Deutschland Zustimmung signalisiert hatte, gab es aber weiterhin Streit mit Italien wegen der Rolle privater Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer.

Mit dem nun gefundenen Kompromiss hat sich nun Italien dem Vernehmen nach weitgehend durchgesetzt: Auf Drängen der rechten Regierung in Rom wurde nach Diplomatenangaben ein Absatz aus dem Gesetzestext genommen, der sich auf die Einsätze der Seenotretter bezog. Er besagte, dass die Folgen dieser Rettungseinsätze nicht für die Feststellung des Krisenfalls herhalten dürften. Der Absatz steht nun nur noch als Zusatzklausel in dem Entwurf.

Außenministerin Annalena Baerbock wertete die Einigung dennoch als Erfolg. Man habe »bis zur letzten Minute hart und erfolgreich darum gerungen, dass es nicht zu einer Aufweichung von humanitären Mindeststandards wie dem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung kommt«, hieß es in einer Mitteilung. Zudem sei sichergestellt,

EU-Staaten verständigen sich auf Asyl-Krisenverordnung

dass die Regelungen der Krisenverordnung nur in sehr stichhaltig begründeten Fällen überhaupt gezogen werden könnten.

Die seit der Flüchtlingskrise 2015 umkämpfte Asylreform soll bis zur Europawahl im Juni 2024 stehen. Dafür müssen sich die EU-Länder allerdings noch mit dem Europaparlament auf das Gesetzespaket einigen. Dies gilt als schwieriges Unterfangen.

Grundsätzlich sehen die Pläne für die Reform unter anderem einen deutlich härteren Umgang mit Menschen aus Ländern vor, die als relativ sicher gelten. Sie sollen künftig nach einem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Zudem soll dafür gesorgt werden, dass stark belasteten Staaten wie Italien und Griechenland künftig ein Teil der Asylsuchenden abgenommen wird. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, müssten Ausgleichszahlungen tätigen.

aeh/ulz/AFP/dpa

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Asylbewerber stirbt auf Wohncontainerschiff vor englischer Küste

SPIEGEL ONLINE

12. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Umstrittene Unterbringung für Migranten

Length: 452 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Um Kosten zu sparen, bringt die britische Regierung Asylsuchende auf einem Wohncontainerschiff unter. Nun ist dort ein Mensch gestorben. Menschenrechtsaktivisten kritisieren die gefährlichen Lebensbedingungen.

Body

Ein Asylbewerber ist an Bord eines Wohncontainerschiffs, auf dem Migranten untergebracht sind, vor der Südküste Englands gestorben. Dies bestätigten die britische Polizei und Innenminister James Cleverly.

Zuvor hatte bereits die Flüchtlingshilfsorganisation »Care4Calais« mitgeteilt, dass ein Asylbewerber auf der »Bibby Stockholm« gestorben sei. Das Schiff »Bibby Stockholm« liegt in Portland, Dorset, vor Anker und bietet Platz für rund 500 Personen.

»Tragischerweise gab es einen Todesfall auf der Bibby Stockholm«, so Cleverly im Parlament. »Zum jetzigen Zeitpunkt ist es mir unangenehm, weitere Einzelheiten zu nennen, aber wir werden natürlich eine umfassende Untersuchung durchführen.« »Die Einsatzkräfte untersuchen derzeit die Umstände des Vorfalls«, so die Polizei in einer Erklärung.

Derartige Unterbringung gefährde Migranten

Der britische Premierminister Rishi Sunak hat die Bekämpfung der illegalen Einwanderung zu einer seiner wichtigsten Prioritäten erklärt. Seine Regierung versucht, die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern in Hotels zu senken, indem sie Schiffe und ehemalige Militärgelände nutzt.

Diese Politik ist jedoch umstritten. Menschenrechtsaktivisten verglichen den Lastkahn mit einem Gefängnisschiff und bezeichneten seinen Einsatz als unmenschlich.

»Care4Calais« erklärte, die Regierung müsse die Verantwortung für »diese menschliche Tragödie« übernehmen. Die Unterbringung von Migranten auf diese Weise habe zu einer ernsthaften Verschlechterung der psychischen Gesundheit der Menschen geführt.

»Wir haben regelmäßig über Selbstmordabsichten von Bewohnern berichtet, ohne dass etwas unternommen wurde«, sagte Steve Smith, der Geschäftsführer der Wohltätigkeitsorganisation.

Asylbewerber stirbt auf Wohncontainerschiff vor englischer Küste

»Das kann so nicht mehr weitergehen. Asylbewerber sind menschliche Wesen, von denen viele durch Krieg, Folter und Verfolgung die schlimmsten Traumata erlebt haben, die man sich vorstellen kann. Es ist an der Zeit, dass unsere politischen Entscheidungsträger sie als Menschen behandeln, sich ihre Traumata anhören und ihnen Zuflucht gewähren.«

Schärferes Asylgesetz geplant

Am Abend soll im britischen Parlament über ein schärferes Abschiebungsgesetz abgestimmt werden. Das international kritisierte Gesetz sieht vor, irregulär eingewanderte Asylsuchende ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruanda auszuweisen ohne Möglichkeit einer Rückkehr. Damit Betroffene nicht vor britischen Gerichten klagen können, werden britische Menschenrechte in dem neuen Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen.

Rechtskonservative Abgeordnete fordern aber einen Ausstieg aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, damit Asylsuchende nicht vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen ihre Abschiebung klagen können.

czl/Reuters/dpa

Load-Date: December 13, 2023

End of Document

Berliner Sozialsenatorin rechnet mit MPK-Beschlüssen ab

SPIEGEL ONLINE

13. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; SPD-Politikerin Kiziltepe

Length: 448 words

Byline: Sophie Garbe

Highlight: In Teilen der SPD stoßen die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz zur Migration auf Entsetzen. Die Berliner Sozialsenatorin Kiziltepe nennt sie gegenüber dem SPIEGEL stigmatisierend – sie fühlt sich an die Hartz-Gesetzgebung erinnert.

Body

Die Berliner Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) übt heftige Kritik an den Migrationsbeschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz. Dass nun Arbeitsgelegenheiten für Geflüchtete für ein Entgelt von 80 Cent bis ein Euro diskutiert würden, sei »aus integrationspolitischer Sicht ein großer Rückschritt«, sagte Kiziltepe dem SPIEGEL. Die Idee erinnere »fatalerweise an die gescheiterten Ein-Euro-Jobs der Hartz-Gesetzgebung«.

Auch die Idee, statt Geld Bezahlkarten auszugeben, hält die Sozialdemokraten für falsch. Dieser Weg würde »eine enorme Stigmatisierung von geflüchteten Menschen bedeuten«, so Kiziltepe, die als Senatorin auch für Integration und Antidiskriminierung zuständig ist. »Menschen fliehen aus dramatischen Notlagen wie Krieg und Vertreibung und machen ihre Entscheidungen nicht von Art und Form einer Sozialleistung abhängig.« Stattdessen brauche es eine leistungsfähige Infrastruktur zur Integration und schlankere Gesetzgebung.

Auch die Zusagen des Bundes zur finanziellen Unterstützung hält Kiziltepe nicht für ausreichend. »Jeder Euro, den wir heute aufgrund der rigiden Vorgaben der Schuldenbremse nicht sinnvoll ausgeben können, wird uns in einigen Jahren doppelt und dreifach als zusätzliche Kosten auf die Füße fallen«, sagte Kiziltepe dem SPIEGEL. »Der vorliegende Beschluss ist nicht geeignet, bestehende Probleme der Länder und Kommunen zu lösen.«

Deutliche Kritik übte Kiziltepe auch an dem Prüfauftrag, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern. Sie bezweifelte die Erfolgsaussichten. Eine Auslagerung stelle zudem »faktisch einen Austritt aus der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) dar«, so die Sozialdemokratin. Diese seien eine unmittelbare Reaktion der Vereinten Nationen und Europas auf die Schoa und das Scheitern der internationalen Staatengemeinschaft gewesen. »Dies sollten wir uns gerade jetzt ins Gedächtnis rufen«, sagte Kiziltepe.

Vergangene Woche hatten sich die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten gemeinsam mit Kanzler Olaf Scholz auf ein Migrationspaket geeinigt. Unter anderem soll die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden, der Bund soll den Ländern künftig pro Asylbewerber 7500 Euro im Jahr zahlen.

Berliner Sozialsenatorin rechnet mit MPK-Beschlüssen ab

Zudem sollen Bezahlkarten eingeführt werden, um Asylbewerbern Sach- statt Geldleistungen geben zu können. Des Weiteren sollen Asylverfahren beschleunigt werden. Ziel ist, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge künftig innerhalb von sechs Monaten über Anträge entscheiden soll.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner(CDU) hatte die Beschlüsse zuvor gelobt. »Es sind erste wichtige Schritte«, sagte Wegner im RBB. »Ich bin wirklich zufrieden.«

sog/cte

Load-Date: November 13, 2023

End of Document

Wolfgang Schäuble: Können uns »diese Asylpolitik nicht mehr leisten«

SPIEGEL ONLINE

01. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ex-Bundestagspräsident

Length: 249 words

Byline: Ansgar Siemens

Highlight: Der frühere CDU-Spitzenpolitiker Wolfgang Schäuble hat sich in die Migrationsdebatte eingeschaltet. Er drängt darauf, Sozialleistungen für Asylbewerber zu senken und spricht eine deutliche Warnung aus.

Body

Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble(CDU) hat sich dafür ausgesprochen, materielle Hilfen für Asylbewerber zu verringern. »Wir müssen einsehen, dass wir uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten können«, sagte Schäuble »Zeit Online«. Er sehe Spielräume, Sozialleistungen zu senken.

»Wenn wir ein höheres Sozialleistungsniveau anbieten, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Menschen versuchen, möglichst nach Deutschland zu kommen«, sagte der frühere Innen- und Finanzminister. »Also brauchen wir ein einheitliches, europäisches Niveau.«

Schäuble warnte die Politik davor, mit Verweis auf das Bundesverfassungsgerichtentsprechende Diskussionen nicht zu führen: »Das Argument, das Verfassungsgericht mache nicht mit, ist ein Erklärungsversuch der Politik, die über diese Fragen nicht entscheiden will.«

Unterstützung für Gauck

Schäuble betonte, er unterstütze Äußerungen von Altbundespräsident Joachim Gauck, der die Politik aufgefordert hatte, sich in der Migrationspolitik neue Spielräume zu erschließen, auch wenn diese »inhuman klingen«. Schäuble sagte, er sei »dankbar für die Äußerungen des Altbundespräsidenten, der ja auch schon früh darauf hingewiesen hat, dass unsere Herzen weit sind, aber unsere Möglichkeiten endlich«.

Vor dem Hintergrund stark steigender Flüchtlingszahlen hat die Debatte um sogenannte Pull-Faktoren in den vergangenen Tagen an Dynamik gewonnen. Die FDPetwa forderte, Flüchtlingen kein Bargeld mehr auszuzahlen, sondern nur noch Sachleistungen.

sms/AFP

Graphic

Wolfgang Schäuble: Können uns »diese Asylpolitik nicht mehr leisten«

AP - Ex-Bundestagspräsident Schäuble: Möglichkeiten für Deutschland begrenzt

Load-Date: October 1, 2023

End of Document

»Die Zahl der Flüchtlinge ist im Moment zu hoch«

SPIEGEL ONLINE

30. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Olaf Scholz zur Migrationskrise

Length: 618 words

Byline: Ansgar Siemens

Highlight: Bundeskanzler Scholz hat sich zur steigenden Zahl von Flüchtlingen geäußert. Es sei wichtig, den Schutz der Grenzen zu stärken. An Polen hat er eine klare Erwartung.

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz will die irreguläre Migration nach Deutschland eindämmen. »Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland streben, ist im Moment zu hoch«, sagte der SPD-Politiker dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Man unterstütze daher »seit Langem« den Schutz der europäischen Außengrenzen.

Mit Österreich setze man zusätzliche Maßnahmen zur Grenzsicherung fort; mit der Schweiz und mit Tschechien habe man gemeinsame Kontrollen auf deren Seite vereinbart. Moldau und Georgien, die einen EU-Beitritt anstreben, würden zu sicheren Herkunftsländern erklärt.

Die polnische Regierung sei aufgefordert zu verhindern, dass weiter Visa verkauft und Flüchtlinge nach Deutschland durchgewunken würden. Die Kontrollen an der Grenze zu Polen seien verschärft worden. Gefragt nach der Wirksamkeit dieser Schritte sagte Scholz: »Wir hoffen, dass sich das schnell bemerkbar macht.«

In diesem Sommer, lobte Scholz, sei es gelungen, »sich grundsätzlich auf ein neues Asylsystem in Europa zu verständigen«. Demnach würden Länder an der europäischen Außengrenze die ankommenden Flüchtlinge registrieren. Sie würden dann auf die EU-Länder »solidarisch verteilt« und durchliefen dort ihr Verfahren. Es könne »ja nicht bleiben wie bisher«. Mehr als 70 Prozent aller Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, »sind vorher nicht registriert worden, obwohl sie nahezu alle in einem anderen EU-Land gewesen sind«.

Beim EU-Innenministertreffen in der vergangenen Woche war eine Einigung auf die sogenannte Krisenverordnung allerdings ausgeblieben. Sie ist ein zentraler Teil des Asylreformpakets: In Ausnahmesituationen, etwa bei einem extremen Anstieg der Migrationszahlen, soll sie es ermöglichen, Asylbewerber länger als sonst erlaubt in Aufnahmeeinrichtungen festzuhalten. Deutschland hatte angekündigt, seinen Widerstand vor allem die Grünen sehen die Regel kritisch aufzugeben. Doch auch Italiens Regierung hält den Vorschlag für problematisch.

Ein atmender Deckel

Scholz betonte, er strebe im November eine Einigung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beim Thema Finanzierung der Flüchtlingskosten an. »Noch als Bundesfinanzminister hatte ich den Ländern eine Lösung

»Die Zahl der Flüchtlinge ist im Moment zu hoch«

vorgeschlagen, die sich an den tatsächlichen Zugangszahlen orientiert eine Art atmenden Deckel.« Die Länder hätten das damals abgelehnt. Scholz war von 2018 bis 2021 Finanzminister.

Mit der Finanzierungsform würde eine Pauschale pro Flüchtling festgelegt. Damit ließen sich womöglich wiederkehrende Debatten über die Höhe der Unterstützung des Bundes verhindern. Zuletzt hatten die Bundesländer eine solche Pro-Kopf-Regelung vom Bund gefordert; in den Gesprächen der vergangenen Woche gab es aber insbesondere bei der Höhe der Hilfen vom Bund noch keine Einigung.

Angebot von Friedrich Merz

CDU-Chef Friedrich Merz forderte indes den Kanzler auf, spätestens nach den Wahlen in Bayern und Hessen am nächsten Wochenende gemeinsam eine Lösung in der Migrationspolitik zu suchen. Man sollte dazu gleich am anderen Morgen zusammenkommen, schlug Merz auf einem Parteitag der CDU Sachsen-Anhalt in Magdeburg vor.

Die FDP erhöhte unterdessen den Druck auf ihre rot-grünen Ampel-Koalitionspartner bei der Frage der Unterstützung von Asylbewerbern. Bundesdigitalminister Volker Wissing forderte, kein Bargeld mehr auszugeben. Stattdessen sollten Asylbewerber »mit einer bundesweit gültigen Bezahlkarte« ihren »täglichen Bedarf im Einzelhandel« decken, sagte der FDP-Mann der »Bild«-Zeitung. Überweisungen in Heimatländer seien dann nicht mehr möglich.

Direkte Geldzahlungen seien bisher »ein Anreiz zur Einreise in die Sozialsysteme«, so Wissing. Er wiederholte damit sinngemäß eine Forderung von FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr.

sms/dpa/AFP

Load-Date: September 30, 2023

Demokratischer Bürgermeister von New York wehrt sich gegen republikanischen Gouverneur von Texas

SPIEGEL ONLINE

28. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über illegale Migration

Length: 570 words

Byline: Leopold Pelizaeus

Highlight: US-Außenminister Blinken ist zu Treffen nach Mexiko gereist, um die Migration über Amerikas Südgrenze zu reduzieren. Derweil eskaliert der Streit um den Umgang mit Geflüchteten zwischen Texas und New York weiter.

Body

Die USA und Mexiko wollen enger zusammenarbeiten, um irreguläre Migration zu begrenzen. Bei Gesprächen in Mexiko-Stadt einigten sich Vertreter der beiden Regierungen auf die Einrichtung einer bilateralen Arbeitsgruppe, die sich regelmäßig treffen soll. Dies sagte die mexikanische Außenministerin Alicia Bárcena vor Journalisten. Ziel ist, die Zahl der Migranten einzudämmen, die über Mexiko in die USA gelangen wollen. In die Bemühungen sollen auch die Herkunftsländer der meisten Migranten in Mittel- und Südamerika einbezogen werden.

Präsident Andrés Manuel López Obrador traf im Nationalpalast in Mexiko-Stadt mit US-Außenminister Antony Blinken, US-Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas und mit der Heimatschutzberaterin des Weißen Hauses, Liz Sherwood-Randall, zusammen. Es seien wichtige Vereinbarungen getroffen worden, schrieb López Obrador auf der Plattform X, früher Twitter.

Derweil tobt innerhalb der USA ein erbitterter Streit um den Zustrom von Migrantinnen und Migranten: Die Millionenmetropole New York geht gegen Busankünfte mit Zuwanderern vor. In einer Verordnung verlangt Bürgermeister Eric Adams von Busunternehmen künftig, dass sie ihre Ankunft in New York mindestens 32 Stunden vorher ankündigen, sofern Schutzsuchende an Bord seien. Der Demokrat wehrt sich damit vor allem gegen das Vorgehen des republikanischen Gouverneurs von Texas, Greg Abbott, der seit eineinhalb Jahren Busse mit Migranten unangekündigt nach New York schickt.

Republikaner schicken Migranten gezielt in demokratische Staaten

In der Verordnung heißt es weiter, die Busunternehmen müssten die Zahl der Migrantinnen und Migranten sowie eine Reihe weiterer Informationen bereitstellen. Die Busse dürften ihre Insassen zudem nur zwischen 8:30 Uhr und 12.00 Uhr mittags an bestimmten Orten in New York absetzen. Bei Zuwiderhandlung drohen Strafen. »Wir können nicht zulassen, dass Busse mit Menschen, die unsere Hilfe benötigen, zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Vorwarnung ankommen«, sagte Adams bei einer Pressekonferenz.

Demokratischer Bürgermeister von New York wehrt sich gegen republikanischen Gouverneur von Texas

Mehr als 150.000 Einwanderer erreichten in den vergangenen eineinhalb Jahren die Stadt an der US-Ostküste viele von ihnen kamen über die Südgrenze der USA zu Mexiko in das Land. Einer der Gründe, warum New York so viele Menschen anzieht, ist die rechtliche Verpflichtung der Stadt, jedem, der darum bittet, eine Unterbringung für die Nacht zu gewähren. Nun droht die Acht-Millionen-Stadt an die Grenzen ihrer Kapazitäten zu geraten. Es fehlten Unterkünfte und finanzielle Ressourcen.

Fast 70:000 der Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber, die hauptsächlich aus süd- und mittelamerikanischen Ländern wie Venezuelakommen, sind von der Stadtverwaltung in städtischen Notunterkünften untergebracht worden. Adams rechnet mit Mehrkosten von rund zwölf Milliarden US-Dollar und sieht Washington in der Pflicht. Für republikanische Gouverneure wie Abbott ist es politische Taktik, Migranten in demokratisch geprägte Teile des Landes zu schaffen.

Mexiko liegt auf der Migrationsroute von Menschen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben die USA erreichen wollen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern. Die irreguläre Einwanderung ist eines der dominierenden Themen im Wahlkampf für die Präsidentenwahl 2024 in den USA. An der Südgrenze der USA wurden nach Angaben der Grenzschutzbehörde CBP im Haushaltsjahr 2023 fast 2,5 Millionen versuchte Grenzübertritte registriert.

lpz/dpa

Load-Date: December 28, 2023

End of Document

Fehlendes Geld für Kommunen, Appell für »moralischen Kompass«

SPIEGEL ONLINE

26. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Stimmen zur Migrationspolitik

Length: 1257 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: In der Debatte über die deutsche Migrationspolitik beklagt die CDU zu wenig Unterstützung für Länder und Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Die SPD warnt, in den Diskussionen den moralischen Kompass nicht zu vergessen.

Body

Die Debatte über die Migrationspolitik in Deutschland verschärft sich weiter. CSU-Chef Markus Söder war mit der Idee von einer Obergrenze von 200.000 Geflüchteten und Migranten vorgestoßen und erntete viel Kritik aus der Regierung, denn, so Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): Ein solches Vorhaben sei gar nicht mit europäischem Rest vereinbar. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz stellte sich dennoch hinter den Vorschlag.

Anfang Oktober werden in Hessen und Bayern neue Landtage gewählt, 2024 steht die Europawahl an – das Thema Migration wird also auch für den Wahlkampf genutzt.

CDU kritisiert fehlende Unterstützung für Länder und Kommunen

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat die Bundesregierung scharf dafür kritisiert, dass sie Ländern und Kommunen 2024 deutlich weniger Mittel für die Aufnahme von Geflüchteten und Migranten zur Verfügung stellen will als in diesem Jahr. »Mit der Kürzung der kommunalen Mittel für Flüchtlinge lässt sie Bürgermeister und Landräte aller Parteien komplett im Regen stehen – ebenso wie kommunale Helfer, die sich in den letzten Monaten aufgerieben haben, um den Zuzug irgendwie zu bewältigen«, sagte er der Nachrichtenagentur Reuters. Die Bundesländer-Gespräche über die Finanzierung der Kosten für die Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten und Migranten wurden am Montag abgebrochen.

»Einerseits begrenzt die Bundesregierung den Zustrom der illegalen Migration nicht, andererseits kürzt sie dringend benötigte Mittel für die Unterbringung«, kritisierte Linnemann. Das schlage »dem Fass den Boden aus«. Die Bundesregierung verliere den »Bezug zur Realität«.

Auch der hessische Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat Boris Rhein kritisierte, dass zwischen Bund und Ländern noch immer keine Lösung gefunden sei, um die Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten besser zu unterstützen. »Die Kommunen warten dringend auf das Geld. Sie sind an der Belastungsgrenze. Helfen Sie jetzt den Kommunen auch mit Geld, aber vor allem mit der Begrenzung der Migration«, sagte Rhein an Bundesinnenministerin Faeser gewandt.

Fehlendes Geld für Kommunen, Appell für »moralischen Kompass«

Innenministerin plädiert für Grenzkontrollen zu Tschechien und Polen

Faeser, die auch Spitzenkandidatin der SPD für die Hessenwahl am 8. Oktober ist, plant unterdessen an den Grenzen zu Tschechien und Polen stationäre Grenzkontrollen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Diese werde es zusätzlich zur Schleierfahndung geben, sagte Faeser am Montagabend bei einer von Hit Radio FFH und der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« organisierten Diskussionsrunde in Frankfurt am Main.

Aktuell gibt es seit Herbst 2015 vorübergehende stationäre Grenzkontrollen in Bayern an der Grenze zu Österreich. Für andere Grenzabschnitte hat Faeser solche Kontrollen, die in Brüssel mit einem Vorlauf von etwa einem Monat beantragt werden müssen, bislang für nicht sinnvoll erachtet.

Die Polizeigewerkschaft (GdP) reagierte ablehnend auf Faesers Vorhaben. »Wir sprechen uns als GdP gegen stationäre, feste Grenzkontrollen aus, weil wir das in der polizeilichen Arbeit nicht als effektiv ansehen«, sagte die Vizevorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Erika Krause-Schöne, der »Rheinischen Post«.

Die Kontrollen seien eine »dauerhafte Belastung« und »sehr personalintensiv«. Die Bundespolizei wolle lieber »agil auf der Grenzlinie« agieren können. Ein Schlagbaum wie früher würde auch den Waren- und Pendlerverkehr behindern, merkte Krause-Schöne an. Zudem würden Schleuser einfach um die festen Kontrollpunkte herumfahren.

Lösung nur auf europäischer Ebene

Der hessische Grünen-Spitzenkandidat Tarek Al-Wazir sieht eine Lösung nur auf europäischer Ebene. »Wir haben momentan Unordnung in der Migration und wir müssen versuchen, wieder Ordnung hineinzubringen. Und das kann aus meiner Sicht nur europäisch geschehen. Das hat vor allem was mit den Außengrenzen zu tun.« Es müsse dafür gesorgt werden, dass Menschen, die absehbar keine Schutzrechte hätten, möglichst gar nicht einreisen oder die Europäische Union dann wieder verlassen müssten. Menschen mit Schutzrechten müssten hingegen besser in Europa verteilt werden.

SPD appelliert an den moralischen Kompass

In der Debatte über eine Obergrenze von Asylsuchenden kommt es nach Ansicht des SPD-Innenpolitikers Hakan Demir auch auf den moralischen Kompass an. »Wir brauchen moralische Standhaftigkeit«, sagte der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für internationales Flüchtlingsrecht der Nachrichtenagentur dpa. Er betonte: »Wer vor Krieg und Gewalt flieht, hat ein Recht auf Asyl.« Wer nun in einer Zeit der Verunsicherung meine, »auf den Zug der Abschottung aufzusteigen«, stehe auf der falschen Seite der Geschichte.

Der Union warf Demir vor, sie versuche »mit populistischen Ablenkungsmanövern Stimmung zu machen«. Proklamierte Obergrenzen oder eine Umstellung von Geld auf Sachleistungen für Asylbewerber werde die Zahl derjenigen, die vor Gewalt oder Armut fliehen, nicht reduzieren. Wer weniger unregulierte Fluchtmigration wolle, solle sich für mehr Abkommen mit Ländern einsetzen, die es Menschen ermöglichen, mit Arbeitsvisa nach Deutschland zu kommen. Die sogenannte Westbalkanregelung, die nach diesem Prinzip funktioniert, sei eine Erfolgsgeschichte, sagte der SPD-Abgeordnete. Die Zahl der Asylsuchenden aus diesen Staaten sei dadurch zurückgegangen.

Kritik und Stillstand in Brüssel

Die europäischen Partner setzen die Bundesregierung wegen ihrer Ablehnung von Vorschlägen zur geplanten Reform des EU-Asylsystems zunehmend unter Druck. Die Position Berlins sei maßgeblich dafür verantwortlich, dass notwendige Verhandlungen mit dem Europaparlament derzeit blockiert seien, sagten mehrere Diplomaten und EU-Beamte der dpa vor einem Innenministertreffen am kommenden Donnerstag. Wenn es eine Chance geben solle, die Asylreform noch vor der Europawahl zu beschließen, müsse sich die Bundesregierung bewegen und dem Vorschlag für die sogenannte Krisenverordnung zustimmen.

In dem Streit geht es konkret darum, dass die Ampelkoalition im Juli einen Vorschlag der spanischen EU-Ratspräsidentschaft für die Krisenverordnung nicht unterstützen wollte und sich die EU-Staaten deswegen nicht für

Fehlendes Geld für Kommunen, Appell für »moralischen Kompass«

Verhandlungen mit dem Europaparlament positionieren konnten. Berlin begründete dies in Brüssel insbesondere damit, dass EU-Staaten über die Verordnung bei einem besonders starken Zustrom von Migranten die Möglichkeit bekommen würden, die Schutzstandards für diese Menschen in inakzeptabler Weise abzusenken.

So soll etwa in Krisensituationen der Zeitraum verlängert werden können, in denen Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Zudem könnte der Kreis der Menschen vergrößert werden, der für die geplanten strengen Grenzverfahren infrage kommt.

Aus Ärger über den Stillstand hatte das Europaparlament in der vergangenen Woche angekündigt, andere Teile der Verhandlungen über die geplante Asylreform bis auf Weiteres zu blockieren. Interessant sind die Verzögerungen vor allem wegen der nahenden Europawahl im Juni 2024. Projekte, die bis dahin nicht mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt sind, könnten anschließend wieder infrage gestellt werden und sich lange verzögern.

Im Fall der geplanten Reform des Asylsystems wäre dies ein besonders großer Rückschlag. An dem Projekt wird bereits seit Jahren gearbeitet. Es soll auch dazu beitragen, die illegale Migration zu begrenzen und dürfte deswegen auch bei anstehenden Wahlen in den Mitgliedstaaten und der Europawahl eine Rolle spielen. Vor allem rechte Parteien wie die AfD werfen der EU seit langem Versagen im Kampf gegen illegale Migration vor.

czl/dpa/Reuters

Load-Date: September 26, 2023

Lindner drängt auf konsequentere Abschiebung und macht Druck auf Faeser

SPIEGEL ONLINE

22. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Was wir nicht brauchen, ist irreguläre Migration«

Length: 376 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Irreguläre Einreisen stärker unterbinden, abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben: FDP-Chef Christian Lindner mahnt eine resolutere Migrationspolitik an eine Spitze gegen die Koalitionspartner.

Body

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Deutschland wieder deutlich an, viele kommen dabei nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) unregistriert nach Deutschland.

Finanzminister Christian Lindner pocht nun auf mehr Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber. Es brauche »mehr Konsequenz im Umgang mit Migrantinnen, die kein Aufenthaltsrecht haben«, sagte der FDP-Politiker dem Nachrichtenportal »t-online«. Mit den Aussagen erhöht Lindner den Druck auf Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die sich derzeit Hoffnungen auf das Amt der Ministerpräsidentin in Hessen macht.

Der Zuzug ins Land werde aktuell nicht ausreichend gesteuert, »weil wir irreguläre Migration nicht ausreichend unterbinden«, so Lindner. »Was wir nicht brauchen ist irreguläre Migration, die zwar illegal ist, aber dennoch zu dauerhaftem Aufenthalt und Bezug von Sozialleistungen führt.« Lindner regte an, Einwanderern, die hier arbeiten wollen, den Weg zu ebnen, indem unter anderem vorhandene Ausbildungen schneller anerkannt werden.

Lindner setzt bei Migrationsabkommen auf Parteikollegen Stamp

Der FDP-Finanzminister äußerte zudem die Hoffnung, dass der neu eingesetzte Migrationsbeauftragte Joachim Stamp (ebenfalls FDP) mit Herkunftsländern Abkommen über die Rückführung irregulär eingewandeter Menschen abschließt. »Da ist ein Geben und Nehmen denkbar. Erleichterungen bei Visa für Studierende und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dafür aber auch Partnerschaft bei der Unterbindung illegaler Migration«, sagte Lindner.

SPD und FDP hatten bereits Anfang Februar angekündigt, ein neues Gesetzespaket zur Migration auf den Weg zu bringen. Mit ihm soll demnach der Zugang zum Arbeitsmarkt sowie der Familiennachzug für Asylbewerber und Geduldete vereinfacht werden.

Lindner drängt auf konsequentere Abschiebung und macht Druck auf Faeser

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge stellten vergangenes Jahr 217.774 Menschen in Deutschland einen Asylantrag 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die meisten kamen aus Syrien (70.976), Afghanistan (36.358), der Türkei (23.938), dem Irak und Georgien. Zusätzlich fanden eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Aufnahme, ohne dass sie Asyl beantragen mussten. Viele Kommunen beklagen, es ließen sich kaum noch Unterkünfte finden.

fek/dpa

Graphic

dpa - Finanzminister Lindner: »Mehr Konsequenz im Umgang mit Migrantinnen, die kein Aufenthaltsrecht haben«

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Premier Sunak will weitere 1000 Migranten auf See unterbringen

SPIEGEL ONLINE

05. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Britische Flüchtlingspolitik

Length: 318 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Im April kündigte die britische Regierung an, 500 Migranten auf See unterbringen zu wollen und geriet dafür in die Kritik. Nun will Premier Rishi Sunak zwei weitere Schiffe anmieten.

Body

Die britische Regierung setzt in ihrem Bestreben, die Migration auf die Insel einzudämmen, erneut auf ungewöhnliche Maßnahmen. Trotz internationaler Kritik will das Land nun noch mehr Menschen vorübergehend auf Schiffen unterbringen.

Der konservative Premierminister Rishi Sunak kündigte dazu in Dover an, zwei weitere Lastkähne anzuschaffen und dort insgesamt 1000 Menschen einzuquartieren. Ein erster Kahn soll bald vor dem südenglischen Hafen Portland ankern. »Mit Mut und Entschlossenheit kann die Regierung dieses Problem lösen«, sagte Sunak. »Und wir nutzen jedes Mittel, das uns zur Verfügung steht.« Mit der Unterbringung auf Schiffen soll die massenhafte Anmietung von Hotelzimmern für Schutzsuchende reduziert werden.

Verschärfung der Asylgesetze

Sunaks Regierung steht unter Druck, weil bei britischen Behörden noch immer Zehntausende Asylanträge anhängig sind und allein in diesem Jahr bereits 7600 Migrantinnen und Migranten über den Ärmelkanal das Land erreicht haben. Sunak verspricht, die »Boote zu stoppen« und verweist darauf, dass die Zahl der Ankünfte in den vergangenen Monaten bereits um 20 Prozent zurückgegangen sei.

Der Premier setzt dabei vor allem auf Abkommen mit anderen Staaten und verschärfte Asylgesetze. Er verwies in Dover unter anderem auf ein Abkommen mit Albanien, das die Rückführung von mehr Migranten aus dem Land ermöglicht.

Sunaks Pläne kommen nach Ansicht von Kritikern einem Asylverbot gleich: Wer auf unerwünschten Wegen im Vereinigten Königreich ankommt, soll festgehalten und möglichst schnell nach Ruanda oder ein anderes als sicher geltendes Land abgeschoben werden ohne Rücksicht auf den Flüchtlingsstatus.

Beobachter wiesen angesichts der sinkenden Zahl ankommender Migranten auch darauf hin, dass der Rückgang auch auf schlechtes Wetter zurückzuführen sein könnte und üblicherweise in den Sommermonaten mehr Menschen die gefährliche Überfahrt wagen.

Premier Sunak will weitere 1000 Migranten auf See unterbringen

fek/dpa/Reuters

Graphic

IMAGO/Avalon.red - Britischer Premier Sunak bei einer Pressekonferenz im südenglischen Dover: »Stoppt die Boote«

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Faeser lehnt Flüchtlingsobergrenze ab, Merz bezeichnet Dänemark als Vorbild

SPIEGEL ONLINE

25. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Umgang mit Migration

Length: 687 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Den Obergrenzen-Vorschlag von Markus Söder bezeichnet Nancy Faeser als nicht umsetzbar. Sie verweist auf europäisches Recht. Friedrich Merz stellt sich dagegen hinter den CSU-Chef.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat den Vorschlag einer jährlichen Obergrenze für Geflüchtete in Deutschland abgelehnt. »Obergrenzen sind halt insofern nicht einzuhalten, weil wir europäisches Recht haben, internationales Recht, wir können gar nicht das Individualrecht auf Asyl alleine reduzieren«, sagte Faeser am Sonntagabend bei »Anne Will« und fügte hinzu: »Wir sind an die Genfer Flüchtlingskonvention, an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden.«

Faeser sagte weiter: »Das einzige, was wirklich helfen wird, ist eine europäische Lösung.« Da müsse seitens der Europäischen Union mehr kommen an Verteilung. Die Kommunen seien an der Belastungsgrenze.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte eine »Integrationsgrenze« für die Aufnahme von Geflüchteten von etwa 200.000 Menschen ins Gespräch gebracht. In der ARD-Sendung »Anne Will« bekräftigte er, bei der Zahl 200.000 gehe es um eine Richtgröße, »in der Integration in unserem Land noch gelingen kann«. Man benötige Grenzschutz, den Stopp von Sonderaufnahmeprogrammen, die nur Deutschland mache, es brauche Rückführung und eine Veränderung der Anreize, beispielsweise beim Bürgergeld. Söder betonte, er sei nicht für die Abschaffung des individuellen Asyls. »Wir brauchen eine Wende hin zu einer nachhaltigen Migrationspolitik.«

Für einen Deutschland-Pakt gegen unkontrollierbare Zuwanderung stehe er sofort bereit, sagte Söder. Er forderte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, bei dem Thema Migration Führung zu zeigen. »Der Bundeskanzler, der wochenlang geschwiegen hat, der müsste jetzt mal ran an das Thema. Der Bundeskanzler muss jetzt auch hier Führung zeigen, und er muss übrigens auch die Grünen überzeugen«, forderte Söder.

Aus vielen Ländern und Kommunen kamen zuletzt zunehmende Warnungen vor einer Überlastung. Bis Ende August registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr als 204.000 Erstanträge auf Asyl – ein Plus von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dazu kommt, dass wegen des russischen Angriffskriegs mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine in Deutschland Schutz suchten, die keinen Asylantrag stellen müssen.

Merz: Beispiel an Dänemark nehmen

Faeser lehnt Flüchtlingsobergrenze ab, Merz bezeichnet Dänemark als Vorbild

CDU-Chef Friedrich Merz unterstützte Söders Vorschlag einer Obergrenze. »Ja, das ist machbar. Aber leicht ist es nicht«, sagte er der »Augsburger Allgemeinen« Zeitung. »Wir reden ja nicht nur über Wohnungen oder Schulen, wir reden auch über Krankenhäuser, vernünftige Ausbildung und echte Integration. Das ist eine gehörige Kraftanstrengung. Die wird uns nur gelingen, wenn diejenigen, die rechtskräftig abgewiesen worden sind, auch konsequent abgeschoben werden.«

Merz forderte, die Einreise Tausender Migranten pro Monat nach Deutschland zügig zu begrenzen. »Wir müssen dieses Problem lösen, sonst wächst uns das über den Kopf«, sagte er. »Wenn wir die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überstrapazieren wollen, müssen wir schnell die Zahlen der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, reduzieren.« In diesem Zusammenhang erneuerte er sein Angebot an Scholz, »dass wir als ersten Teil seines Deutschland-Paktes gemeinsam die Flüchtlingskrise lösen«.

Deutschland sei zu wenig konsequent in der Zurückweisung und auch in der Abschiebung von Asylbewerbern, die keinen Anspruch haben, sagte Merz. »Die Dänen sind da sehr konsequent. Es gibt dort nur noch Sachleistungen und Sammelunterkünfte und Ausreisepflichtige werden dann auch konsequent abgeschoben. Von einer sozialdemokratischen Regierung übrigens, das sind keine Rechtsextremen.«

2022 wurden nach Angaben der Bundesregierung knapp 13.000 ausreisepflichtige Personen aus Deutschland abgeschoben. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 rund 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung.

Geduldete Menschen sind Personen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Das kann etwa daran liegen, dass sie keine Ausweisdokumente haben, krank sind oder ein minderjähriges Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt. Die Duldung ist immer befristet.

czl/dpa

Load-Date: September 25, 2023

Habeck offen für »moralisch schwierige Entscheidungen« in der Asylpolitik

SPIEGEL ONLINE

23. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit über Migration

Length: 790 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: Die Zahl der Asylbewerber steigt und die Union setzt die Bundesregierung unter Druck. Jetzt bereitet Vizekanzler Robert Habeck seine Grünen auf einen schärferen Kurs in der Migrationspolitik vor. Sein Appell: »die Wirklichkeit annehmen.«

Body

Besonders bei den Grünen tun sich viele mit Verschärfungen des Migrationsrechts schwer. Doch Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck hat nun betont, dass seine Partei zu pragmatischen Lösungen bereit seien, um den Zuzug bereits an den EU-Außengrenzen zu senken.

Bei einer Konferenz mit Bürgermeistern und Landräten sei ihm von Überlastung und Überforderung berichtet worden, sagte der Grünenpolitiker dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. »Sie sagen, dass sie an vielen Stellen nicht mehr wissen, wie sie die Probleme lösen sollen.« Da herrsche »eine gewisse Dramatik«, sagte er demnach und zeigte sich offen, dagegen vorzugehen. »Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen.«

»Wir haben regierungsseitig einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, das unter anderem Asylverfahren an den Außengrenzen der EU vorsieht, zugestimmt, aber es war schwierig für viele Grüne«, sagte Habeck weiter. Um das Recht auf Asyl zu schützen, »müssen wir die Wirklichkeit annehmen und die konkreten Probleme lösen auch, wenn es bedeutet, moralisch schwierige Entscheidungen zu treffen. Wir wissen, dass wir eine Verantwortung für den Zusammenhalt in diesem Land tragen.«

CDU-General Linnemann verlangt überparteilichen Konsens

Angesichts der deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen hat CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann einen überparteilichen »Konsens wie 1993« in der Migrationspolitik gefordert. Damals war auf Grundlage des sogenannten Asylkompromisses von Union und FDP mit der damals oppositionellen SPD das Asylgrundrecht eingeschränkt worden. »Wenn wir dieser Herausforderung Herr werden wollen, dann müssen die Parteien im Deutschen Bundestag bereit sein, parteiübergreifend den Schulterschluss zu suchen«, sagte er der »Süddeutschen Zeitung«. Er würde dann auch »sofort öffentliche Zuspitzungen im Streit mit den Ampelparteien sein lassen«. Die gesamte Infrastruktur sei nicht auf diese hohe Zahl von Menschen ausgelegt, warnte er.

Habeck offen für »moralisch schwierige Entscheidungen« in der Asylpolitik

Am Freitag hatte die oppositionelle Union bereits im Bundestag versucht, die Ampelkoalition mit einem Antrag für einen »Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik« unter Druck zu setzen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verteidigte dabei die Regierung: »Unsere Maßnahmen wirken. Wir steuern und ordnen Migration.« Aus Ländern und Kommunen waren zuletzt allerdings dramatische Warnungen vor einer Überlastung gekommen. Bis Ende August registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr als 204.000 Erstanträge auf Asyl ein Plus von 77 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hinzu kommt, dass infolge des russischen Angriffskriegs mehr als eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland Schutz suchten, die keinen Asylantrag stellen müssen.

Merz verweist auf dänischen Asylkurs

CDU-Parteichef Friedrich Merz forderte derweil erneut einen härteren Kurs bei Abschiebungen: »Die Dänen sind da sehr konsequent, es gibt dann nur noch Sachleistungen, die Betroffenen kommen nur noch in Sammelunterkünfte und werden dann auch konsequent abgeschoben«, sagte der Unionsfraktionsvorsitzende bei einer Veranstaltung der »Augsburger Allgemeinen«. Die sozialdemokratische Regierung in Dänemark habe durch ihren Kurswechsel in der Asylpolitik den Stimmenanteil rechtsnationaler Parteien weit zurückdrängen können. Zuletzt allerdings hat Dänemark seine Regeln wieder etwas gelockert und gewährt etwa Frauen und Mädchen aus Afghanistan umfassend Asyl.

Bewegung deutete sich in der umstrittenen Frage der Grenzkontrollen an. Innenministerin Faeser sagte der »Welt am Sonntag« auf die Frage, ob es an der polnischen und tschechischen Grenze kurzfristige stationäre Grenzkontrollen geben werde: »Aus meiner Sicht ist das eine Möglichkeit, Schleuserkriminalität härter zu bekämpfen.« Ein Ministeriumssprecher bestätigte: »Entsprechende zusätzliche grenzpolizeiliche Maßnahmen werden aktuell geprüft.« Noch vor kurzem hatte Faeser stationäre Grenzkontrollen als »Symbolpolitik« abgelehnt.

Solche zusätzlichen Kontrollen müssten mit der Überwachung des gesamten Grenzgebiets durch die Schleierfahndung gut zusammengreifen, sagte Faeser. »Dafür haben wir die Präsenz der Bundespolizei an der polnischen und der tschechischen Grenze bereits stark verstärkt«, erklärte die SPD-Spitzenkandidatin für die hessische Landtagswahl am 8. Oktober. Sie dämpfte jedoch auch die Erwartungen an die Kontrollen: »Man sollte aber nicht suggerieren, dass keine Asylbewerber mehr kommen, sobald es stationäre Grenzkontrollen gibt.« Wenn ein Mensch an der Grenze um Asyl bitte, dann müsse der Asylantrag in Deutschland geprüft werden. Entscheidend bleibe also der Schutz der EU-Außengrenzen.

apr/dpa

Load-Date: September 23, 2023

Große Mehrheit will schnellere Arbeitserlaubnis für Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

17. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Migrationsdebatte

Length: 215 words

Byline: David Böcking

Highlight: Arbeit ist entscheidend für die Integration, doch auf eine entsprechende Erlaubnis müssen Geflüchtete bislang oft lange warten. Laut einer Umfrage finden 87 Prozent der Deutschen: Das sollte schneller gehen.

Body

Angesichts der aktuellen Migrationsdebatte befürworten einer Umfrage zufolge 87 Prozent der Deutschen eine schnellere Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge. Nur elf Prozent sprachen sich dagegen aus, Asylbewerbern und Flüchtlingen, die Aussicht auf eine langfristige Bleibe in Deutschland haben, schneller als bisher eine reguläre Arbeitserlaubnis zu erteilen. Das ergab das am Dienstag veröffentlichte »Trendbarometer« von RTL und n-tv.

Ein weiterer Vorschlag sieht vor, Asylbewerber ohne Aussicht auf einen langfristigen Aufenthalt zu gemeinnützigen Tätigkeiten in Städten oder Gemeinden zu verpflichten. Auch dieser Vorschlag findet bei einer großen Mehrheit der Bundesbürger (76 Prozent) Akzeptanz. 20 Prozent fänden eine solche Verpflichtung nicht richtig.

Geringe Erwartungen haben die Bundesbürger an die derzeit diskutierten Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland. Der Umfrage zufolge glauben nur 23 Prozent der Befragten, dass es Bund und Ländern gelingen wird, die Zuwanderung deutlich zu verringern. Mit 75 Prozent glaubt eine große Mehrheit es hingegen nicht.

Die Daten wurden am 13. und 16. Oktober vom Forsa-Institut im Auftrag von RTL Deutschland erhoben. Befragt wurden 1009 Bundesbürger. Die statistische Fehlertoleranz wurde mit drei Prozentpunkten angegeben.

dab/AFP

Graphic

Verwendung weltweit - Geflüchteter Afghane in einem Leipziger Ausbildungszentrum von Siemens (Bild von 2016)

Load-Date: October 17, 2023

Große Mehrheit will schnellere Arbeitserlaubnis für Geflüchtete

End of Document

Bund und Länder einigen sich auf neue Kostenverteilung in Asylpolitik

SPIEGEL ONLINE

07. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Gipfeltreffen im Kanzleramt

Length: 914 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: In der Finanzierung der Asylpolitik steht ein Systemwechsel bevor: Künftig sollen sich Finanzhilfen des Bundes für Länder und Kommunen an den Flüchtlingszahlen orientieren. Parallel sollen Leistungen gekürzt werden.

Body

In einer nächtlichen Marathonsitzung haben sich Bund und Länder auf eine Verschärfung der Asylpolitik und einen Systemwechsel bei der Finanzierung der Kosten verständigt. Bei dem Treffen vereinbarten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Kanzler Olaf Scholz (SPD), dass sich der Bund künftig pro Asylbewerber mit einer jährlichen Summe von 7500 Euro an den Kosten von Ländern und Kommunen beteiligt.

Damit ging die Runde auf eine zentrale Forderung der Länder ein – statt eines vorher festgelegten Gesamtbetrages die Höhe der Unterstützung des Bundes von der tatsächlichen Zahl der Asylbewerber abhängig zu machen. Dieser Vorschlag eines so genannten »atmenden Systems« hat sich nun prinzipiell durchgesetzt. Allerdings hatten die Länder mindestens 10.500 Euro pro Jahr und Asylantrag verlangt.

Weitere Finanzmittel sollen auch dadurch freigemacht werden, dass der Zeitraum, in dem Asylbewerber Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, von 18 auf 36 Monate verdoppelt wird. Erst nach Ablauf dieser Zeit liegen die Sätze etwa auf Höhe des regulären Bürgergelds. Durch die Verlängerung des Zeitraums werden laut der Runde Mittel in Höhe von rund einer Milliarde Euro frei. Dieses Geld soll den Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Hintergrund der nun bei der Runde im Kanzleramt getroffenen Entscheidung sind steigende Zahlen von Schutzsuchenden. In den ersten neun Monaten 2023 beantragten rund 230.000 Menschen in Deutschland Asyl mehr als im gesamten vergangenen Jahr. Geht man für 2023 von insgesamt 330.000 Anträgen aus, belaufen sich die Kosten für die nun festgelegte Unterstützung des Bundes auf rund 2,5 Milliarden Euro. Hinzu kommt die Milliarde aus dem veränderten Leistungsangebot.

Immer wieder hatten Länder und Kommunen in den vergangenen Monaten signalisiert, an der Belastungsgrenze bei der Integration und Unterbringung zu sein, auch finanziell. Mancherorts mussten Erstaufnahmeeinrichtungen wegen Überfüllung schließen, Wohnraum ist ebenso knapp wie Kita- und Schulplätze. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Bund – nach 3,75 Milliarden in diesem Jahr – den Ländern im kommenden Jahr pauschal 1,25 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Das hielten die Länder für inakzeptabel.

Bund und Länder einigen sich auf neue Kostenverteilung in Asylpolitik

»Mit steigenden Zahlen gibt es mehr Geld, mit sinkenden Zahlen weniger«

Bei einer nächtlichen Pressekonferenz nach mehr als achtstündigen Verhandlungen sprach der Kanzler angesichts der Einigung von einem historischen Moment, weil alle Ebenen des Staates Handlungsfähigkeit gezeigt hätten. Man habe vereinbart, die »Unterstützungszahlungen für Asylsuchende neu zu kalibrieren« und überlegt, wie die Kostentragung zwischen Bund, Ländern und Kommunen fair verteilt werden könne. »Jetzt wollen wir das so machen, dass es eine Pro-Kopf-Pauschale von 7500 Euro geben wird«, sagte der Kanzler. »Mit steigenden Zahlen gibt es mehr Geld, mit sinkenden Zahlen weniger.«

»Uns ist hier ein wichtiger Schritt gelungen«, sagte Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU), der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK). Allerdings müssten weitere folgen, insbesondere nach Ansicht der unionsgeführten Länder.

Die Einigung bei den Kosten ist der wichtigste Punkt unter mehreren, die sich nun in der Flüchtlingspolitik ändern sollen. Unter anderem sollen auch Bezahlkarten eingeführt werden, um Asylbewerbern Sach- statt Geldleistungen geben zu können. Bis Ende Januar soll ein Konzept für die Einführung erarbeitet werden.

Angestrebt wird zudem, Asylverfahren zu beschleunigen. Derzeit dauern sie regelmäßig Jahre. Nun ist das Ziel, dass es innerhalb von 6 Monaten eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geben soll. Wenn gegen diese Bescheide geklagt wird, soll es die erstinstanzliche Entscheidung bei Verwaltungsgerichten innerhalb von drei Monaten geben. Dafür soll es zusätzliche Ressourcen geben, etwa bei Digitalisierung und Personal. Derzeit dauern Asyl-Verwaltungsgerichtsverfahren in manchen Bundesländern durchschnittlich mehr als 30 Monate.

Im Beschluss von Bund und Ländern geht es auch um einen umstrittenen Vorschlag: Asylverfahren in Drittstaaten durchzuführen. Die Bundesregierung werde dies prüfen, heißt es dazu. Allerdings ist bei manchen Ländern die Skepsis groß; Niedersachsen, Bremen und Thüringen meldeten in einer Protokollerklärung entsprechende Zweifel an.

Die Verhandlungen der Länder mit der Bundesregierung begannen mit mehrstündiger Verspätung. Zuvor hatten sich die Länder bei internen Beratungen verhakt, insbesondere beim Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik. Strittige Punkte wurden schließlich als Protokollnotizen an den Beschlussvorschlag der Länder angefügt. Die unionsgeführten Länder sowie das vom Grünen Winfried Kretschmann regierte Baden-Württemberg hatten sich für Schritte ausgesprochen, die andere Länder nicht mittragen wollten (mehr dazu lesen Sie hier).

Das ließ erahnen, wie kontrovers auch die Debatte mit dem Bund werden sollte.

Vor der Debatte über die Migrations- und Flüchtlingspolitik verständigten sich Bund und Länder in anderen Punkten. Konkret wurde vereinbart, das Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr fortzuführen, allerdings womöglich mit höherem Preis. Zudem beschlossen sie einen »Beschleunigungspakt«, ein Bündel aus einigen Dutzend Maßnahmen. Sie sollen dazu dienen, in Deutschland mehr Tempo bei der Planung und Genehmigung von Projekten zu ermöglichen. Das soll etwa den Ausbau von Windkraftanlagen, Mobilfunkmasten oder den Wohnungsbau erleichtern.

cte/ulz

Load-Date: November 7, 2023

Gericht verwirft Ruanda-Abschiebepläne der britischen Regierung

SPIEGEL ONLINE

29. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Entscheidung in London

Length: 448 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Schlappe für Premier Rishi Sunak: Der Plan seiner Regierung, per Abschiebeabkommen mit Ruanda die Zahl der Migranten in Großbritannien zu senken, verstößt laut einem Gerichtsbeschluss gegen das Gesetz.

Body

Aus den umstrittenen Plänen der britischen Regierung zur Abschiebung von Asylbewerbern nach Ruanda wird in dieser Form nichts. Das Vorhaben sei rechtswidrig, entschied ein Berufungsgericht in London.

Die Regierung von Premierminister Rishi Sunak will Tausende von Migranten abschieben, Basis ist ein im vergangenen Jahr mit Ruanda geschlossenes Abkommen. Es soll Migranten abschrecken, die in kleinen Booten von Frankreich aus über den Ärmelkanal nach Großbritannien kommen.

Konkret sehen die Pläne von Innenministerin Suella Braverman vor, dass irregulär nach Großbritannien eingereiste Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und ohne Prüfung ihres Asylanspruchs festgehalten und so bald wie möglich nach Ruanda abgeschoben werden sollen. Sie sollen dann dort um Asyl ersuchen. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen.

Schwere Niederlage für Premier Sunak

Die drei Richter des Berufungsgerichts entschieden mehrheitlich, dass Ruanda nicht als sicheres Drittland behandelt werden kann. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass die Mängel des ruandischen Asylsystems zu groß seien. Es bestehe ein echtes Risiko, dass nach Ruanda abgeschobene Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückgeschickt würden, wo ihnen Verfolgung und andere unmenschliche Behandlung drohe. Bürgerrechtler hatten zudem die Regierung in Kigali wegen Verstößen gegen die Menschenrechte wiederholt kritisiert.

Die Entscheidung ist eine schwere Niederlage für Sunak, der den Stopp des Flüchtlingszustroms als eine seiner fünf Prioritäten bezeichnet hat.

Im vergangenen Jahr kamen rund 45.000 Migranten in kleinen Booten über den Ärmelkanal nach Großbritannien, so viele wie nie zuvor. In diesem Jahr sind bisher über 11.000 Menschen auf diesem Weg illegal in das Vereinigte Königreich eingereist. Die britische Regierung hatte vor wenigen Tagen eine Rechnung aufgemacht. Demnach wurde bei der Abschiebung von Asylbewerbern nach Ruanda mit Kosten von 169.000 Pfund (197.000 Euro) pro Abschiebung gerechnet.

Gericht verwirft Ruanda-Abschiebepläne der britischen Regierung

Großbritannien hat keine Kapazitäten zur Aufnahme von Migrantinnen und Migranten aufgebaut und seit dem Brexit kein Rücknahmeabkommen mehr mit der EU. Zahlreiche Menschen sind deshalb in Hotels untergebracht, was hohe Kosten für die Steuerzahler verursacht.

Der erste geplante Abschiebeflug vor einem Jahr wurde durch eine einstweilige Verfügung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gestoppt. Dieser hatte das Vorhaben der britischen Regierung untersagt, solange die Gerichtsverfahren in Großbritannien nicht abgeschlossen sind. Im Dezember hatte der High Court in London geurteilt, die geplanten Abschiebungen seien rechtmäßig. Menschenrechtsgruppen riefen daraufhin das Berufungsgericht an.

ulz/dpa/Reuters

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Eine Aktivistin trägt ein UNHCR Zelt, in dem eine syrische Familie im jordanischen Flüchtlingscamp untergebracht war

Load-Date: June 29, 2023

End of Document

EU registriert 2023 mehr als eine Million Asylanträge

SPIEGEL ONLINE

25. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Deutlicher Anstieg

Length: 310 words

Byline: Oliver Kaefer

Highlight: Die Zahl von Asylbewerbern in der Europäischen Union ist dieses Jahr stark gestiegen, Hauptziel ist weiterhin Deutschland. 2024 rechnet die EU-Asylagentur mit noch mehr Schutzbedürftigen, es werde ein »herausforderndes Jahr«.

Body

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland und Europa steigt auch 2023 weiter. Die Direktorin der EU-Asylagentur (EUAA), Nina Gregori, sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe, in der EU werde die Gesamtzahl der Asylanträge 2023 »deutlich über einer Million« liegen. Allein im Oktober habe ihre Agentur rund 123.000 Anträge registriert, die höchste Monatszahl seit sieben Jahren.

Mit einem Rückgang der Zahlen rechnet Gregori nicht, im Gegenteil: »Die Welt um uns herum wird immer instabiler. Der Schutzbedarf von Flüchtlingen wird 2024 und später daher nicht nachlassen, sich zum Teil sogar erhöhen.« 2024 werde ein »herausforderndes Jahr«.

Wie die Funke-Zeitungen unter Berufung auf Daten der EUAA berichten, wurden in der EU bis Ende Oktober rund 937.000 Asylanträge registriert. Das war ein Anstieg um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zählte derweil bis Ende November 325.801 Asylanträge in Deutschland, wie die Funke-Zeitungen weiter berichten – verglichen mit den ersten elf Monaten des Vorjahres ein Zuwachs um 52 Prozent.

Deutschland bleibe das Hauptziel für Asylsuchende in der EU, bilanziert deshalb auch die EU-Asylagentur. Im Oktober entfielen nach EUAA-Angaben 27 Prozent aller Asylgesuche auf Deutschland. Das war mehr als in Frankreich und Italien zusammen, wo die zweit- und drittmeisten Asylanträge gestellt wurden.

Weiter zugenommen hat auch die Zahl der Flüchtenden aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs. EUAA-Chefin Gregori sagte den Funke-Zeitungen, Ende Oktober seien 4,16 Millionen Ukrainer in der EU registriert gewesen, die hier vorübergehenden Schutz genießen würden, 320.000 mehr als im Januar. Deutschland sei Stand Ende Oktober mit rund 1,17 Millionen ukrainischen Flüchtlingen das führende Gastgeberland in der EU, gefolgt von Polen mit 957.000 Ukrainern.

kae/AFP

EU registriert 2023 mehr als eine Million Asylanträge

Load-Date: December 25, 2023

End of Document

Britische Promis wettern gegen Asylpolitik ihres Landes

SPIEGEL ONLINE

11. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Schauspieler und Ex-Fußballer

Length: 413 words

Byline: Johannes Korge

Highlight: Von Brian Cox bis Gary Lineker: Zahlreiche Berühmtheiten haben öffentlich die Einwanderungspolitik Großbritanniens kritisiert. Für das System finden sie klare Worte.

Body

Mehrere Prominente haben die britische Regierung zu einem Umdenken in ihrer Asylpolitik aufgefordert. Schauspieler Brian Cox (»Succession«), der frühere Fußballprofi Gary Lineker und Schauspielerin Sophie Okonedo (»Tod auf dem Nil«) zählten zu den Unterstützern eines entsprechenden offenen Briefs, meldete die Nachrichtenagentur PA in der Nacht zum Montag.

»Unsere Regierung versucht noch immer, Menschen, die vor Verfolgung fliehen, nach Ruanda zu verbannen, obwohl das oberste Gericht im Land dies für unrechtmäßig erklärt hat«, heiße es in dem Brief. Zehntausende Menschen müssten derzeit ausharren und abwarten, bis ihr Antrag auf Flüchtlingsschutz bearbeitet werde.

In dem Schreiben würden alle Parteien aufgefordert, sich auf einen neuen fairen Plan zu verständigen, der auch Großbritanniens völkerrechtliche Verpflichtungen berücksichtige, zitierte PA. Das bisherige System sei rücksichtslos, chaotisch und kostspielig.

Die konservative Regierung fährt einen harten Kurs gegen Migrantinnen und Migranten. Menschen, die auf irregulärem Weg nach Großbritannien gekommen sind, sollen ohne Prüfung eines Asylantrags und ungeachtet ihrer eigentlichen Herkunft nach Ruanda geschickt werden, dafür wurde ein Deal geschlossen. Sie sollen dann dort Asyl beantragen. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen.

Sunak lobt eigene Härte

Die Regierung will damit Migranten von der gefährlichen Reise in kleinen Booten über den Ärmelkanal abschrecken. Bislang scheiterte das Vorhaben an Gerichten. Die Regierung von Premier Rishi Sunak will Bedenken nun durch Zusagen aus Ruanda sowie neue Gesetzgebung ausräumen. Darüber soll am Dienstag im Parlament beraten werden.

Zuletzt hatte sich Sunak selbst für seine bisher »schärfste Gesetzgebung gegen illegale Migration« gelobt. Das Oberste Gericht in London hatte das Vorhaben auch mit Verweis auf rechtsstaatliche Defizite in Ruanda gestoppt.

Britische Promis wettern gegen Asylpolitik ihres Landes

Mit einem neuen Gesetz will die Regierung die Bedenken umgehen. Das ostafrikanische Land soll zum sicheren Drittstaat erklärt werden. Sunak will auch ein britisches Menschenrechtsgesetz für nicht anwendbar erklären.

»Wir werden Flüge in die Luft bekommen«, sagte Sunak in der vergangenen Woche. Er drohte indirekt damit, im Zweifel aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszusteigen. »Ich werde nicht zulassen, dass ein ausländisches Gericht diese Flüge blockiert«, so Sunak. Wenn das Gericht in Straßburg sich einmische, werde er das Nötige tun, um diese Flüge zu ermöglichen.

jok/dpa

Load-Date: December 11, 2023

End of Document

Polen sollen in Referendum über EU-Asylkompromiss abstimmen

SPIEGEL ONLINE

14. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Aufnahme von Migranten

Length: 349 words

Byline: Johannes Korge

Highlight: Die polnische Regierung will partout keine Geflüchteten ins Land lassen und streitet deswegen mit der EU. Nun steht offenbar ein Referendum zu dem Thema an.

Body

Die Polensollen in einem Referendum gleichzeitig mit der Parlamentswahl über den EU-Asylkompromiss und eine verpflichtende Aufnahme von Flüchtlingen abstimmen. Die entsprechende Frage soll lauten: »Unterstützen Sie die Aufnahme von Tausenden illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrikanach dem von der europäischen Bürokratie auferlegten Mechanismus der verpflichtenden Aufnahme?«

Dies gab Ministerpräsident Mateusz Morawieckiam Sonntag in einem auf sozialen Medien verbreiteten Videoclip bekannt. Der Ausgang eines solchen Referendums hätte keinerlei Einfluss auf den Entscheidungsprozess innerhalb der EU.

Anfang Juni hatten sich die EU-Innenminister auf eine Reform der Asylpolitik geeinigt. Diese sieht vor, dass die Aufnahme von Flüchtlingen künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein soll. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen. Im Gespräch waren zuletzt rund 20.000 Euro pro Geflüchtetem. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson nannte dies eine »Pflicht zur Solidarität«.

Die Regierung in Warschauwidersetzt sich. Polen fordert, dass jedes EU-Land selbst darüber entscheiden sollte, wie es Länder mit besonders hohen Migrationszahlen unterstützt.

Neues Parlament im Herbst

In Polen wird am 15. Oktober ein neues Parlament gewählt. Die nationalkonservative Regierungspartei PiS ist wegen hoher Inflation, eines strengen Abtreibungsrechts und diverser Skandale um Vetternwirtschaft unter Druck. Vor diesem Hintergrund brachte Parteichef Jaroslaw Kaczynskiim Juni die Idee eines Referendums parallel zur Wahl ins Spiel. Ursprünglich sollte es dabei nur um die EU-Migrationspolitik gehen.

Mittlerweile hat die PiS angekündigt, dass es vier Fragen in dem Referendum geben werde. Die erste betrifft die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die zweite die Anhebung des Renteneintrittsalters, die dritte die EU-Asylpolitik. Die vierte Frage soll am Montag bekannt gegeben werden. Die Opposition wirft der PiS vor, sie nutze das Referendum, um mit der eigenen Agenda zusätzlich Wähler für die Parlamentswahl zu mobilisieren.

jok/dpa

Graphic

EPA - Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki

Load-Date: August 14, 2023

End of Document

Freis Asyl-Vorstoß sorgt für Streit in sächsischer Landesregierung

SPIEGEL ONLINE

19. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Debatte über Migration

Length: 601 words

Byline: Johanna Soll

Highlight: Der Unionspolitiker Thorsten Frei hat seine Forderung nach einer radikalen Reform des Asylrechts verteidigt. Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer pflichtet ihm bei, doch sein Vize widerspricht entschieden.

Body

Der sächsische Vize-Regierungschef Wolfram Günther (Grüne) hat Ministerpräsident Michael Kretschmer(CDU) in der Diskussion über einen Wechsel in der Asylpolitik widersprochen. Die Äußerungen des CDU-Politikers Thorsten Freiseien kein »wichtiger Debattenbeitrag«, sondern ein Angriff gegen einen Grundsatz der Verfassung und juristisch unsinnig, schrieb Günther am Mittwoch auf Twitter. Er bezog sich damit auf eine Wortmeldung Kretschmers vom Vortag.

Kretschmer hatte eine Lösung in der Asylfrage angemahnt. »Es kann bei der illegalen Migration nicht so weitergehen wie bisher. Die Zahl der Menschen, die nach Deutschlandkommen, um Asyl zu beantragen, ist erkennbar zu groß«, sagte er. Man müsse Maßnahmen ergreifen, die die Zahl illegaler Migranten deutlich reduzieren.

Zuvor hatte Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in einem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«einen Systemwechsel in der europäischen Asylpolitik gefordert.

Frei greift Faeser an

Kritik an seinen Vorschlägen für eine radikale Reform des Asylrechts wies Frei in der Sendung »Frühstart« bei RTL/n-tv am Mittwoch zurück. Zu Äußerungen von Innenministerin Nancy Faeser(SPD) von Anfang Juni, wer das Grundrecht auf individuelles Asyl antaste, spiele das dreckige Spiel der rechten AfD mit, sagte er: »Ich finde das weder sachgerecht noch angemessen, noch fair.« »Und wenn die Frau ehrlich wäre, dann müsste sie erkennen, dass es so wie es ist, nicht gut ist und meines Erachtens auch nicht bleiben kann«, so der CDU-Politiker.

Weiter sagte Frei, Faeser täte gut daran, sich ernsthaft mit seinen Gedanken zur Steuerung der Migration nach Europa auseinanderzusetzen. »Denn sie hat ja ganz offensichtlich keine besseren Vorschläge zu bieten.«

Freis Asyl-Vorstoß sorgt für Streit in sächsischer Landesregierung

Frei schlägt vor, das Recht einzelner Migranten, auf europäischem Boden Asyl zu beantragen, abzuschaffen und durch Aufnahmekontingente zu ersetzen. Diese 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge pro Jahr sollten direkt im Ausland ausgewählt und dann in Europa verteilt werden. »Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre nicht länger möglich, der Bezug von Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten umfassend ausgeschlossen«, schrieb der CDU-Politiker in der »FAZ«.

2022 beantragten 217.774 Menschen Asyl

Frei sagte RTL und n-tv, sein Konzept sei eine Antwort auf die steigenden Asylbewerberzahlen. »Wenn Sie allein das Jahr 2022 nehmen, wo etwa 1,3 Millionen Menschen schutzbedürftig nach Deutschland gekommen sind und hier Asyl beantragt haben, dann muss man sagen, ist es eine Zahl, die man mit Sicherheit nicht jedes Jahr wiederholen kann, weil das die Leistungskraft, auch die Integrationskraft der Gesellschaft überfordern würde.«

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) stellten vergangenes Jahr 217.774 Menschen in Deutschland einen Asylantrag 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor und so viele wie seit 2016 nicht mehr. Die meisten kamen aus Syrien (70.976), Afghanistan (36.358), der Türkei (23.938), dem Irak und Georgien. Zusätzlich fanden eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Aufnahme, ohne dass sie Asyl beantragen mussten.

Auf die Frage, ob er mit seinen Vorschlägen auch auf die zurzeit hohen Zustimmungswerte für die AfD reagiere, sagte Frei, er schaue nicht so sehr auf die politischen Werte anderer Parteien. »Sondern ich mache das, wofür Politiker aus meiner Sicht da sind: Wir haben ein objektives Problem, das viele Menschen bei uns im Land als eine große Herausforderung und ein großes Problem identifizieren. Und dann ist es unsere Aufgabe, Vorschläge zu machen, wie man damit umzugehen hat.«

jso/dpa

Graphic

imago images/Political-Moments - Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Load-Date: July 19, 2023

Schwere Ausschreitungen gegen Migranten auf Zypern

SPIEGEL ONLINE

02. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; 13 Festnahmen

Length: 457 words

Byline: Tobias Großkemper

Highlight: Hunderte verummte Rechtsextreme wüten in der Hafenstadt Limassol auf Zypern gegen Migranten. Menschen werden attackiert und Brände gelegt. Beobachter sprechen von »pogromartigen Zuständen«.

Body

Nach einer Demonstration gegen Flüchtlinge und Migranten hat es in der zyprischen Hafenstadt Limassol schwere Ausschreitungen gegeben. Rund 350 verummte mutmaßliche Rechtsextreme manche Medien berichteten von bis zu 500 griffen am Freitagabend Geschäfte von Migranten und die Menschen selbst an. Der zyprische Präsident Nikos Christodoulidis zeigte sich entrüstet: Er schäme sich wegen der Vorfälle, sagte er zu Beginn einer Krisensitzung am Samstagvormittag. Bei dem Treffen waren auch der Innenminister, die Justizministerin, der Zivilschutz, die Polizei und die Feuerwehr dabei.

»Ich schäme mich für das, was gestern stattfand«, sagte Christodoulidis. »Auch diejenigen sollten sich schämen, die dafür verantwortlich sind.« Damit meinte er sowohl die Organisatoren der Demonstration als auch die Polizei und die zuständigen Minister, denen er vorhielt: »Es kann nicht sein, dass der Staat seine Bürger und Fremde nicht schützen kann.«

Die Vermummten hatten Medienberichten zufolge »Migranten raus aus Zypern« skandiert. Sie warfen Brandsätze und Steine, zündeten Mülltonnen an und zertrümmerten Geschäfte und Imbissbuden. Die Polizei setzte Tränengas und einen Wasserwerfer ein. Fünf Menschen wurden verletzt, es gab 13 Festnahmen, wie die »Cyprus Times« schrieb.

Ein Journalist, der über die Ausschreitungen berichtete, sagte, die Vermummten hätten Ausländer angegriffen, die wiederum von anderen Zypriern Hilfe erhielten, um sich in Sicherheit zu bringen. »Die Polizei war nicht fähig, die Bürger und Journalisten zu schützen.« Auch ein TV-Team wurde von den Vermummten angegriffen. Zyprische Medien beklagten »pogromartige Zustände«. Bereits am vergangenen Wochenende hatten Rechtsextreme in der Kleinstadt Chloraka Migranten angegriffen.

Überfüllte Flüchtlingslager

Laut zyprischem Innenministerium machen Flüchtlinge und Migranten mittlerweile sechs Prozent der Bevölkerung aus. Die kleine Inselrepublik verzeichnet außerdem gemessen an der Bevölkerungszahl mit Abstand die meisten

Schwere Ausschreitungen gegen Migranten auf Zypern

Asylanträge pro Jahr in der EU. Die Flüchtlingslager sind überfüllt, vielerorts haben sich Ghettos gebildet, wo die Menschen in Armut leben. Diese Zustände dienen Ultrarechten als Anlass für die Ausschreitungen.

Zypern ist nach einem griechischen Putsch und einer türkischen Militärintervention seit 1974 geteilt. Die Republik Zypern ist seit 2004 Mitglied der EU. Das EU-Recht und Regelwerk gelten, solange es keine Lösung für die Teilung gibt, nur im Südteil der Insel. Dort leben rund 900.000 Menschen, im Norden sind es rund 300.000. Zypriische Regierungen haben in den vergangenen Jahren immer wieder beklagt, dass Migranten aus der Türkei legal nach Nordzypern reisen und von dort über die grüne Grenze nach Südzypern und damit in die EU gelangen.

tgk/dpa

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Zerstörung in einer der Haupteinkaufsstraßen von Limassol nach rechtsextremen Ausschreitungen

Load-Date: September 2, 2023

End of Document

Deutschland will doch wieder Migranten aus Italien aufnehmen

SPIEGEL ONLINE

15. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Notstand auf Lampedusa

Length: 519 words

Byline: Olaf Kanter

Highlight: Jeden Tag kommen Tausende Migranten in Lampedusa an. Wegen eines Streits mit der italienischen Regierung wollte Deutschland eigentlich keine Flüchtlinge mehr übernehmen und tut es nun doch - aus »Solidarität«.

Body

Die Bundesregierung will angesichts der Massenankunft auf der Mittelmeerinsel Lampedusa die freiwillige Aufnahme von Migranten aus Italien doch fortsetzen. Sie war erst vor kurzem gestoppt worden.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte am Freitag der ARD, das freiwillige Aufnahme-Verfahren sei ausgesetzt gewesen, »weil Italien keinerlei Bereitschaft gezeigt hat, im Wege des Dublin-Verfahrens Leute zurückzunehmen«. Sie fügte unmittelbar hinzu: »Jetzt ist natürlich klar, dass wir unserer solidarischen Verpflichtung auch nachkommen.«

Ursprünglich hatte Deutschland zugesagt, 3500 Asylbewerber aus besonders belasteten Staaten an Europas Südgrenzen zu übernehmen. Bislang wurden über den sogenannten freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus 1700 Schutzsuchende überstellt, damit sie in Deutschland ihr Asylverfahren durchlaufen.

Am Mittwoch hatte es dann vom Ministerium geheißen, weitere Aufnahmen seien nun nicht mehr geplant, auch weil es bei der Rückübernahme von Migranten nach den sogenannten Dublin-Regeln hakt. Diese Regeln sehen vor, dass Asylbewerber ihren Antrag - bis auf wenige Ausnahmefälle - im ersten EU-Land stellen müssen, in dem sie registriert wurden. Wer es dennoch in einem anderen Staat versucht, kann dorthin zurückgeschickt werden. Ein Sprecher hatte gesagt, Rom sei informiert worden, dass der Auswahlprozess für Migranten verschoben werde.

Regierungschefin Meloni lädt von der Leyen nach Lampedusa ein

Nach der Ankunft von so vielen Bootsmigranten in den vergangenen Tagen hat Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Mittelmeerinsel eingeladen. Die EU-Politikerin solle gemeinsam mit Meloni Lampedusa besuchen, »um sich persönlich den Ernst der Lage, in der wir uns befinden, bewusst zu machen«, sagte die Rechtspolitikerin in einer Videobotschaft am Abend.

Meloni rief die Europäischen Union auf, dabei zu helfen, Migranten von der Überquerung des Mittelmeeres abzuhalten. Notfalls müsse die Marine eingesetzt werden, um Migrantenboote am Ablegen zu hindern, erklärte sie

Deutschland will doch wieder Migranten aus Italien aufnehmen

in ihrer Video-Botschaft. Sie versprach ein hartes Vorgehen gegen den Anstieg der Ankünfte vor allem auf der kleinen Insel Lampedusa.

Seit Wochenbeginn haben mehrere Tausend Bootsmigranten die kleine Insel zwischen Sizilien und Nordafrika erreicht. Allein am Dienstag kamen mehr als 5000 Menschen an – so viele wie noch nie an einem einzigen Tag. Zeitweise war das Erstaufnahmelager mit rund 6800 Menschen maßlos überfüllt. Wegen der Nähe zur tunesischen Küstenstadt Sfax gehört Lampedusa seit Jahren zu den Brennpunkten der Migration nach Europa. Der Stadtrat der Insel rief am Mittwoch angesichts der zugespitzten Lage den Notstand aus.

Italien wird seit Oktober 2022 von einer Rechtsallianz unter der Führung der ultrarechten Meloni regiert. Die Politikerin versprach, die Migration nach Italien einzuschränken. Bislang konnte sie das Wahlversprechen nicht erfüllen. Seit Jahresbeginn kamen laut Zahlen des Innenministeriums in Rom rund 127.200 Menschen (Stand 15. September) auf Booten nach Italien – im Vorjahreszeitraum waren es rund 66.200.

oka/dpa

Load-Date: September 15, 2023

End of Document

Ruf nach Gewalt an EU-Außengrenzen Grüne und FDP attackieren Jens Spahn

SPIEGEL ONLINE

25. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit über Migrationspolitik

Length: 761 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Das Bundeskabinett soll heute über schärfere Asylregeln entscheiden, doch der Zoff über den Migrationskurs nimmt kein Ende. Ampelvertreter reagieren scharf auf Forderungen aus der Union und rufen sich selbst zur Ordnung.

Body

Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, illegale Migration an den EU-Außengrenzen gegebenenfalls »mit physischer Gewalt« aufzuhalten. Politikerinnen und Politiker von Grünen und FDP reagieren nun mit Kritik: Mit solchen Aussagen versuche Spahn »am rechten Rand zu fischen«, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Irene Mihalic, dem Medienhaus Table.Media. »Wir befinden uns zum Glück in einem Rechtsstaat und brauchen rechtlich tragfähige Lösungen, um mit der Vielzahl an schutzsuchenden Menschen umzugehen und keinen menschenrechtswidrigen Populismus.«

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Stephan Thomae, sagte Table.Media, rechtsstaatliche und menschenrechtskonforme Standards müssten zwingend eingehalten werden. »Gewalt gegen Flüchtlinge ist niemals zu akzeptieren.«

Spahn hatte dem Nachrichtenportal »The Pioneer« gesagt, irreguläre Migration müsse gegebenenfalls auch »mit physischer Gewalt« gestoppt werden. Auch an Flughäfen werde der Pass kontrolliert und wer keinen guten Grund habe einzureisen, der komme nicht rein. »Da wird im Zweifel auch aufgehalten. Und ja, dieses Prinzip gehört aus meiner Sicht auch an die EU-Außengrenze«, sagte Spahn.

Bei den Aussagen des CDU-Politikers handelte es sich um Kritik an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach seinen Äußerungen zu einer verschärften Abschiebepolitik im Gespräch mit dem SPIEGEL. Scholz hatte gesagt: »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.« Wer keine Bleibeperspektive in Deutschland habe, »weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen kann, muss zurückgehen«, so der Bundeskanzler. Die Aussagen hatten selbst innerhalb der SPD eine heftige Debatte ausgelöst.

Schärfere Abschieberegeln

Das Bundeskabinett wird heute aller Voraussicht nach verschärfte Abschieberegeln beschließen. Hauptziel des Gesetzentwurfs von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist es, die Zahl von Abschiebungen, die im letzten

Ruf nach Gewalt an EU-Außengrenzen Grüne und FDP attackieren Jens Spahn

Moment scheitern, durch schnellere Verfahren zu reduzieren. Außerdem sollen die Ausländerbehörden durch verlängerte Fristen entlastet werden. Zudem sieht der Entwurf mehr Rechte der Polizei bei Durchsuchungen vor. Ziel ist auch eine beschleunigte Abschiebung von Schleusern. Auch sollen ausländische Mitglieder krimineller Vereinigungen künftig unabhängig von einer Verurteilung ausgewiesen werden können.

Kubicki warnt Grüne vor Blockade

Das Thema ist jedoch innerhalb der Ampelregierung hochumstritten. Vor allem für die Grünen sind die verschärften Regeln hart zu akzeptieren. FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki hat die Koalitionskollegen vor einer Blockade gewarnt. Während Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Problematik illegaler Migration inzwischen verstanden habe, hätte bei den Grünen noch keiner den Mut gefunden, »diese Wahrheit auch gegenüber den eigenen Parteifreunden in gleicher Weise auszusprechen«, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende der FDP dem »Handelsblatt«. »Das kann zum Problem werden, denn die Zeit rennt und wir brauchen schnell Ergebnisse«, fügte er hinzu.

Der Behauptung, dass es kaum Staaten gebe, in die abgeschoben werden könne, widersprach Kubicki. »Es gibt Länder, die abgelehnte Asylbewerber aufnehmen würden, auch wenn diese nicht aus dem Land stammen«, sagte er. Deshalb müssten jetzt entsprechende Vereinbarungen mit Ländern wie Ruanda, Senegal oder Albanien forciert werden. Dafür brauche es allerdings den politischen Willen aller Ampelpartner. »Denn ohne solche Abkommen mit Drittstaaten wird das Abschieben im großen Stil tatsächlich schwierig.«

Linnemann verlangt Zentren für Asylprüfungen an deutschen Grenzen

Die Bundesregierung reagiert mit den verschärften Abschieberegeln auf die deutlich gestiegenen Asylbewerberzahlen in Deutschland und knapp werdende Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete in vielen Kommunen. Bevor das sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz in Kraft treten kann, muss sich der Bundestag damit befassen, der in der Regel noch Änderungen beschließt.

Im Migrationsstreit sprach sich CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann für Asylprüfungen an den deutschen Grenzen aus. »Wir brauchen, sag ich ganz klar, an den deutschen Grenzen nicht nur Grenzkontrollen, sondern dort brauchen wir Kontrollzentren, Transitzentren, dass dort kontrolliert wird, wer eine Einreisechance hat«, sagte Linnemann im ARD-»Morgenmagazin«. »Wer ein Bleiberecht hat, der kann gerne kommen. Aber alle anderen müssen von dort zurückgeführt werden.« Linnemann rief zudem Scholz zur Zusammenarbeit in der Migrationspolitik auf.

col/dpa/AFP

Load-Date: October 25, 2023

Nordische Staaten wollen schneller abschieben

SPIEGEL ONLINE

31. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Engere Zusammenarbeit vereinbart

Length: 314 words

Byline: Nicolai Kwasniewski

Highlight: Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen und Island kooperieren künftig bei der Abschiebung illegal eingereister Migranten. Mithilfe von Frontex sollen die Menschen in ihre Herkunftsländer ausgeflogen werden.

Body

Die nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden haben sich auf eine engere Zusammenarbeit bei der Abschiebung illegal eingereister Migranten geeinigt. Nach einem zweitägigen Treffen der Justiz- und Migrationsminister in Kopenhagen sagte der dänische Migrationsminister Kaare Dybvad Bek am Dienstag, die zuständigen Regierungsbeauftragten der fünf Länder würden sich künftig regelmäßig treffen, um bei Rückführungen und Rückkehrprogrammen für Migranten besser mit Drittstaaten zusammenzuarbeiten.

Die Staaten planen demnach künftig gemeinsame, in Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzbehörde Frontex organisierte Abschiebeflüge, um Migranten ohne Aufenthaltsberechtigung in ihre Herkunftsländer zurückzubringen.

Zudem hätten sich die zuständigen Minister auf ein gemeinsames Hilfsprogramm für "irreguläre Migranten" geeinigt, die sich in Nordafrika aufhielten. Bei einer freiwilligen Rückkehr in ihr Herkunftsland werde ihnen Hilfe bei der Wiedereingliederung angeboten, sagte der dänische Migrationsminister Dybvad Bek weiter.

Alle fünf nordischen Staaten hätten ein »gemeinsames Interesse« daran, die »Abschiebung von Ausländern ohne Aufenthaltsberechtigung sicherzustellen«, so Dybvad Bek. Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden müssten »verhindern, dass sie unter dem Radar der Behörden durch unsere Länder reisen«.

Dänemark verfolgt seit Jahren eine restriktive Einwanderungspolitik, zuletzt hatten auch die anderen nordischen Staaten ihr Vorgehen verschärft.

Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen gab bereits bei ihrem ersten Amtsantritt im Jahr 2019 das Ziel aus, die Zahl der Asylbewerber auf null zu senken. Dänemark entzog zudem 2020 als erstes europäisches Land syrischen Flüchtlingen aus der Region Damaskus ihre Aufenthaltserlaubnis und begründete dies mit einer verbesserten Sicherheitslage rund um die syrische Hauptstadt.

nck/dpa

Nordische Staaten wollen schneller abschieben

Load-Date: October 31, 2023

End of Document

»Das Sterben im Mittelmeer ist Europas offene Wunde«

SPIEGEL ONLINE

20. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Bundesaußenministerin fordert neue EU-Seenotrettungsmission

Length: 287 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Jedes Jahr sterben etliche Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Außenministerin Baerbock drängt nun auf eine neue EU-Initiative. Auch das europäische Asylsystem müsse reformiert werden.

Body

Seit dem Ende der EU-Seenotrettungsmission Sophia im Jahr 2019 ist die Suche und Bergung von havarierten Flüchtlingsbooten im Mittelmeer vor allem Sache von Hilfsorganisationen. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock(Grüne) unternimmt nun einen neuen Vorstoß für eine europäische Rettungsmission.

»Das Sterben im Mittelmeer ist Europas offene Wunde, weil wir es nicht geschafft haben, zu einer gemeinsamen Migrations- und Flüchtlingspolitik zu kommen«, sagte Baerbock in einem Interview mit der »Welt«. Sie nahm dabei auch auf ein Schiffsunglück vor der italienischen Küste Bezug, bei dem zuletzt Dutzende Migranten ums Leben gekommen waren.

»Brauchen gemeinsame Verantwortung«

»Wir brauchen gemeinsame Verantwortung und müssen die Solidarität stärken. Darum ist es aus meiner Sicht so wichtig, dass es eine europäische Seenotrettung gibt.«

Jedes Jahr sterben Tausende Migranten beim Versuch, das Mittelmeer etwa von der nordafrikanischen Küste in Richtung Europazu überqueren. Allein im vergangenen Jahr kamen dabei laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mindestens 2406 Flüchtlinge und Migranten ums Leben oder wurden als vermisst registriert. Die Dunkelziffer dürfte noch viel höher liegen.

Baerbock mahnte zudem, bei einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik Fortschritte zu machen. Die Staaten an der EU-Außengrenze dürften nicht alleingelassen werden »weder mit den Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, noch mit den Menschen, die an den Außengrenzen ankommen, aber keinen Anspruch auf Asyl haben und zurückgeführt werden müssen.« Zugleich betonte die Ministerin, dass die Staaten an der Außengrenze die Verantwortung hätten, ankommende Migranten zu registrieren und human zu behandeln.

fek/dpa

»Das Sterben im Mittelmeer ist Europas offene Wunde«

Graphic

IMAGO/photothek - Außenministerin Baerbock (Grüne): »Wichtig, dass es eine europäische Seenotrettung gibt«

Load-Date: March 20, 2023

End of Document

Kommunen dringen trotz Asyl-Kompromiss auf weitere Hilfe

SPIEGEL ONLINE

10. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Abschottungspläne der EU-Staaten

Length: 483 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: Die EU-Länder haben sich auf einen deutlich härteren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive geeinigt. Die durch die Unterbringung besonders geforderten Kommunen warten aber weiter auf kurzfristige Entlastung.

Body

Asylzentren an den Außengrenzen und eine bessere Verteilung unter den Mitgliedstaaten: Der Kompromiss der EU-Staaten auf einen schärferen Umgang mit Geflüchteten, ist aus deutscher Sicht hart. Für die Städte und Kommunen bringt er aber dennoch nicht das gewünschte Ergebnis schließlich bringe die Einigung keine kurzfristige Entlastung der deutschen Kommunen, mahnte der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

»Wir warnen ausdrücklich davor, dass man im Hinblick auf den europäischen Asylkompromiss jetzt zur Tagesordnung übergeht und wichtige nationale Fragen nicht regelt«, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Es sei zwar ein »wichtiges Signal«, dass die EU-Staaten in der Migrationspolitik einen gemeinsamen Weg gingen, fuhr Landsberg demnach fort. Viele zentrale Fragen seien allerdings noch offen.

Landsberg wies darauf hin, dass der gefundene Kompromiss noch mit dem EU-Parlament abgestimmt werden müsse. Dabei könnten sich Änderungen ergeben »oder das Projekt könnte sogar ganz scheitern«, fuhr er dem RND zufolge fort. Komme es zu einem Beschluss, werde noch viel Zeit vergehen, bis die geplanten Einrichtungen an den europäischen Außengrenzen in Betrieb seien. »Eine kurzfristige Entlastung für die Städte und Gemeinden in Deutschland ist daher nicht zu erwarten.«

Die EU-Innenministerinnen und -minister hatten am Donnerstagabend nach schwierigen Verhandlungen in Luxemburg mehrheitlich einem Kompromiss zur Beendigung des jahrelangen Asylstreits zugestimmt. Dieser sieht erstmals Asylverfahren an den EU-Außengrenzen vor. Länder, die sich weigern, Migranten aufzunehmen, sollen ein Zwangsgeld in Höhe von 20.000 Euro für jeden Migranten in einen von Brüssel verwalteten Fonds einzahlen müssen.

Die Innenminister der CDU-geführten Bundesländer forderten nach dem mühsam errungenen Kompromiss zusätzlich Kontrollen an der deutschen Landesgrenze. Die Bundesregierung habe es »auf EU-Ebene versäumt, den illegalen Migrationsdruck durch wirkungsvolle europäische Absprachen zu mildern«, sagte der hessische

Kommunen dringen trotz Asyl-Kompromiss auf weitere Hilfe

Innenminister Peter Beuth (CDU), der Sprecher der unions-geführten Bundesländer, der »Bild«-Zeitung. »Frau Faeser sollte sich nun nicht mehr den Forderungen nach situativen Grenzkontrollen verschließen.«

»Die anhaltend hohe illegale Migration nach Deutschland macht die Einführung von zeitlich befristeten stationären und mobilen Grenzkontrollen an besonders betroffenen deutschen Binnengrenzen nach Konsultation mit den betroffenen Nachbarländern nötig«, fuhr Beuth demnach mit Blick auf die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern in der kommenden Woche fort.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen gibt es in Deutschland seit längerem eine hitzige Debatte um die Migrationspolitik und die Verteilung der Kosten für die Unterbringung Geflüchteter. Bundesländer und Kommunen fordern vom Bund vehement mehr finanzielle Unterstützung.

apr/AFP

Graphic

dpa - Wohncontainer für ankommende Flüchtlinge in Köln: Zwischen Bund und Kommunen dürfte der Streit trotz Asylkompromiss weitergehen

Load-Date: June 10, 2023

End of Document

»Wir müssen die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, reduzieren«

SPIEGEL ONLINE

08. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; SPD-Politiker für strengere Asylpolitik

Length: 322 words

Byline: Sophie Garbe

Highlight: Aus der SPD kommt der Wunsch nach einer restriktiveren Flüchtlingspolitik. Thüringens Innenminister Maier will die Zahl der sicheren Herkunftsländer erhöhen und warnt im SPIEGEL vor einem Scheitern des EU-Asylkompromisses.

Body

Führende Sozialdemokraten sprechen sich für eine härtere Asylpolitik aus. »Wir müssen die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, reduzieren«, sagte Thüringens Innenminister Georg Maier dem SPIEGEL. Anders als einige Unionspolitiker will er das Individualrecht auf Asyl nicht antasten.

»Aber wir sollten die Zahl der sicheren Herkunftsländer erhöhen«, so Maier. »Für mich zählen die Maghrebstaaten dazu.« Dabei geht es um Algerien, Marokko und Tunesien. Bei sicheren Herkunftsstaaten geht Deutschland davon aus, dass Menschen dort keine politische Verfolgung droht und der Staat sie schützen kann.

Auch Dirk Wiese, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, ist offen für die Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten. Die jüngste Einstufung von Georgien und Moldau nennt er einen notwendigen Schritt, »um Asylverfahren zu beschleunigen und irreguläre Migration zu reduzieren.« Es müsse geprüft werden, »aus welchen anderen Ländern Asylanträge geringe Erfolgsaussichten haben«, sagte Wiese dem SPIEGEL. »Gleichzeitig gilt es aber, sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene mit Ländern in Nordafrika und anderswo Migrationsabkommen auf Augenhöhe zu schließen.«

Maier warnte zudem vor einem Aus des europäischen Asylkompromisses. »Die Grünen stellen den Beschluss infrage. Wenn er scheitert, sind wir in Europa isoliert und bekommen in Ostdeutschland noch größere Probleme.«

Im kommenden Jahr sind in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Landtagswahlen. In Ostdeutschland werde die Asylpolitik »zum bestimmenden Wahlkampfthema«, so Maier, der auch SPD-Chef in Thüringen ist. »Es gibt eine große Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die auch nicht ganz unbegründet ist.«

Für die Thüringer Kommunen bedeuteten die Kosten für Geflüchtete zusätzliche mehr als 50 Millionen Euro, sagte Maier. »Das ist Geld, das woanders fehlt. Wir müssen aufpassen, dass sich da nicht falsche Erzählungen festsetzen.«

cte/sog

»Wir müssen die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, reduzieren«

Load-Date: September 8, 2023

End of Document

Bund und Länder sollen Flüchtlingskosten vollständig übernehmen

SPIEGEL ONLINE

05. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Forderung von Kommunen

Length: 474 words

Byline: Philipp Kollenbroich

Highlight: Es geht um Milliarden: Bund, Länder und Kommunen streiten darum, wer die Kosten für Flüchtlinge übernimmt. Städte und Gemeinden drängen auf Entlastung und zwar komplett.

Body

Wenn sich am Montag Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den 16 Ministerpräsidenten trifft, dürfte das Thema Migration das strittigste auf der Tagesordnung sein. Seit Monaten gibt es in der Frage, wer die Kosten für Flüchtlinge übernimmt, keine Einigung. Nun haben die Kommunen erneut Entlastung gefordert, und zwar eine vollständige. Spitzenvertreter haben Bund und Länder aufgefordert, in Zukunft für die gesamten Flüchtlingskosten aufzukommen. »Wir erwarten, dass Bund und Länder die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen vollständig übernehmen«, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dem »Handelsblatt«.

»Der Bund ist verantwortlich für fehlende Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung und damit die erheblich steigenden Kosten auf kommunaler Ebene«, sagte der Präsident des Landkreistags, Reinhard Sager, der Zeitung. »Bezogen auf die ukrainischen Flüchtlinge steigen beispielsweise die Wohnkosten weiter an und weisen eine hohe Dynamik auf.« Ebenso stiegen die Leistungen für Asylbewerber und das vor allem in den Landkreisen. »Bund und Länder müssen diese Kosten übernehmen«, forderte Sager.

Kontroverse Debatte vorgezeichnet

Am Montag findet die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) statt. Zunächst beraten die Länderchefs allein, am Nachmittag diskutieren sie dann mit Scholz und der Bundesregierung. Die Diskussion ist festgefahren. Aus Sicht der Länder und Kommunen stiehlt sich der Bund aus der Verantwortung. Aus Sicht des Bundes stellen die Länder völlig überzogene Forderungen.

In der Frage ist eine kontroverse Debatte am Montag vorgezeichnet. In einem Entwurf für die Beschlussvorlage zum Thema Migration, der dem SPIEGEL vorliegt, heißt es bislang nur lapidar, über die Frage der finanziellen Lastenteilung bestünden unterschiedliche Auffassungen alles Weitere solle am Montag besprochen werden.

Städte und Gemeinden erwarten beim Spitzentreffen von Bund und Ländern an diesem Montag in Berlin »eine entsprechende Zusage an die Kommunen«, wie es Verbandsvertreter Landsberg mit Bezug auf die Kostenübernahme formulierte. Dass es so konkret wird, gilt allerdings als unwahrscheinlich.

Bund und Länder sollen Flüchtlingskosten vollständig übernehmen

Zeigen dürfte sich allerdings, welche Fortschritte ein Treffen von Scholz mit Oppositionsführer Friedrich Merz(CDU) am Freitag gebracht hat. Merz war mit CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt im Kanzleramt. Die Rede war von einem »intensiven Austausch« zu vielerlei Migrationsthemen. Konkretes wurde nicht bekannt.

Die Ampel braucht die Bundesländer, aber nicht die Opposition im Bundestag, um Gesetzesvorhaben durchzubringen. Scholz hatte aber betont, dass angesichts des politisch heiklen Themas Migration ein Schulterschluss von Bund, Ländern, Kommunen und oppositioneller Union wünschenswert sei. Danach sieht es bisher jedoch nicht aus.

sep

Load-Date: November 5, 2023

End of Document

Zahl der Erstanträge auf Asyl steigt auf höchsten Wert seit 2016

SPIEGEL ONLINE

08. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Auswertung für Oktober

Length: 451 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Immer mehr Menschen beantragen Asyl in Deutschland. 2023 wird das Jahr mit den meisten Anträgen seit dem Rekordjahr 2016. Mehr als zwei Drittel der Schutzsuchenden kommen aus drei Herkunftsländern.

Body

31.887 Menschen haben in Deutschland im Oktober erstmalig Asyl beantragt. Das geht aus aktuellen Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hervor. Laut einem Sprecher der Behörde ist es der höchste Wert seit 2016. Im damaligen September war die Zahl der Erstanträge mit mehr als 70.000 letztmals höher.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2023 kamen 267.384 Erstanträge auf Asyl zusammen. Damit wird 2023 auch das Jahr mit den meisten Asylanträgen seit dem Rekordjahr 2016 werden. Damals waren 722.370 Erstanträge auf Asyl gestellt worden.

Im Oktober stieg die Gesamtzahl der Erstanträge im Vergleich zum Vormonat dem Bericht zufolge um 14,3 Prozent. Drei Staatsangehörigkeiten waren unter den Antragstellenden im Oktober besonders zahlreich vertreten: Syrien liegt mit 10.678 Erstanträgen wie bereits im Vormonat erneut auf dem ersten Rang, gefolgt von 9.692 Erstanträgen von Menschen aus der Türkei. Afghanistan liegt mit 3.808 Erstanträgen erneut auf dem dritten Platz.

Geflüchtete aus der Ukraine nicht erfasst

Die rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen, sondern konnten auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz erhalten. Sie sind in den Zahlen daher nicht erfasst.

Die Zahlen dürften die Debatte über eine Begrenzung der Einwanderung in Deutschland weiter anfachen. Bund und Länder hatten sich zuletzt nach langen, schwierigen Verhandlungen auf Maßnahmen geeinigt, die unter anderem darauf abzielen, die Zuwanderung zu reduzieren. Demnach sollen weiter jene Schutz erhalten, die Schutz benötigen, aber die irreguläre Migration soll deutlich gesenkt werden. Leistungen werden gekürzt, und diejenigen, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, müssen das Land schnell wieder verlassen (lesen Sie hier eine Analyse zu der nächtlichen Marathonsitzung).

Union kritisiert die Bundesregierung

Zahl der Erstanträge auf Asyl steigt auf höchsten Wert seit 2016

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Alexander Throm, kritisierte angesichts der erneut gestiegenen Zahl der Asylanträge die Bundesregierung: »Diese massive Migrationskrise war lange absehbar, und dennoch hat die Ampel nie gegengesteuert.« Die Entwicklung werde aller Voraussicht nach im nächsten Jahr ihre Fortsetzung finden, »da auch die Beschlüsse des Bundeskanzlers daran nichts ändern werden«, sagte der CDU-Politiker.

Bundeskanzler Olaf Scholz(SPD) hatte mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer auch die Übernahme der Kosten für die Flüchtlingsversorgung neu geregelt. Bei der Finanzierung zahlt der Bund künftig eine Pauschale von jährlich 7500 Euro pro Asylbewerber, nicht mehr eine Gesamtsumme in Höhe von derzeit 3,7 Milliarden Euro.

fek/dpa/AFP

Load-Date: November 8, 2023

End of Document

Spahn-Vorstoß zur Zuwanderungspause sorgt für Empörung

SPIEGEL ONLINE

20. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Ungesteuerte Asyl-Migration«

Length: 895 words

Highlight: CDU-Vize-Fraktionschef Jens Spahn fordert mit populistischer Schärfe eine starke Beschränkung der Einwanderung. Mitglieder der Regierungskoalition und der Linken reagieren mit deutlicher Kritik. Zustimmung gibt es von der AfD.

Body

»Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asyl-Migration«, hatte CDU-Vize-Fraktionschef und -Präsidiumsmitglied Jens Spahn in der »Bild am Sonntag« gefordert. Die Erfahrung zeige, dass man die Zuwanderungszahlen nicht nennenswert über Abschiebungen reduzieren könne, sagte der ehemalige Bundesgesundheitsminister. Daher braucht es ein klares Signal an der EU-Außengrenze: »Auf diesem Weg geht es für niemanden weiter«.

Die Integration von durch Krieg oder Gewalt traumatisierten Menschen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt brauche Zeit und viele Ressourcen, so Spahn. Das könne seiner Meinung nach nur gelingen, wenn die Zahl zusätzlicher Asylbewerber sehr stark abnehme. Deutschland brauche »gezielte Fachkräfteeinwanderung in Arbeit«, sagte er und plädierte dafür in Europa insgesamt 300.000 bis 500.000 Geflüchtete pro Jahr aufzunehmen und zu verteilen. Auswählen sollten die Menschen nach Spahns Vorstellung das Flüchtlingswerk der Uno.

Spahns mit populistischer Schärfe vorgetragener Vorstoß wirkt wie ein weiterer verzweifelter Versuch der Union, Wählerstimmen von der AfD zurückzugewinnen, die sich das Thema Zuwanderung mit dem Schüren von Ängsten auf die Fahnen geschrieben hat.

Entsprechend deutlich lehnten die Fraktionen der Ampelkoalition und der Linkspartei Spahns Vorschlag ab. Sebastian Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagte der Zeitung »Die Welt« am Sonntag: »Nationale Abschottung und unregelmäßige Verhältnisse an den EU-Außengrenzen sind, ebenso wie eine Kontingentierung, keine Alternative.« Eine Kontingentierung des individuellen Rechts auf Asyl sei nicht dazu geeignet, die Herausforderungen der Migration zu lösen. »Auch wenn die Union mit dem Vorschlag erneut um die Ecke kommt, macht es ihn nicht richtiger«, so Hartmann.

»Wer Migration vollständig beenden möchte, nimmt in Kauf, dass viele Menschen unter Anwendung von brutaler Gewalt sterben werden«

Tatsächlich hat die Bundesregierung längst Maßnahmen für eine bessere Steuerung der Zuwanderung ergriffen. Schon Ende 2022 wurden gesetzliche Regelungen beschlossen, durch die die Ausweisung oder die Anordnung von Abschiebungshaft für migrantische Straftäter erleichtert wird. Im Januar 2023 trat zudem das Gesetz zur

Spahn-Vorstoß zur Zuwanderungspause sorgt für Empörung

Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren in Kraft. Die Ampel setzte zudem im Februar mit Joachim Stamp(FDP) einen Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen, der sich mit der Gestaltung von Vereinbarungen mit Herkunftsländern unter Berücksichtigung humanistischer Standards beschäftigen soll. Auf europäischer Ebene bemüht sich die Regierung um eine Reform des Asylrechts, freilich bisher ohne größere Fortschritte.

Spahns Aussage von einer vermeintlich »ungesteuerten Asyl-Migration« wird als zynisch kritisiert, da die Bundesregierung laut Grundgesetz verpflichtet ist, politisch verfolgten Menschen humanitären Schutz anzubieten, wenn sie aus ihrer Heimat fliehen. So sieht es auch die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Lamya Kaddor. Es könne »keine Lösung sein, Menschenrechte auszusetzen, um Migration zu begrenzen«. Populistische Forderungen verminderten weder Migration noch verbesserten sie die Integration oder beseitigten Fluchtursachen, sagte sie der »Welt«.

Clara Büniger, die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, sagte, ebenfalls in der »Welt«: »Wer Migration vollständig beenden möchte, nimmt in Kauf, dass viele Menschen unter Anwendung von brutaler Gewalt sterben werden.« Diese Gewalt sei schon heute an den europäischen Außengrenzen zu beobachten, zum Beispiel in Form illegaler Pushbacks, so Büniger: »Spahn möchte das jetzt noch verschärfen.«

Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, stimmt Spahn zumindest in Teilen zu. Er hält einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen samt dortiger Asylprüfung für erforderlich, »um ein Europa der offenen Binnengrenzen zu bewahren und die Kommunen wieder zu entlasten«, sagte er der »Welt«. Aber auch Thomae verweist auf die Bemühungen der Ampel: Nach jahrelangem Stillstand sei »auch dank der Bundesregierung wieder Bewegung in die Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems gekommen.«

Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland ist unterdessen im ersten Halbjahr 2023 um mehr als ein Viertel gestiegen. 7861 Menschen wurden abgeschoben, knapp 27 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor. Zuerst hatte die »Neue Osnabrücker Zeitung« (NOZ) darüber berichtet. Von den Abgeschobenen waren 1664 Frauen und 1375 Minderjährige. Am häufigsten wurden demnach Menschen mit georgischer Staatsangehörigkeit abgeschoben (705), dahinter folgen Nordmazedonier (665), Afghanen (659) und Türken (525).

Nicht weit genug geht Spahns Vorstoß erwartungsgemäß der AfD. Fraktionschefin Alice Weidelunterstützte am Sonntag die Forderung des CDU-Politikers nach einer besseren Sicherung der EU-Außengrenzen. Aber man müsse »bei der Merkel-Partei schon genau hinhören: Spahn fordert nicht ein Ende der illegalen Asylzuwanderung, sondern nur eine Pause.« Die Union wolle »weiter Massenzuwanderung nach Deutschland, nur eben etwas langsamer. Statt einer bloßen Pause brauche man »einen dauerhaften Stopp und darüber hinaus die konsequente Rückabwicklung der massenhaften illegalen Einwanderung in unser Land«, wird Weidel von der »Welt« zitiert.

bor/dpa

Graphic

dpa - CDU-Politiker Spahn

Load-Date: August 20, 2023

Ramelow sieht AfD durch Merz-Äußerung unterstützt Wüst verteidigt den CDU-Chef

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kritik nach Asyl-Aussagen

Length: 829 words

Byline: Charlene Optensteinen

Highlight: Die Reaktionen auf Friedrich Merz' Aussage zu Zahnarztbesuchen von Asylbewerbern reißen nicht ab: Der CDU-Chef stößt auf starken Widerspruch. Parteifreunde geben ihm Rückendeckung und pflichten ihm teils bei.

Body

Thüringens linker Ministerpräsident Bodo Ramelow hat dem Unionsfraktionsvorsitzenden Friedrich Merz(CDU) vorgeworfen, mit seiner Äußerung zur Zahnbehandlung abgelehnter Asylbewerber das Geschäft der AfD zu betreiben. »Die AfD haut sich auf die Schenkel, fühlt sich bestätigt und durch die Bestätigung ihrer Klischees sogar noch unterstützt«, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Wer »Ressentiments bedient, der lenkt von den eigentlichen Problemen der medizinischen Versorgung ab«, fügte er hinzu mit Blick auf die wachsende Konzentration von Arztpraxen in den Händen großer Firmen.

Merz hatte am Mittwoch in einer Diskussion über die Migrationspolitik im Fernsehsender »Welt« gesagt: »Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn sie sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebdan kriegten keine Termine.«

SPD und Grüne reagierten empört. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, SPD-Spitzenkandidatin für die Hessen-Wahl in eineinhalb Wochen schrieb: »Das ist erbärmlicher Populismus auf dem Rücken der Schwächsten. Wer so spricht, spielt Menschen gegeneinander aus und stärkt nur die AfD«. Sie wies Merz' Aussagen als falsch zurück: Asylsuchende würden nur behandelt, wenn sie akut erkrankt seien oder unter Schmerzen litten. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Katja Mast forderte in der »Rheinischen Post« eine Entschuldigung von Merz.

Tatsächlich bekommen Asylbewerber auch Geduldete, deren Antrag abgelehnt wurde in den ersten 18 Monaten nur eine medizinische Akutversorgung, danach aber nahezu vollen Zugang zum Gesundheitssystem.

Wüst erklärt Merz' Aussage

Ramelow sieht AfD durch Merz-Äußerung unterstützt Wüst verteidigt den CDU-Chef

In der Union bekam Merz für seine Äußerung eher Rückendeckung. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst(CDU) sagte, Merz habe nur auf die generelle Belastung des Staates, der Gesellschaft und der Sozialsysteme durch die stark gestiegene irreguläre Migration aufmerksam machen wollen.

Der Nachrichtenagentur dpa sagte er: »Alle, die sich um Flüchtlinge kümmern, sind gerade am Limit, ob es die Kommunen sind, ob es die Schulen sind, die Kitas, die Kindergärten. Auch die Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer sagen uns, es ist einfach echt zu viel. Das gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme, und ich glaube, darauf wollte Friedrich Merz hinweisen.«

Wüst sagte, man müsse mit dem Thema verantwortungsvoll umgehen, aber auch Lösungen anbieten. Man müsse unterscheiden zwischen denen, die vielleicht persönlich gute Gründe hätten, in Deutschland leben zu wollen, aber kein Recht dazu, und jenen, die vor Krieg und Vertreibung geflohen seien. »Wir werden der Gruppe derer, die wirklich ein recht haben, hier zu sein, nur gerecht, wenn wir uns diese Unterscheidung zumuten«, sagte Wüst, der als möglicher CDU/CSU-Kanzlerkandidat gehandelt wird.

Der frühere Vorsitzende der CDU-Grundwertekommission, der Historiker Andreas Rödder, pflichtete Merz ebenfalls bei. Was der Parteichef anspreche, sei »die toxische Kombination, unter der unser Land leidet: die Überforderung durch ungesteuerte Migration plus die wachsenden Defizite unserer Infrastruktur. Insofern hat er völlig recht«, sagte Rödder der Zeitung »Welt«. »Das Problem von Friedrich Merz ist nicht die Aufregung der Linken, sondern (sind) die Heckenschützen in der eigenen Partei.«

Parteifreunde verteidigten den CDU-Chef unterdessen. Der stellvertretende CSU-Vorsitzende und Chef der christdemokratischen europäischen Parteienfamilie EVP, Manfred Weber (CSU) sagte im Deutschlandfunk: »Friedrich Merz spricht das an, was die Menschen auf der Straße sprechen.« Wenn er im Wahlkampf in Bayernunterwegs sei, seien das die Themen, die die Leute interessierten.

Der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, Tino Sorge (CDU), sagte der »Rheinischen Post«: »Friedrich Merz hat Recht. Die scheinheilige Empörung aus Reihen der Ampel sagt viel darüber aus, wie mit kritischen Meinungen umgegangen wird.«

Der CDU-Chef war schon einige Male mit zugespitzten Wortmeldungen zur Migration angeeckt hatte sich aber gegen Populismusvorwürfe verwahrt und davor gewarnt, heikle Themen nicht anzusprechen. »Wir müssen auch in der Lage sein, mal Probleme zu adressieren. Auch mal mit Formulierungen, die nicht jedem gefallen«, sagte er bei einem CDU-Grundsatzkonvent im Juni. Das sei nicht gleich rechts und nicht gleich rassistisch »und vor allen Dingen nicht irgendwo AfD-Sprech.«

Merz räumte als Fehler ein, im Zusammenhang mit Ukraine-Flüchtlingen von angeblichem »Sozialtourismus« gesprochen zu haben. Zugleich sagte er bei dem CDU-Konvent im Juni: »Bei den Paschas bleibt's.« Nach Silvester-Krawallen in Berlin hatte der CDU-Vorsitzende auf Integrationsprobleme in Schulen hingewiesen und darauf, dass Väter es sich verböten, dass Lehrerinnen »ihre Söhne, die kleinen Paschas, da mal etwas zurechtweisen«. Auch damals erntete er viel Kritik.

cop/dpa

Load-Date: September 29, 2023

Jusos gehen auf Konfrontationskurs zu Scholz

SPIEGEL ONLINE

01. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ärger über Asylpolitik

Length: 325 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: »Sie gehen den Populisten auf den Leim«: Der neue Juso-Chef Philipp Türmer übt im SPIEGEL heftige Kritik an der Flüchtlingspolitik des Kanzlers. Beim SPD-Parteitag will sein Verband die Kehrtwende durchsetzen.

Body

Die Jusos gehen vor dem SPD-Bundesparteitag auf Konfrontationskurs zu Kanzler Olaf Scholz. »Der autoritäre Kurs in der Migrations- und Asylpolitik ist mit einer fortschrittlichen und liberalen Demokratie unvereinbar«, sagte der neue Juso-Chef Philipp Türmer dem SPIEGEL. Seit Monaten gehe es um Scheinlösungen wie »Abschiebungen im großen Stil oder die Forderung nach Gewalt gegenüber Flüchtenden an den Außengrenzen«.

Auch Sozialdemokraten redeten immer wieder über irreguläre oder illegale Migration, kritisierte Türmer. »Damit gehen sie aber den Populisten auf den Leim.« Geflüchtete können derzeit nicht regulär nach Europa kommen. Wer einen Asylantrag stellen wolle, müsse sich oft auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer machen.

»Nur legale Fluchtwege können das Sterben dort beenden«, so der Jungsozialist. Er erwarte von der SPD, dass sie sich dafür einsetze. Der Parteitag am kommenden Wochenende biete die Gelegenheit, »sich klar zu positionieren«. Sein Verband werde das einfordern.

»Die SPD muss endlich eigene Akzente in der Asylpolitik setzen, auch in Abgrenzung zum Regierungskurs«, forderte Türmer. »Wir müssen klarmachen, dass die Kompromisse, die in Europa und in Deutschland geschlossen werden, nicht unseren sozialdemokratischen Vorstellungen einer menschlichen Asylpolitik entsprechen und in Abgrenzung dazu zeigen, wofür wir stehen.«

Bereits bei ihrem Bundeskongress Mitte November hatten die Jusos scharfe Kritik an Scholz geübt. Im Fokus vieler Reden, auch der Bewerbungsrede von Türmer, stand das SPIEGEL-Gespräch mit dem Kanzler, in dem Scholz gesagt hatte: »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.«

Nach der Rede von Parteichefin Saskia Esken protestierten beim Kongress viele Jusos, indem sie das SPIEGEL-Cover mit Scholz Zitat hochhielten. Das Wort »abschieben« hatten sie ersetzt durch politische Forderungen wie »endlich den rassistischen Diskurs beenden«.

Jusos gehen auf Konfrontationskurs zu Scholz

Load-Date: December 1, 2023

End of Document

Großbritannien bringt erstmals Asylsuchende auf Lastkahn unter

SPIEGEL ONLINE

07. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Ausgelagert am Hafen

Length: 485 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die »Bibby Stockholm« bot einst Obdachlosen im Hamburger Hafen Schutz – nun steht sie für Großbritanniens neue Asylpolitik. Künftig werden hier Schutzsuchende eingepfercht. Nicht nur Menschenrechtler schlagen Alarm.

Body

Lange hatte die britische Regierung die drastische Maßnahme angekündigt – nun wird sie in die Tat umgesetzt. Erstmals werden Asylsuchende auf einem dreistöckigen Lastkahn vor der Küste untergebracht. Wie mehrere Medien berichteten, kamen die ersten Männer am Hafen der südenglischen Stadt Portland an. Dort protestierten mehrere Menschen gegen den Ankerplatz des »Bibby Stockholm« genannten Schiffs, andere gegen die Asylpolitik der konservativen Regierung.

Premierminister Rishi Sunak will durch die neue Maßnahme Migrantinnen und Migranten abschrecken: Wer ohne Erlaubnis das Land betritt, wird in Haft genommen, soll so schnell wie möglich abgeschoben werden und darf nicht mehr Asyl in Großbritannien beantragen – ohne Rücksicht auf die persönlichen Umstände.

Die Zahl irregulär eingereister Menschen stieg im vergangenen Jahr auf 45.000, obwohl konservative Kräfte angekündigt hatten, mit dem Brexit werde die Migration abnehmen. Allerdings gibt es seitdem kein Rücknahmeabkommen mehr mit der EU.

Mit der Maßnahme will Sunak sowohl ein Platzproblem bei der Unterbringung von Schutzsuchenden lösen als auch hohe Kosten durch Hotelzimmer vermeiden. Auf der »Bibby Stockholm« sollen schon bald bis zu 500 Männer im Alter zwischen 18 und 65 Jahren auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Die Regierung will bald noch weitere, ähnliche Lastkähne einsetzen.

Menschenrechtsaktivisten und Feuerwehr warnen

»Es scheint, dass diese Regierung alles tun wird, um Asylsuchenden das Gefühl zu geben, in diesem Land unwillkommen und unsicher zu sein«, sagte Steve Valdez-Symonds von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Er warnte vor einer »Retraumatisierung« von Geflüchteten, die Krieg und Vertreibung entkommen sind. »Es sollte große Bedenken geben, jede Person auf Wohnräume von der typischen Größe eines Autoparkplatzes zu beschränken«, sagte Valdez-Symonds. Die Flüchtlingshilfe Care4Calais teilte mit, Einsprüche von Anwälten hätten verhindert, dass mehrere Asylsuchende an Bord mussten.

Großbritannien bringt erstmals Asylsuchende auf Lastkahn unter

Die »Bibby Stockholm« wurde zuletzt als schwimmende Unterkunft für Ölarbeiter genutzt. Sie hatte Mitte der Neunzigerjahre in Hamburg auch Asylsuchende und Obdachlose beherbergt. Damals war sie für etwa 200 Insassen ausgelegt. Wie die BBC berichtete, wurde die Kapazität nun auch mithilfe von Stockbetten auf 500 erhöht. Die Feuerwehrgewerkschaft warnte deshalb vor Risiken.

Zur Abschreckung kündigte die Regierung zudem an, die Geldstrafen für Unternehmen und Vermieter deutlich zu erhöhen, die irregulär eingereiste Migrantinnen und Migranten beschäftigen oder unterbringen. Schwarzarbeit und illegale Vermietungen seien wesentliche Anziehungsfaktoren für Menschen, die meist in kleinen Booten den Ärmelkanal überqueren. Die Strafen sollen von 15.000 auf 45.000 Pfund (52.000 Euro) je illegal beschäftigtem Arbeiter steigen. Wohnungsbesitzer sollen statt 1000 künftig 10.000 Pfund je unerlaubtem Mieter zahlen.

mrc/dpa

Graphic

AFP - Das Stockbetten-Lastschiff »Bibby Stockholm« im Hafen von Portland: »Wohnräume von der typischen Größe eines Autoparkplatzes«

Load-Date: August 7, 2023

End of Document

Mehr politisch motivierte Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

SPIEGEL ONLINE

02. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Anfrage der Linken

Length: 430 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen, tätliche Angriffe: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der politisch motivierten Angriffe gegen Flüchtlingszentren deutlich gestiegen. Ein Großteil der Angriffe erfolgt von rechts.

Body

Die Zahl der Asylanträge steigt, überall werden neue Unterkünfte für Geflüchtete errichtet. Dabei kommt es immer häufiger zu Angriffen auf die Flüchtlingszentren. Die Zahl der gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichteten politisch motivierten Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffe hat seit Anfang vergangenen Jahres kontinuierlich zugenommen. Wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion mitteilte, lagen bis Mitte Juli für das erste Halbjahr dieses Jahres Erkenntnisse zu insgesamt 80 politisch motivierten Straftaten vor, bei denen die Unterkunft Tatort oder direktes Angriffsziel war.

Davon waren 74 Straftaten mutmaßlich rechten Tatverdächtigen zuzuordnen, zwei Delikte entfielen auf den Phänomenbereich »ausländische Ideologie«. In einem Fall ordnete die Polizei die Straftat dem Bereich »religiöse Ideologie« zu.

39 Personen bei Angriffen verletzt

Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres hatte die Polizei 52 politisch motivierte Straftaten gezählt, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richteten. Im zweiten Halbjahr 2022 waren es 71 Straftaten. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort, die der Nachrichtenagentur dpa vorliegt, ausführt, wurden bei den im zweiten Quartal 2023 verübten Straftaten gegen Asylbewerber, Flüchtlinge und Unterkünfte insgesamt 39 Personen verletzt, darunter vier Kinder.

»Es ist alarmierend, dass Menschen, die hier Schutz suchen, so häufig Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung erfahren«, sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Clara Bünger. Sie warf AfD, CDU und CSU vor, mit »verbalen Angriffen auf das Recht auf Asyl« den Boden für »rassistische Mobilisierungen« gegen Geflüchtete zu bereiten. Auch dürfe man nicht vergessen, »dass SPD und Grüne mit ihrer Zustimmung zur Reform des Europäischen Asylsystems selbst für die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl in der EU gestimmt haben«.

Im Juni waren Teile der geplanten Reform von den Innenministern auf den Weg gebracht worden. Neben einer Pflicht zur Solidarität in Notsituationen sehen sie Ergänzungen und Verschärfungen der Regeln vor, um illegale

Mehr politisch motivierte Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Migration zu begrenzen. So sollen etwa Asylanträge von Migranten aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. Gespräche über einen Entwurf für eine sogenannte Krisenverordnung, die aus Sicht einiger Mitgliedstaaten ebenfalls Teil des Reformpakets werden sollte, waren im Juli vorerst gescheitert unter anderem wegen Bedenken der Bundesregierung.

muk/dpa

Graphic

dpa - Flüchtlingsunterkunft in Hessen

Load-Date: August 2, 2023

End of Document

Gemeindebund fordert schnelle Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Debatte über Migration

Length: 563 words

Byline: Kristina Gnirke

Highlight: Der Chef des Städte- und Gemeindebunds warnt in der Migrationsdebatte vor »Symbolpolitik«. Helfen würde, wenn Asylbewerber bald nach ihrer Ankunft arbeiten dürften, mehr Unterkünfte und schnellere Verfahren.

Body

In der von CDU-Chef Friedrich Merzentfachten Diskussion um die Höhe der Arztkosten für Geflüchtete, versucht sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund an Lösungsideen. Er fordert, Asylbewerber relativ bald nach ihrer Ankunft eine Arbeitserlaubnis zu geben, falls sie Aussicht auf eine Anerkennung haben. »Der DStGB spricht sich dafür aus, dass Geflüchtete mit Bleibeperspektive von Anfang an arbeiten dürfen«, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Arbeit könne einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten, und der Bedarf auf dem Arbeitsmarkt sei da.

»Es braucht keine Symbolpolitik«, sagte Landsberg, »sondern pragmatische Ansätze zum Umgang mit den Geflüchteten, die hier sind, und eine Begrenzung des Zuzugs für die Zukunft.«

Nach den bisherigen Regeln dürfen Asylbewerber weder eine Erwerbstätigkeit noch eine Ausbildung aufnehmen, solange sie in einer Aufnahmeeinrichtung wohnen müssen. Diese Möglichkeit erhalten sie frühestens neun Monate nach Asylantrag. Nur Asylbewerber mit minderjährigen Kindern erhalten nach sechs Monaten einen Arbeitsmarktzugang. Nach drei Monaten dürfen nur diejenigen Geflüchteten arbeiten, die nicht verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu leben.

Erwartung an gemeinnützige Arbeit »teilweise zu hoch«

Ideen für eine verpflichtende gemeinnützige Arbeit von Asylbewerbern sieht Landsberg hingegen skeptisch. Die Erwartungen daran seien »teilweise zu hoch«. Die Kapazitäten seien dafür begrenzt, und der bürokratische Aufwand groß. Es gebe auch keine ausreichenden Sanktionsmöglichkeiten für jene, die nicht erschienen, gibt der DStGB-Chef zu bedenken.

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hatte sich zuvor gesprächsbereit gezeigt gegenüber dem Vorstoß der Union, Asylbewerber während ihres Verfahrens zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Österreich plant dies bereits. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder hat ein entsprechendes Programm angekündigt.

Gemeindebund fordert schnelle Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge

Zuvor hatte eine Äußerung von Merz über angebliche Zahnarztbesuche von Asylbewerbern parteiübergreifend für scharfe Kritik gesorgt. Merz hatte am Mittwochabend in einer Talkshow gesagt, dass abgelehnte Asylbewerber beim Arzt sitzen und »sich die Zähne neu machen« lassen würden. Er ergänzte: »Und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine.« Ärztevertreter hatten die Äußerungen zurückgewiesen. Es gebe da »keinen Zusammenhang«, sagte der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Christoph Benz.

690 Millionen Euro für Zahnarztbesuche

Die Kosten für Zahnarztbesuche von Asylbewerbern beziffert der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) mit 690 Millionen Euro für das vergangene Jahr. Dies entspreche knapp über zehn Prozent der Gesamtausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 6,5 Milliarden Euro, sagte Landsberg.

Die zentralen Herausforderungen für die Kommunen seien aber vor allem »die hohen Zahlen, die wenig geordneten Verfahren und fehlende Unterkünfte«, betonte er. »Insbesondere für die Anmietung, Ausstattung und Sicherung von Unterkünften fallen erhebliche Kosten in den Kommunen an.«

In den ersten 18 Monaten erhalten Flüchtlinge in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dort ist festgelegt, dass eine zahnärztliche Behandlung bei »akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen« gewährt wird, also eine auf das Minimum reduzierte gesundheitliche Akutversorgung. Mehr dazu hier im Faktencheck.

kig/dpa-AFX/AFP

Graphic

AFP or licensors - Ein syrischer Flüchtling arbeitet bei Porsche: 18 Monate nach Ankunft

Load-Date: September 29, 2023

Unions-Fraktionsvize wirft Faeser Täuschung bei Flüchtlingszahlen vor

SPIEGEL ONLINE

18. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Streit über Zahl ukrainischer Geflohener

Length: 389 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Asylzahlen steigen, laut Innenministerin Faeser handelt es sich in »acht von zehn« Fällen um Schutzsuchende aus der Ukraine. Der CDU-Politiker Middelberg hat sich die Statistik genauer angesehen und wittert Irreführung.

Body

Die Kommunen ächzen unter dem Druck, immer mehr Geflüchtete versorgen zu müssen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mahnt, es könne »keine Höchstgrenze für Menschlichkeit geben«. Asyl suchten demnach vor allem Menschen aus der Ukraine. Nun wirft ihr Mathias Middelberg, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, mit Blick auf die Asylzahlen Irreführung vor.

»Der Anteil der Ukraine-Flüchtlinge geht gegenüber dem letzten Jahr drastisch zurück«, sagte Middelberg der Nachrichtenagentur dpa. Der Anteil der Asylbewerber aus asiatischen oder afrikanischen Staaten nehme parallel dazu rasant zu. In den ersten drei Monaten dieses Jahres habe es in Deutschland fast genauso so viele neue Asylanträge wie Neuankömmlinge aus der Ukraine gegeben.

»Bundesinnenministerin Faeser täuscht über die Entwicklung der Migration nach Deutschland«, kritisierte Middelberg, der im Fraktionsvorstand der Union unter anderem die Kommunalpolitik verantwortet. Der CDU-Politiker beruft sich auf eine Antwort der Bundesregierung zu aktuellen Fluchtzahlen. Seit Jahresbeginn waren demnach bis zum Stichtag 31. März rund 81.647 Menschen vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nach Deutschland geflüchtet, deutlich weniger als in den ersten Kriegsmonaten. Faeser hatte vergangene Woche gesagt: »Acht von zehn Geflüchteten kommen aus der Ukraine.« Dem gegenüber stellten im ersten Quartal 2023 nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 80.978 Menschen aus anderen Ländern erstmalig in Deutschland einen Asylantrag. Davon betrafen 5817 Anträge Kinder im Alter von unter einem Jahr.

Asyl dank der Massenzustrom-Richtlinie

Geflüchtete aus der Ukraine müssen in Deutschland und anderen EU-Staaten keine Asylanträge stellen, sondern finden über die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie Aufnahme. Laut Statistischem Bundesamt ergab sich aus dem Saldo der Zuzüge und Fortzüge für 2022 eine Nettozuwanderung von 962.000 Menschen aus der Ukraine.

Bund und Länder wollen am 10. Mai erneut über die Aufteilung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen beraten. Faeser hatte vergangene Woche die Verlängerung der stationären

Unions-Fraktionsvize wirft Faeser Täuschung bei Flüchtlingszahlen vor

Kontrollen an der Landesgrenze zu Österreich angeordnet. Begründet hatte sie dies mit der Entwicklung des irregulären Migrationsgeschehens nach Mittel- und Westeuropa.

mrc/dpa

Graphic

dpa - Geflüchtete aus der Ukraine in Laatzen bei Hannover: Deutlich weniger als in den ersten Kriegsmonaten

Load-Date: April 18, 2023

End of Document

Was Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel vereinbart haben

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Treffen im Kanzleramt

Length: 740 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Mehr Geld vom Bund, schnellere Asylverfahren, bessere Steuerung der Migration: Beim Flüchtlingsgipfel kamen viele Themen zur Sprache – es gab konkrete Beschlüsse, aber auch viele Absichtserklärungen. Der Überblick.

Body

Es ist nicht der große Durchbruch im Finanzstreit zur Flüchtlingspolitik, sondern ein Zwischenschritt: Beim Gipfel in Kanzleramt haben Bund und Länder einen Teilkompromiss gefunden. Kern ist, dass der Bund für 2023 eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung stellt, um die Länder und Kommunen zu entlasten.

Allerdings stellen Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt in einer Protokollerklärung zu dem Beschluss fest, diese Erhöhung sei »völlig unzureichend und wird der Belastungssituation vor Ort in keiner Weise gerecht. Der Bund entzieht sich hier seiner Verantwortung, die er aufgrund seiner Zuständigkeit für die Ordnung und Steuerung des Migrationsgeschehens trägt.«

Was wurde bei dem Treffen vereinbart? Der Überblick.

Finanzen

Neben der zusätzlichen Milliarde werden im Beschlussdokument vor allem die Positionen für die weiteren Verhandlungen deutlich. Es wurde festgehalten, dass »es sich bei der Bewältigung der Fluchtmigration um eine dauerhafte Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen handelt«.

Die Länder wollen ein »atmendes System«, bei dem sich die finanzielle Unterstützung des Bundes an den Zugangszahlen der Geflüchteten orientiert. Es soll die Elemente des sogenannten 4-Säulen-Modells umfassen:

vollständige Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete im SGB II

monatliche pro-Kopf-Pauschale

Integrationskosten

Kosten für unbegleitete Minderjährige

Was Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel vereinbart haben

Der Zeitplan sieht vor, dass im Juni ein Zwischenstand präsentiert werden soll, im November soll dann entschieden werden.

Steuerung der Migration

Migrationspartnerschaften sollen es erleichtern, Ausreisepflichtige in ihre Herkunftsländer zurückzubringen. Dazu sollen weitere Migrationsabkommen geschlossen werden.

Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, innerhalb der EU »eine **verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme Geflüchteter** zwischen allen Mitgliedstaaten« zu erreichen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen soll verbessert werden.

Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene für **verpflichtende Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen für bestimmte Personengruppen** einsetzen: Es geht um jene, »bei denen voraussichtlich eine geringe Chance auf Zuerkennung von internationalem Schutz besteht«, heißt es im Beschlussdokument. Diese sollen ein schnelles, rechtsstaatliches Asylverfahren an der Außengrenze durchlaufen.

Deutschland soll den **Grenzschutz** an den EU-Außengrenzen unterstützen. Zudem soll lageabhängig entschieden werden, ob das Grenzregime, das bislang an der österreichischen Grenze gilt, auch an anderen Binnengrenzen Deutschlands etabliert wird.

Schnellere Verfahren

Die **Ausländerbehörden** sollen leistungsfähiger werden, etwa durch Digitalisierung. »Die Länder werden im kommunalen Bereich umgehend auf eine komplette Digitalisierung sämtlicher einschlägiger Verwaltungsverfahren hinwirken, wo dies noch nicht geschehen ist«, heißt es im Beschluss.

Lokale Ausländerdateien sollen ins **Ausländerzentralregister** überführt werden. Es soll zum zentralen Speicherort für Daten der beteiligten Behörden und Einrichtungen dienen. Informationen sollen digital ausgetauscht werden.

Alle beteiligten Stellen etwa Verwaltungsgerichte, Ausländer- oder Sozialbehörden sollen personell und organisatorisch so aufgestellt sein, »dass die hohen Zahlen asylverfahrens-, aufenthalts- und leistungsrechtlicher Einzelfälle angemessen bewältigt werden können«.

Asylanträge sollen innerhalb von zwei Wochen gestellt, die Antragstellerinnen und -steller innerhalb von vier Wochen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) angehört werden. Asylgerichtsverfahren sollen beschleunigt werden, indem Verwaltungsgerichte besser ausgestattet werden.

Unterbringung, Betreuung, Integration

Der Bund überlässt Ländern und Kommunen Bundesliegenschaften mietfrei und will weitere Gebäude zur Verfügung stellen.

Bau- und vergaberechtliche Vorgaben für Flüchtlingsunterkünfte und soziale Einrichtungen, Schulen und Kitas sollen vereinfacht und entschlackt werden.

Rückführung

Die Bundesregierung will die Anstrengungen intensivieren, mit Herkunftsstaaten belastbare Vereinbarungen über die Rücknahme von Personen ohne Bleiberecht zu erzielen.

Bei der Abschiebung von Straftätern wollen die Länder ihre Zusammenarbeit verstärken, ebenso im Fall inhaftierter Straftäter oder Gefährder.

Zudem sollen Regelungen, die Abschiebungsmaßnahmen verhindern oder erschweren, angepasst werden. Beim Ausreisegewahrsam soll die Höchstdauer von zehn auf 28 Tage erhöht werden.

Graphic

IMAGO/Political-Moments - Kanzler Scholz (Mitte), Ministerpräsidenten Weil und Wüst bei der Pressekonferenz nach dem Flüchtlingsgipfel

Load-Date: May 10, 2023

End of Document

Brandenburgs Ministerpräsident Woidke drängt auf stärkere Grenzkontrollen

SPIEGEL ONLINE

03. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration über Polen

Length: 452 words

Byline: Timo Lehmann

Highlight: Beim Thema **Flüchtlinge** spitzt sich der Streit zwischen Ländern und Bundesregierung zu. Brandenburgs Ministerpräsident Woidke fordert eine Einigung bei der Ministerpräsidentenkonferenz.

Body

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sieht dringenden Handlungsbedarf der Bundesregierung beim Thema **Migration**. »Bund und Länder müssen schnell zusammenkommen. Das sollte im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 12./13. Oktober in Frankfurt am Main erfolgen«, sagte Woidke dem SPIEGEL.

Es müsse um »die schnelle Umsetzung des EU-Asylkompromisses und damit die deutliche Senkung der Migrationszahlen für Deutschland« gehen. Damit verbunden seien der »Schutz der EU-Außengrenzen, stärkere Kontrollen an der deutschen Grenze zu Polen und die gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung unserer Kommunen«, so der Landesregierungschef. »Nach dem Scheitern der Bund-Länder AG zur Finanzierung der Migrationskosten muss es dringend Lösungen geben.«

Gefordert sei »die gesamte Bundesregierung«. »Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung, um diese große Herausforderung zu bewältigen«, so Woidke.

Zuvor hatte bereits Woidkes Innenminister Michael Stübgen (CDU) den Bund zum Handeln aufgefordert. »Wir brauchen endlich flexible stationäre Grenzkontrollen, die bei der Europäischen Union angemeldet werden. Nur so werden Zurückweisungen an der Grenze überhaupt möglich, und nur so können wir den skrupellosen Schleuserbanden ihr Milliarden Euro schweres Handwerk legen«, erklärte Stübgen am Montag gegenüber dem SPIEGEL.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass an den Grenzen zu Tschechien und Polen stationäre Kontrollen geplant sind, um Schleuserkriminalität zu bekämpfen (lesen Sie hiermehr dazu, ob es überhaupt möglich ist, Menschen an der innereuropäischen Grenze abzuweisen).

Streit um Kosten

Während 2015 und 2016 Menschen vor allem unerlaubt über Österreich einreisten, kommen inzwischen mehr Menschen über Polen. In Bayern gibt es seit mehreren Jahren Grenzkontrollen. Bis einschließlich August reisten etwa 19.000 Menschen über Polen unerlaubt nach Deutschland.

Brandenburgs Ministerpräsident Woidke drängt auf stärkere Grenzkontrollen

Derweil streiten sich Bund und Länder über die Aufteilung der Kosten für Geflüchtete. Vergangene Woche ging eine Arbeitsgruppe dazu ohne Ergebnis auseinander. So soll die Bundesregierung den Ländern in der Videokonferenz eine deutliche Reduzierung der Bundeshilfen für die Flüchtlingskosten im Jahr 2024 angekündigt haben. Statt 3,75 Milliarden Euro wie 2023 wolle die Regierung Ländern und Kommunen 2024 nur noch maximal 1,7 Milliarden Euro zuschießen, hieß es aus der Runde.

Angesichts der steigenden Anzahl von Flüchtlingen und der Belastungen in den Kommunen stieß dies bei den Ländern auf großes Unverständnis. Zumal die Beteiligung des Bundes an den Kosten von Ländern, Städten und Gemeinden für die Integration, Beschulung und Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge vollständig entfallen soll.

til

Load-Date: October 3, 2023

End of Document

EU verkündet Durchbruch bei Verhandlungen zu Asylreform

SPIEGEL ONLINE

20. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migration

Length: 449 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Jahrelang haben die EU-Staaten diskutiert nun ist ein Durchbruch da: Das Asylsystem in der EU wird grundlegend reformiert. Geplant ist etwa ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten.

Body

Das Asylsystem in der EU wird grundlegend reformiert. Nach jahrelangen Diskussionen verständigten sich Vertreter der EU-Staaten und des Europaparlaments final auf entsprechende Gesetzestexte, wie die spanische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission am Morgen mitteilten.

Mit der geplanten Asylreform soll unter anderem die irreguläre Migration begrenzt werden. Vorgesehen sind mehrere Elemente:

Künftig soll es **einheitliche Grenzverfahren** an den EU-Außengrenzen geben. Geplant ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag sollen sie unter haftähnlichen Bedingungen in Auffanglagern untergebracht werden können.

Die Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten wird den Plänen zufolge mit einem »**Solidaritätsmechanismus**« neu geregelt: Wenn die Länder keine Geflüchteten aufnehmen wollen, müssen sie Unterstützung leisten, etwa in Form von Geldzahlungen.

Abgelehnte Asylbewerber sollen künftig **leichter in sichere Drittstaaten abgeschoben** werden können.

Die Einigung muss noch vom Plenum des Europaparlaments und den EU-Staaten bestätigt werden. Das ist normalerweise eine Formalität.

Unter anderem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatten zuletzt betont, wie wichtig eine rasche Einigung sei. Faeser sagte beim Treffen mit ihren Amtskollegen in Brüssel Anfang Dezember, alle Beteiligten müssten sich dieser Tage ihrer Verantwortung bewusst sein und eine Lösung finden.

Die Zeit für eine Einigung drängte: Projekte, die bis zur Europawahl im Juni 2024 nicht mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt sind, könnten anschließend wieder infrage gestellt werden und sich lange verzögern. Im Fall der geplanten Reform des Asylsystems wäre dies ein besonders großer Rückschlag gewesen.

EU verkündet Durchbruch bei Verhandlungen zu Asylreform

Jahrelanger Reformprozess

An der Reform wird bereits seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 intensiv gearbeitet. Damals waren Länder wie Griechenland mit der immensen Zahl an Menschen aus Ländern wie Syrien überfordert, und Hunderttausende konnten unregistriert in andere EU-Staaten weiterziehen.

Dies hätte eigentlich nicht passieren dürfen, denn nach der sogenannten Dublin-Verordnung sollen Asylbewerber in dem Land registriert werden, wo sie die Europäische Union zuerst betreten haben.

Daraufhin schlug die EU-Kommission erstmals bereits 2016 neue Regeln vor. Die Verhandlungen gestalteten sich allerdings bis zuletzt sehr zäh. Während Ländern wie Ungarn die Vorschläge nicht scharf genug waren, äußerten Hilfsorganisationen und Teile von Linken und Grünen Bedenken, dass die Menschenrechte bei den Asylverfahren nicht genügend geachtet würden.

mrc/dpa/AFP

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Merz will Leistungen für abgelehnte Asylbewerber kürzen

SPIEGEL ONLINE

05. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Anspruch auf Gesundheitsversorgung

Length: 449 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Abgelehnte **Asylbewerber** werden hierzulande nach 18 Monaten von den gesetzlichen Krankenkassen betreut. CDU-Chef Merz sieht darin einen Anreiz, im Land zu bleiben und drängt auf deutliche längere Wartezeiten.

Body

Friedrich Merz ist für einen schärferen Kurs in der **Asylpolitik**. Nun fordert der CDU-Chef, Leistungen für abgelehnte **Asylbewerber** zu kürzen. Seiner Ansicht nach sollte die Gesundheitsversorgung erst deutlich später als derzeit ausgeweitet werden.

Merz verwies im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Donnerstag) darauf, dass laut Asylbewerberleistungsgesetz Ausreisepflichtige nach 18 Monaten Anspruch auf erweiterte Leistungen haben. »Dieser Zeitraum sollte auf mindestens drei Jahre verlängert werden«, forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag.

»Wir dürfen keine Anreize zur Bleibe geben, wenn kein Bleiberecht in Deutschland besteht«, argumentierte Merz. »Die Botschaft an die 300.000 abgelehnten Asylbewerber lautet aktuell: Ihr müsst nur lange genug bleiben, dann geht es euch in Deutschland immer besser. Das müssen wir korrigieren«, mahnte der CDU-Vorsitzende.

Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 rund 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung. Geduldet sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Das kann etwa daran liegen, dass sie keine Ausweisdokumente haben, krank sind oder ein minderjähriges Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt.

Merz fordert klares Signal von Scholz

Derzeit haben ausreisepflichtige Ausländer wie auch geduldete Migranten während der ersten 18 Monate ihres Aufenthalts nur einen eingeschränkten Anspruch auf gesundheitliche Versorgung, sie sind in dieser Zeit nicht gesetzlich krankenversichert. Nach der sogenannten Wartezeit werden sie von den gesetzlichen Krankenkassen betreut und erhalten nahezu dieselben Leistungen wie gesetzlich Krankenversicherte. Merz hatte vor wenigen Tagen mit Aussagen über Zahnarztbehandlungen für abgelehnte Asylbewerber heftige Reaktionen ausgelöst. (Lesen Sie hier unseren Faktencheck zu der Behauptung von Merz.)

Merz will Leistungen für abgelehnte Asylbewerber kürzen

Der CDU-Chef drängt zudem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu Gesprächen über die Migrationspolitik schon am Tag nach den am Sonntag stattfindenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen. Im RND-Interview appellierte Merz an den Kanzler, ein deutliches Signal an potenzielle Migranten ohne Asylgrund zu senden.

»Der Bundeskanzler muss eine klare Botschaft nach draußen senden, die auch in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ankommt: Dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, Menschen ohne Asylgrund aufzunehmen«, unterstrich Merz. »Diese Botschaft ist notwendig, um ein klares Signal an die Menschen zu geben, die sich jetzt erst auf den Weg machen wollen«, fügte der CDU-Chef hinzu. Derzeit entstehe der Eindruck, »dass wir praktisch unbegrenzt aufnahmebereit sind«.

asc/dpa

Load-Date: October 5, 2023

End of Document

Britisches Asylgesetz nimmt letzte Hürde im Parlament

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Umstrittene Reform

Length: 498 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Mit einem verschärften Asylgesetz will Großbritannien Bootsflüchtlinge abschrecken. Nun hat das Oberhaus den Weg für die kontroverse Reform frei gemacht. Die Justiz stellt sich dem Vorhaben jedoch entgegen.

Body

International steht das geplante britische Asylgesetz in der Kritik, die Justiz im Land blockiert es. Im Parlament gibt das Oberhaus nun dennoch grünes Licht. Damit ist die finale parlamentarische Hürde überwunden.

Das britische Oberhaus wies mehrere Änderungsvorschläge zu dem umstrittenen Vorhaben ab und machte so den Weg frei für die Inkraftsetzung durch König Charles III. Mit der Neuregelung will die britische Regierung das anhaltende Eintreffen von Migranten stoppen, die per Boot über den Ärmelkanal kommen. Die Mehrheit im aus nicht gewählten Mitgliedern bestehenden »House of Lords« lehnte mehrere Änderungsvorschläge ab, die unter anderem Regelungen gegen Sklaverei oder zum Schutz minderjähriger Migranten vorsahen.

Nach dem neuen Asylgesetz wird per Boot ankommenden Migranten künftig das Recht verwehrt, einen Asylantrag in Großbritannien zu stellen. Zudem sollen illegal eingereiste Menschen künftig in sogenannte sichere Drittstaaten wie das ostafrikanische Ruanda abgeschoben werden.

Derzeit stellt sich jedoch die britische Justiz gegen das Vorhaben: Ende Juni erklärte das Berufungsgericht in London den Gesetzentwurf für rechtswidrig. Die Richter erklärten zur Begründung unter anderem, dass Ruanda kein sicherer Drittstaat sei. Die Regierung kündigte Berufung gegen das Urteil an.

Scharfe Kritik von Uno-Kommissaren

Die Uno-Kommissare für Menschenrechte und Flüchtlinge, Volker Türk und Filippo Grandi, äußerten wenige Stunden nach dem Votum des Oberhauses deutliche Kritik. Das Gesetz stehe »im Widerspruch« zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen Großbritanniens, hieß es in der Mitteilung der beiden Uno-Vertreter. Es werde »tiefgreifende Auswirkungen« auf Menschen haben, die »internationalen Schutzes bedürfen«. Zudem enthalte es »weitreichende Ermächtigungen«, Menschen in Gewahrsam zu nehmen. Die Kontrolle der Justiz sei dabei »eingeschränkt«.

Uno-Menschenrechtskommissar Türk erklärte, mit dem Gesetz werde ein »beunruhigender Präzedenzfall« geschaffen. »Andere Staaten, unter anderem in Europa«, könnten versucht sein, dem britischen Modell zu folgen.

Britisches Asylgesetz nimmt letzte Hürde im Parlament

Türk rief die Regierung in London auf, das Gesetz »zurückzunehmen« und so ihren Einsatz für Menschenrechte zu bekräftigen.

Unter dem früheren Premierminister Boris Johnson hatte Großbritannien 2022 ein umstrittenes Abkommen mit Ruanda geschlossen, um Asylsuchende dorthin auszufliegen. Dies sollte Menschen davon abschrecken, die Überfahrt über den Ärmelkanal zu unternehmen.

Die Umsetzung des Vorhabens war bisher jedoch gescheitert. So wurde ein für Juni 2022 geplanter Flug mit Migrantin das ostafrikanische Land nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kurzfristig gestrichen.

Die britische Regierung steht durch eine Rekordzahl über den Ärmelkanal einreisender Migranten unter Druck. Allein im vergangenen Jahr waren fast 45.000 Migranten illegal über den Ärmelkanal von Frankreich nach Großbritannien gelangt in diesem Jahr wählten bereits über 11.000 Menschen diesen Weg.

asc/AFP

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Protest in London: Die geplante Reform des Asylrechts sorgt für Kritik

Load-Date: July 18, 2023

End of Document

Faeser kündigt stärkeren Grenzschutz an ohne stationäre Kontrollen

SPIEGEL ONLINE

30. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration via Polen

Length: 434 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Die CDU drängt auf feste Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze, Bundesinnenministerin Nancy Faeser lehnt das ab. Stattdessen soll nun die Überwachung in Zügen und im Luftverkehr ausgebaut werden.

Body

In der Debatte über den Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen will Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) weiter auf fest stationierten Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze verzichten. Dort sollen künftig aber generell mehr Polizisten im Einsatz sein, kündigte die Ministerin bei einem Besuch eines Zentrums im polnischen Grenzort wiecko an.

Auch an der Grenze zu Tschechien habe man es in den vergangenen Monaten ohne stationäre Grenzkontrollen geschafft, die sehr hohen Migrationszahlen zu senken. Dafür seien dort die Kräfte verstärkt worden. Das plane man nun auch an der Grenze zu Polen. Sie sei sicher, »dass wir jetzt dem neuen Migrationsdruck auch gemeinsam Herr werden«, sagte Faeser. Sie sprach dabei laut der Nachrichtenagentur Reuters insbesondere mit Blick auf Belarus, von einem Migrationsdruck, der »auch ein Stück weit gesteuerter Migrationsdruck ist«.

Faeser verweist auf massive Beeinträchtigungen im Grenzverkehr

Konkret nannte Faeser einen zusätzlichen personellen Aufwand von »mehreren Hundertschaften« der Bundespolizei. Dieser Schritt helfe mehr als stationäre Grenzkontrollen. Die enge Beziehung zwischen Deutschland und Polen im alltäglichen Leben würden durch solche Kontrollen »massiv gestört«, sagte Faeser. Zudem seien die wirtschaftlichen Verflechtungen viel enger als beispielsweise an der Grenze zu Österreich, wo bereits seit Langem stationäre Grenzkontrollen durchgeführt werden.

CDU-Politiker, darunter die Innenminister von Brandenburg und Sachsen, Michael Stübgen und Armin Schuster, hatten zuletzt feste Kontrollen an der Grenze zu Polen gefordert.

Laut Angaben der europäischen Statistikbehörde von vergangener Woche wurden in der Europäischen Union (EU) zu Jahresbeginn mehr als 40 Prozent mehr Erstanträge auf Asyl gestellt als vor einem Jahr. In Deutschland hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in den ersten vier Monaten des Jahres 110.516 Asylersanträge registriert und damit gut 78 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten Antragsteller kamen aus Syrien und Afghanistan.

Faeser kündigt stärkeren Grenzschutz an ohne stationäre Kontrollen

Bund und Länder hatten auf dem Flüchtlingsgipfel am 10. Mai die Einführung stationärer Kontrollen wie an der Grenze zu Österreich abhängig von der Lage auch an anderen Grenzen Deutschlands zu Nachbarländern vereinbart.

Faeser will stattdessen dort die Schleierfahndung verdachts- und anlassunabhängige Personenkontrollen intensivieren. Die Zahl unerlaubter Einreisen über Polen stieg zuletzt deutlich. Der brandenburgische CDU-Fraktionschef Jan Redmann bezeichnete den Weg, die Schleierfahndung zu verstärken, am Dienstag als völlig unzureichend.

fek/dpa/Reuters

Graphic

dpa - Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei einem Treffen mit dem stellvertretenden polnischen Innenminister Bartosz Grodecki am polnischen Grenzort wiecko: »Dem neuen Migrationsdruck auch gemeinsam Herr werden«

Load-Date: May 30, 2023

»Wir brauchen mehr Spurwechsel«

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Migrationspolitik

Length: 548 words

Byline: Hubert Gude

Highlight: Niedersachsens SPD-Innenministerin Daniela Behrens, 55, fordert einen einfacheren Zugang für qualifizierte Asylbewerber zum Arbeitsmarkt.

Body

SPIEGEL: Frau Behrens, erleben wir gerade eine Migrationskrise?

Behrens: Es gibt politische Strömungen, die diesen Eindruck erzeugen wollen. In dieser Drastik empfinde ich das nicht. Das Flüchtlingsaufkommen ist ohne Zweifel hoch und eine Herausforderung für die Länder und insbesondere die Kommunen. Aber ich sehe, Stand heute, keine dramatische Situation.

SPIEGEL: Wo liegt das Problem?

Behrens: Wir müssen ausreichend Unterkünfte zur Verfügung stellen und auch die Frage der Integration in Schulen und in den Arbeitsmarkt ist nicht einfach. Die Kommunen beklagen neben den offenen Fragen der Finanzierung, dass die Verteilung der Geflüchteten nicht ausreichend gesteuert wird. Dem begegnen wir in Niedersachsen mit einer Neuorganisation der Erstaufnahme. Dafür schaffen wir vor allem kleinere Einrichtungen mit jeweils maximal 500 bis 600 Geflüchteten. Insgesamt wollen wir bis zu 20.000 dieser Plätze vorhalten. Die Kommunen erfahren auf diese Weise im besten Fall bereits drei Monate im Voraus, wann welche Menschen zu ihnen kommen werden. Das schafft Planungssicherheit.

SPIEGEL: Was erwarten Sie von der Konferenz der deutschen Innenminister, die sich ab Mittwoch in Berlin treffen?

Behrens: Das wichtigste Thema ist sicherlich die Migration. Wir werden uns über die aktuellen Entwicklungen und Zahlen austauschen. Außerdem wird der Plan der EU-Kommission für ein gesamteuropäisches Asylsystem eine wichtige Rolle spielen.

SPIEGEL: CDU-Politiker wie Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordern eine Obergrenze für Asylanträge und Grenzkontrollen zu Polen.

Behrens: Das Grundrecht auf Asyl darf vor dem Hintergrund unserer Geschichte nicht angetastet werden. Da sind sich die SPD-regierten Länder einig. Wir müssen uns ansehen, was die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze gebracht haben. Grenzkontrollen innerhalb der EU sind grundsätzlich problematisch.

SPIEGEL:Was fordern Sie?

Behrens:Für mich geht es um die Frage, wie wir mehr Menschen, die bereits hier im Land sind, eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben können. Konkret denen, die eigentlich Asyl gesucht haben und hier mittlerweile sehr gut integriert sind, die aber trotzdem nicht bleiben dürfen. Das ist auch Firmen und Unternehmen nicht vermittelbar. In Deutschland fehlen künftig jedes Jahr über 400.000 Arbeitskräfte. Gleichzeitig haben wir Migrantinnen und Migranten im Land, deren Asylanträge abgelehnt wurden und die somit ausreisen müssten, obwohl sie anerkannte Fachkräfte sind. Das ist absurd. Wir brauchen mehr Spurwechsel also, vom Asylaufenthalt zur Arbeitsmigration. Wenn gesuchte und qualifizierte Menschen bereits in Deutschland leben, sollen sie auch dauerhaft bleiben und arbeiten dürfen.

SPIEGEL:Kritiker fürchten, dass das mehr Geflüchtete nach Deutschland ziehen würde, einen sogenannten Pullfaktor.

Behrens:Dieser Personenkreis erfüllt die Voraussetzungen für eine Einwanderung als Fachkraft, sodass sie ohnehin ein entsprechendes Visum erhalten würden und den Weg irregulärer Migration gar nicht gehen müssten. Derzeit werben wir im Ausland gezielt Fachkräfte an. Diejenigen Fachkräfte aber, die bereits seit Jahren in Deutschland leben, zur vollsten Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber tätig sind und unsere Sprache sprechen, dürfen hier nicht zum Arbeiten bleiben. Das kann nicht sein.

gud

Load-Date: June 9, 2023

Frei will Individualrecht auf Asyl abschaffen

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vorschlag für jährliches Kontingent

Length: 464 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union stellt das europäische Asylrecht infrage. Alternativ sollte die EU lieber ein jährliches Kontingent an Schutzbedürftigen aufnehmen, sagt Thorsten Frei.

Body

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei(CDU), hat auf eine Abschaffung des Individualrechts auf Asyl in der Europäischen Union gedrängt. Stattdessen solle eine »Institutsgarantie« eingeführt werden. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre so nicht mehr möglich und der Bezug von Sozialleistungen »umfassend ausgeschlossen«. Das schreibt Frei in einem Gastbeitrag für die »FAZ«.

Stattdessen könnte die EU nach Ansicht Freis jährlich ein Kontingent von 300.000 bis 400.000 Schutzbedürftigen direkt aus dem Ausland aufnehmen und auf die Mitgliedstaaten verteilen. Der Unionspolitiker begründet seine Forderung damit, dass die Praxis in Europa, die auf dem individuellen Asylrecht basiere, »zutiefst inhuman« sei und die Gesellschaften gefährde.

»Damit möglichst wenig Menschen ihr Recht in Anspruch nehmen, knüpfen wir es an die Voraussetzung eines Antrages auf europäischem Boden.« Damit gelte das »Recht des Stärkeren«, schreibt Frei. »Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, ist chancenlos.« Frauen und Kinder seien damit »von unserem humanen Recht oft faktisch ausgeschlossen«.

»Konstruktionsfehler des europäischen Asylrechts«

Dies sei ein »Konstruktionsfehler des europäischen Asylrechts und damit auch der deutschen Asylpraxis«. Beide gründen laut Frei »auf einer Lüge«: »Wir gestalten unser Asylrecht als Individualrecht aus und sind zugleich nicht bereit, den Anspruch in unbegrenztem Umfang einzulösen, der daraus resultiert«, so Frei.

Aus dem Individualrecht auf Asyl müsse eine Institutsgarantie werden. »Mit einem solchen Asylrecht könnte Europa sich nicht nur an die Schwächsten wenden, sondern sehr genau dort helfen, wo Staaten durch große Flüchtlingsströme destabilisiert werden«, erklärt Frei. Zudem könnten Sicherheitsrisiken minimiert und Chancen für Integration maximiert werden.

Mit seiner Forderung stellt Frei das gesamte europäische Asylsystem infrage. Eine solche Veränderung würde eine Abkehr von den seit Jahrzehnten gelebten Prinzipien des europäischen Asylrechts darstellen.

Frei will Individualrecht auf Asyl abschaffen

Die EU plant derzeit eine weitreichende Asylreform, um die allerdings noch gerungen wird. Vorgesehen sind zahlreiche Verschärfungen, um illegale Migration zu begrenzen insbesondere aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Wer wenig Aussicht auf Asyl hat, soll bereits an den EU-Außengrenzen geprüft und gegebenenfalls zurückgeschickt werden.

Laut der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) war von den rund 228.000 Asylentscheidungen in Deutschland im vergangenen Jahr nur in 0,8 Prozent der Fälle Asyl nach Artikel 16a Grundgesetz gewährt worden sei. In den meisten Fällen wurde den Antragstellern die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiärer Schutz gewährt.

col/AFP/dpa

Graphic

dpa - Thorsten Frei (CDU)

Load-Date: July 18, 2023

End of Document

Britischer Staatsminister für Migration tritt zurück

SPIEGEL ONLINE

06. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über Asylpolitik

Length: 413 words

Byline: Henrik Bahlmann

Highlight: Durch ein Abkommen mit Ruanda will die britische Regierung doch noch ihr Zuwanderungsgesetz am Obersten Gerichtshof vorbeibekommen. Dem Staatsminister für Migration geht der Gesetzentwurf jedoch nicht weit genug.

Body

Der Streit um das britische Zuwanderungsgesetzes eskaliert weiter. Nun ist der Staatsminister für Migration, Robert Jenrick, von seinem Posten zurückgetreten. Dem Abgeordneten, der eigentlich als Vertrauter von Premierminister Rishi Sunak gilt, ging ein Gesetzentwurf nicht weit genug, mit dem der Premier einen umstrittenen Asylpakt mit Ruanda durchsetzen wollte.

»Ich kann nicht in meinem Amt weitermachen, wenn ich mit der Ausrichtung der Einwanderungspolitik der Regierung so deutlich nicht einverstanden bin«, twitterte Jenrick. Innenminister James Cleverly bestätigte die Personalie im Parlament.

Das geplante Gesetz sieht vor, das ostafrikanische Land zum sicheren Drittstaat zu erklären. Dafür will Sunak sogar ein britisches Menschenrechtsgesetz für nicht anwendbar erklären. Hardliner wie Ex-Innenministerin Suella Braverman und nun auch Jenrick fordern jedoch noch härtere Maßnahmen bis hin zu einem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, um Klagen vor internationalen Gerichten zu verhindern.

Ursprünglich war Jenrick als Gegengewicht zur Rechtsaußen Braverman berufen worden. In der Debatte ist er jedoch immer weiter nach rechts gerückt.

Asylsuchende sollen nach Ruanda

Die britische Regierung will Asylsuchende, die irregulär ins Land einreisen, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft umgehend nach Ruanda abschieben. Sie sollen dort um Asyl bitten, eine Rückkehr nach Großbritannien ist ihnen verwehrt. Das Oberste Gericht in London hatte das Vorhaben auch mit Verweis auf rechtsstaatliche Defizite in Ruanda gestoppt.

Das neue Gesetz soll diese Bedenken nun umgehen. Dafür war Cleverly nach Ruanda gereist und hatte einen Asylabkommen für Abschiebungen nach Ruanda unterzeichnet.

Britischer Staatsminister für Migration tritt zurück

Ruanda soll in dem Asylpakt zusichern, keine Asylbewerber in ihre Heimat abzuschieben und so die Bedenken des Obersten Gerichts aus dem Weg räumen. Sollte Ruanda einen Migrant ausweisen wollen, etwa wegen einer Straftat, sollen britische und ruandische Richter gemeinsam entscheiden, ob die Person in Afrika bleibt oder zurück nach Großbritannien geholt wird.

Für die Tories hat die Migration einige Monate vor der nächsten Wahl an Bedeutung gewonnen. Für viele konservative Wähler hat das Thema laut Umfragen mittlerweile oberste Priorität. In Umfragen liegen die Tories weit hinter der Oppositionspartei Labour zurück, die Stand jetzt die nächste Regierung stellen dürfte. Der Termin für die nächste Wahl steht noch nicht fest, spekuliert wird über Mai oder Oktober 2024.

hba/dpa

Load-Date: December 6, 2023

End of Document

Klingbeil sieht keine »Zaubermaßnahme« gegen Migration

SPIEGEL ONLINE

24. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Streit über Zuwanderung

Length: 549 words

Byline: Kristina Gnirke

Highlight: In der Debatte um die Zahl Geflüchteter warnt SPD-Chef Lars Klingbeil vor Populismus. Es gebe nicht die eine Lösung. Er warb für schnellere Asylverfahren, die auch Fachkräften aus dem Ausland nützten.

Body

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat sich gegen vermeintliche Patentlösungen beim Thema irreguläre Migration ausgesprochen. »Ich weigere mich, so zu tun, als gäbe es die eine Zaubermaßnahme«, sagte Klingbeil der »Bild am Sonntag«. Das liefere eine »populistische Schlagzeile, führt aber nicht dazu, dass auch nur ein Mensch weniger nach Deutschland kommt.«

Zumal Deutschland dringend die Zuwanderung von Fachkräften brauche: »Damit sie zu uns kommen und auch hier bleiben wollen, müssen wir an unserer Willkommenskultur für Fachkräfte arbeiten.« Innerhalb weniger Wochen müssten die Menschen Klarheit haben, ob sie bleiben könnten oder wieder gehen müssten.

Daher sollten die Asylverfahren beschleunigt werden. Wer bleiben dürfe, müsse wiederum möglichst schnell eine Arbeitserlaubnis bekommen, um seinen Lebensunterhalt sichern zu können. »Das dauert mir alles zu lange. Der Arbeitsplatz ist ein wichtiger Ort für Integration und das Erlernen der deutschen Sprache«, sagte Klingbeil.

Es sollten mehr Migrationsabkommen mit Herkunftsländern verhandelt und Schleuser müssten besser bekämpft werden. Auch die Überlegung von Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD), die Grenzen zu Tschechien und Polen stärker zu kontrollieren, sei »genau richtig«, sagte Klingbeil.

Der Vizkanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte zuvor »pragmatische Lösungen« in der Migrationspolitik angemahnt. Es brauche in der Asylpolitik Lösungen, um zu verhindern, dass »der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet«. CDU-Chef Friedrich Merz forderte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, bei dem Thema gemeinsam mit der Union eine Lösung zu suchen. »Ich biete Ihnen an: Lassen Sie uns das zusammen machen, und wenn Sie das mit den Grünen nicht hinbekommen, dann werfen Sie sie raus, dann machen wir es mit Ihnen – aber wir müssen dieses Problem lösen«, sagte er beim CSU-Parteitag am Samstag in München.

»Schwierige wie unumgängliche Entscheidungen«

Klingbeil sieht keine »Zaubermaßnahme« gegen Migration

Der stellvertretende hessische Ministerpräsident Tarek Al-Wazir(Grüne) sieht bei dem Thema »schwierige wie unumgängliche Entscheidungen«. Wer am Ende eines Verfahrens kein Bleiberecht habe, müsse das Land wieder verlassen, sagte der Grünen-Spitzenkandidat bei der bevorstehenden Landtagswahl dem »Redaktionsnetzwerk Deutschland« (RND). »Auch das müssen wir durchsetzen, wenn wir das Asylrecht schützen wollen.« Es sei richtig, die Verfahren an den EU-Außengrenzen zu optimieren, Flüchtlinge zu registrieren und zu verteilen.

Deutschland könne stolz darauf sein, Menschen vor Krieg und Verfolgung Schutz zu bieten. Es seien aber geordnete Verfahren an den EU-Außengrenzen und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber nötig. Die Aufnahme von einer Million Menschen in Deutschland allein im Jahr 2022 bringe Kitas, Schulen und Kommunen »an die Grenzen der Belastbarkeit und teilweise darüber hinaus«. Sie müssten ganz besonders unterstützt werden.

Aus Ländern und Kommunen kamen zuletzt zunehmende Warnungen vor einer Überlastung. Bis Ende August registrierte das Bundesamt für Migration und Geflüchtete mehr als 204 000 Erstanträge auf Asyl ein Plus von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dazu kommt, dass wegen des russischen Kriegs mehr als eine Million Menschen aus der Ukrainein Deutschland Schutz suchten, die keinen Asylantrag stellen müssen.

kig/AFP/dpa

Load-Date: September 24, 2023

End of Document

Merz unterstützt Söders Migrations-Obergrenze

SPIEGEL ONLINE

19. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Maximal 200.000 Menschen pro Jahr

Length: 371 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Der Vorschlag einer jährlichen Obergrenze für Migranten ist ein altes Mantra der CSU-Migrationspolitik. Dem hat sich nun der CDU-Chef angeschlossen. Über die vorgeschlagene Zahl von 200.000 Menschen müsse man reden, findet Merz.

Body

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder(CSU) hatte jüngst eine Obergrenze für Migration nach Deutschland gefordert. CDU-Chef Friedrich Merz hat sich nun Söders Meinung angeschlossen, dass Deutschland nur die Aufnahme von rund 200.000 Migranten und Flüchtlingen pro Jahr verkraften könne. »Das ist eine Zahl, über die man in der Tat reden muss«, sagte der CDU/CSU-Fraktionschef. Die Zahl sei eine Orientierungsgröße, was das Land verkraften könne. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprach von einer Belastungsgrenze für das Land und die Kommunen. Dies könne man Integrations- oder Obergrenze nennen.

Merz forderte zudem die Ampelregierung auf, den von Kanzler Olaf Scholz angebotenen »Deutschlandpakt« beim Thema Migration zu beschließen. Die derzeitigen Zahlen der Ankommenden überschritten jedes vertretbare Maß. Es gebe erste Hinweise, dass die Zahl der Asylsuchenden in diesem Jahr sogar über die Grenze von 400.000 steigen könne. Die Union forderte deshalb mehr Grenzkontrollen.

Mützenich wirft Union Missbrauch von »Deutschlandpakt« vor und kritisiert FDP

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich warf der Union vor, das Angebot für einen »Deutschlandpakt« mit der Opposition nur auf die Migration zu beziehen. Er mahnte zudem den Koalitionspartner FDP, nicht punktuell neue Vorschläge zu einzelnen Migrationsthemen zu machen wie etwa den Übergang von Geld- zu Sachleistungen für Asylsuchende.

CSU-Chef Söder hatte in einem Interview mit der »Bild am Sonntag« den immer wiederkehrenden Vorschlag der bayerischen Christdemokraten einer »Integrationsgrenze« neu aufgelegt. Der Vorschlag erntete Kritik: »Zeitpunkt, Ort und Inhalt des Söder-Interviews sind durchschaubar«, sagte SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert dem SPIEGEL. »Wie so oft, geht es bei ihm nicht um politische Substanz, sondern um Show.«

Söders Vorschlag sei der Versuch, »ein politisches Problem mit einer mathematischen Formel zu lösen«, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thomae, der »Welt«.

Merz unterstützt Söders Migrations-Obergrenze

Kritische Stimmen gab es jedoch auch aus den eigenen Reihen. Der CDU-Europaabgeordnete Dennis Radtke erklärte in der »Augsburger Allgemeinen«: »Die Forderung nach einer Obergrenze hat CDU und CSU schon einmal an den Abgrund geführt.«

col/Reuters

Load-Date: September 19, 2023

End of Document

Mehr als 217.000 Menschen haben 2022 in Deutschland erstmals Asyl beantragt

SPIEGEL ONLINE

11. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Zunahme um fast 47 Prozent

Length: 352 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge war lange rückläufig. Doch seit 2021 dreht sich der Trend: Besonders Menschen aus vier Herkunftsländern ersuchten zuletzt Schutz.

Body

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, ist 2022 erneut angestiegen. Zwischen Anfang Januar und Ende Dezember stellten demnach 217.774 Menschen in Deutschland Erstanträge auf Asyl. Das geht aus der am Mittwoch veröffentlichten Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hervor. Im Vergleich zur Zahl der Erstanträge auf Asyl im Vorjahr bedeutet dies demnach eine Zunahme um fast 47 Prozent.

Die meisten Schutzsuchenden kamen im vergangenen Jahr aus Syrien (70.976 Erstanträge), Afghanistan (36.358), der Türkei (23.938) und dem Irak (15.175). Auch knapp 8000 Menschen aus Georgien beantragten erstmalig in Deutschland Asyl. Sie wurden jedoch nur in seltenen Einzelfällen als Flüchtlinge oder Schutzbedürftige anerkannt. Insgesamt lag die sogenannte Gesamtschutzquote, also der Anteil der Asylanerkennungen, Feststellungen subsidiären Schutzes, sowie Feststellungen von Abschiebeverboten bei 56,2 Prozent.

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nicht erfasst

Den Angaben zufolge betrafen 24.791 dieser Erstanträge in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr. Die rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen, sondern wurden auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz erhalten.

In der Statistik enthalten sind dagegen etwa 2.851 Erstanträge auf Asyl von russischen Staatsbürgerinnen oder Staatsbürgern. Auch sie wurden nur in vergleichsweise wenigen Fällen als Flüchtlinge anerkannt, auch subsidiären Schutz enthielten sie nur in einigen Dutzend Fällen.

»Wir haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Migration nach Deutschland stärker zu steuern und zu ordnen«, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). 2016 hatte die Zahl der Schutzersuchen mit 722.370 Erstanträgen einen Höchststand erreicht.

Mehr als 217.000 Menschen haben 2022 in Deutschland erstmals Asyl beantragt

In den Folgejahren sank die Zahl der Asylbewerber kontinuierlich. Dass sie 2021 wieder anstieg, war nach Einschätzung von Experten auch auf Nachholeffekte als Folge der strengen Reisebeschränkungen in der Coronapandemie 2020 zurückzuführen.

fek/dpa

Graphic

dpa - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf)

Load-Date: January 11, 2023

End of Document

»Dann werfen Sie die Grünen raus, dann machen wir es mit Ihnen«

SPIEGEL ONLINE

23. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Merz drängt Scholz in Asyldebatte

Length: 557 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: In der Debatte über die deutsche Migrationspolitik plädieren FDP und Union für ein gemeinsames Vorgehen. Gleichzeitig greift CDU-Chef Merz den Kanzler scharf an.

Body

CDU-Chef Friedrich Merz hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aufgefordert, gemeinsam mit der Union eine Lösung für die Flüchtlingskrise in Deutschland zu suchen. »Ich biete Ihnen an: Lassen Sie uns das zusammen machen, und wenn Sie das mit den Grünen nicht hinbekommen, dann werfen Sie sie raus, dann machen wir es mit Ihnen aber wir müssen dieses Problem lösen«, sagte Merz am Samstag auf dem Parteitag der Schwesterpartei CSU in München.

Das Angebot sei nicht auf die Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober ausgerichtet. »Wir haben hier einen solchen Sprengstoff für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft«, sagte Merz. Wenn das Problem nicht gelöst werde, sei Scholz allein für die dann unter Umständen nicht mehr aufzuhaltenden Folgen verantwortlich. »Einschließlich der weiteren Radikalisierung unseres Parteienspektrums in der Bundesrepublik Deutschland«, fügte Merz hinzu.

Merz ging den Kanzler gleichzeitig persönlich an. »Das Hauptproblem unseres Landes hat einen Namen: Olaf Scholz«, postete sein Team auf X, ehemals Twitter.

FDP bringt Grundgesetzänderung ins Spiel

In einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« hatte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann der Regierung ein ähnliches Angebot unterbreitet. Linnemann sagte, es brauche in der Migrationspolitik jetzt »so einen Konsens wie 1993«. Damals war auf Grundlage eines Kompromisses von Union und FDP mit der oppositionellen SPD das Asylgrundrecht eingeschränkt worden.

FDP-Chef Christian Lindner brachte eine Grundgesetzänderung ins Spiel. »Wir brauchen eine Wende in der Migrationspolitik wie den Asylkompromiss Anfang der Neunzigerjahre«, schrieb er am Samstag. Dafür brauche es einen übergreifenden Konsens.

Justizminister Marco Buschmann (FDP) beließ es bei zwei konkreteren Forderungen: Auch ohne neue Gesetzgebungen könne die Bundesregierung den derzeit in Brüssel zur Debatte stehenden Teilen der EU-

»Dann werfen Sie die Grünen raus, dann machen wir es mit Ihnen«

Asylreform zustimmen und Bargeldzahlungen an Asylbewerber durch »flächendeckende Sachleistungen in Form der digitalen Bezahlkarte« ersetzen.

Am Freitag hatte die oppositionelle Union im Bundestag bereits einen eigenen Antrag für einen »Deutschlandpakt in der Migrationspolitik« mit verschiedenen Forderungen vorgelegt. Hintergrund ist der zuvor von Kanzler Scholz vorgeschlagene Deutschlandpakt. Die Union moniert, dass der Ankündigung keine konkreten Schritte folgten.

Habeck für Migrationsabkommen

Vizekanzler Robert Habeck(Grüne) hatte sich zuletzt offen gezeigt für »moralisch schwierige Entscheidungen«. »Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen«, sagte er dem RND.

Beim Grünenparteitag in Neumünster sprach er sich für Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern aus. Das bedeute aber, »diesen Ländern auch etwas zu geben«. Es dürfe nicht dazu führen, dass sie nach dem Motto »Geld gegen Gewalt« Menschen mit totaler Gewalt zurückführten. Stattdessen gehe es darum, für Anreize zu sorgen, die durchreisenden Menschen zu halten. Anschließend könnten sie gesteuert nach Europa geholt werden.

Gleichzeitig warnte er vor populistischen Forderungen. »Was wir machen müssen, sind konkrete Maßnahmen, die den Menschen helfen, den Kommunen helfen, die insgesamt dem politischen System helfen.« Hohle Sprüche und Phrasen würden nicht weiterhelfen.

slü/dpa

Load-Date: September 23, 2023

Jens Spahn will irreguläre Migration auch »mit physischer Gewalt« aufhalten

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Reaktion auf Kanzler-Vorstoß

Length: 441 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Kanzler Olaf Scholz hatte im »SPIEGEL« einen bemerkenswert harten Ton zur Migrationspolitik angeschlagen. CDU-Politiker Jens Spahn hält die Äußerungen jedoch für unzureichend. Er wirbt für Gewalt an den EU-Außengrenzen.

Body

Der ehemalige Bundesgesundheitsminister und CDU-Politiker Jens Spahn hat die jüngsten Äußerungen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zur Migrationspolitik kritisiert und sich dafür ausgesprochen, »irreguläre Migrationsbewegungen« gegebenenfalls »mit physischer Gewalt« aufzuhalten. »Der entscheidende Schlüssel ist nicht die Rückführung, sondern die Begrenzung irregulärer Migration«, sagte Spahn dem Nachrichtenportal »The Pioneer«.

Scholz hatte im SPIEGEL erklärt, es müssten jetzt im großen Stil diejenigen abgeschoben werden, »die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben«. Wer keine Bleibeperspektive in Deutschland habe, »weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen kann, muss zurückgehen«, sagte Scholz und ergänzte: »Wir müssen mehr und schneller abschieben.«

Dieser Fokus ist aus Sicht Spahns jedoch unzureichend und unvollständig. In erster Linie müsse die Begrenzung illegaler Migration an den EU-Außengrenzen zentraler Bestandteil einer Migrationsstrategie sein und nicht das Abschieben. Gegebenenfalls müsse man »mit physischer Gewalt irreguläre Migrationsbewegungen aufhalten«, sagte Spahn laut »The Pioneer«.

Demnach geht Spahn davon aus, dass die EU-Außengrenzen irgendwann geschlossen werden. »Die Grenze wird früher oder später geschlossen. Ob in fünf oder in 15 Jahren, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber es wird passieren.«

Kritik auch von Grünen und Jusos

Scholz erntete für seine Aussagen Zustimmung, aber auch viel Kritik. Einige Sozialdemokraten gingen schnell auf Distanz. Die stellvertretende Bundesvorsitzende und SPD-Landeschefin in Schleswig-Holstein, Serpil Midyatli, mahnte zu einer sanfteren Rhetorik in der Flüchtlingspolitik: »In der Asylpolitik wird der Ton immer härter, immer schärfer. Ob das am Ende hilft, bezweifle ich.«

Jens Spahn will irreguläre Migration auch » mit physischer Gewalt« aufhalten

Und auch der SPD-Jugendverband positionierte sich: »Wenn der Kanzler behauptet, dass die SPD vollständig hinter seinem rigiden Abschiebekurs steht, kann ich sagen: Das stimmt nicht«, sagte Juso-Vize Philipp Türmer, der beim Bundeskongress im November für den Vorsitz des Jugendverbands kandidiert, dem SPIEGEL.

Auch von anderen Vertretern der Ampelkoalition kam Kritik. Der Grünenpolitiker Jürgen Trittinschrieb auf X: »30 Jahre nach 1993 sollten wir doch gelernt haben, dass Abschotten, Abschrecken, Abschieben keine Migrationspolitik ist, sondern ein Konjunkturprogramm für Rassismus und Rechtsradikale.«

Die SPD-Vorsitzende Saskia Eskenbat Kritiker im Deutschlandfunk, das vollständige SPIEGEL-Interview zu lesen, um das Gesamtkonzept der Ampel zur Migration zu verstehen. Sowohl Abschiebungen als auch Zuwanderung seien notwendig, so Esken. So hätte es auch der Kanzler bereits gesagt.

czl/AFP

Load-Date: October 24, 2023

End of Document

Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt um etwa 60 Prozent

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Von Januar bis November

Length: 421 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Mehr als 300.000 Menschen haben dieses Jahr erstmals einen Asylantrag in Deutschland gestellt deutlich mehr als im Vorjahreszeitraum. Neben Syrien kamen die meisten Schutzsuchenden aus einem Nato-Land.

Body

Immer noch stammen die meisten der nach Deutschlandkommenden Schutzsuchenden aus Syrien. Doch längst hoffen auch immer mehr Menschen aus der Türkei auf ein besseres Leben in Deutschland. Das geht aus der jüngsten Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hervor. Insgesamt haben in Deutschland in diesem Jahr bislang mehr als 300.000 Menschen erstmals einen Asylantrag gestellt – rund 60 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Konkret haben von Anfang Januar bis Ende November 304.581 Einwanderinnen und Einwanderer um Schutz in Deutschland gebeten. Mehr als 21.000 dieser Anträge betrafen in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr.

Flucht aus dem Nato-Land

Mit mehr als 55.000 Asylerstanträgen seit Jahresbeginn war die Türkei 2023 bisher nach Syrien das zugangsstärkste Herkunftsland und lag damit noch vor Afghanistan. Auf Syrien entfallen etwa 95.000 Erstanträge, auf Afghanistan 48.000 Erstanträge. Danach folgen der Irak (10.000 Erstanträge) und Iran (knapp 9000 Erstanträge).

»Eine solche Entwicklung ist bei einem Nato-Partner und EU-Beitrittsaspiranten nicht akzeptabel«, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Andrea Lindholz, mit Blick auf die Asylgesuche aus der Türkei. Die CSU-Politikerin warf der Ampelregierung vor, diese Entwicklung zu vernachlässigen.

Lindholz hatte die Bundesregierung vor einigen Tagen nach möglichen Gründen für den Anstieg der Zugangszahlen türkischer Staatsangehöriger gefragt. Dieser ist nach Einschätzung des Innenministeriums unter anderem sowohl auf »die Situation in der Türkei als auch auf individuelle Umstände der hier ankommenden türkischen Staatsangehörigen zurückzuführen«.

Angst vor der »Turbo-Einbürgerung«

Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt um etwa 60 Prozent

Die Zahl der unerlaubten Einreisen ist seit Oktober zwar deutlich zurückgegangen. Da zwischen der Einreise und der förmlichen Asylantragstellung jedoch in der Regel einige Wochen vergehen, macht sich dieser Rückgang in der Statistik des Bamf noch nicht bemerkbar.

»Unbeeindruckt hält die Ampel an ihrem Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik fest und peitscht sogar jetzt noch die Turbo-Einbürgerung durch den Bundestag«, kritisierte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU). Ohne die durch Grenzkontrollen ermöglichte Zunahme der Zahl der Zurückweisungen würden noch mehr Menschen irregulär nach Deutschland kommen, fügte er hinzu. Daher sei es wichtig, diese Mitte Oktober eingeführten Kontrollen auch an der Grenze zu Polen, Tschechien und der Schweiz langfristig zu verlängern.

mrc/dpa

Load-Date: December 7, 2023

End of Document

EU einigt sich Asylverfahren sollen verschärft werden

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND

Length: 445 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Asylzentren an den Außengrenzen, strengere Kontrollen, bessere Verteilung unter den Mitgliedstaaten: Die EU hat sich beim Gipfel in Luxemburg auf eine schärfere Asylpolitik geeinigt.

Body

Die Asylpolitik der Europäischen Union ist festgefahren, beim Gipfel in Luxemburg hofften alle auf einen Durchbruch. Der scheint nun geglückt: die Innenministerinnen und Innenminister der EU haben sich auf eine gemeinsame Linie einigen können. Sie stimmten in Luxemburg im dritten Anlauf einem Kompromissvorschlag des schwedischen Ratsvorsitzes zu, wie Schwedens Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard sagte. Sie sprach von »großer Zustimmung« für die beiden Vorlagen.

Die Asylverfahren in der EU sollen angesichts der Probleme mit illegaler Migration deutlich verschärft werden. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nannte die Einigung »historisch«. Nicht durchsetzen konnte sich Deutschland mit seiner Forderung nach humanitären Ausnahmen von den umstrittenen Grenzverfahren für Familien mit Kindern. In den nun folgenden Verhandlungen der EU-Länder mit dem Europaparlament will sich die Bundesregierung nach Faesers Worten weiter dafür einsetzen.

Denkbar ist auch, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt. Es hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln.

Solidarität mit stark belasteten EU-Staaten soll verpflichtend sein

Neben den verschärften Asylverfahren sehen die am Donnerstag beschlossenen Pläne auch mehr Solidarität mit den stark belasteten Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen vor. Sie soll künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden. Länder wie Ungarn stimmten deswegen gegen den Plan.

EU einigt sich Asylverfahren sollen verschärft werden

Von der Pflicht zur Solidarität könnten etwa Länder wie Italien profitieren. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats wurden in Italien in diesem Jahr bereits mehr als 50.000 Migranten registriert, die über das Mittelmeer kamen. Die meisten von ihnen kamen aus Tunesien, Ägypten und Bangladesch und hatten damit so gut wie keine Aussichten auf eine legale Bleibeperspektive.

Die noch ausstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament sollen im Idealfall noch vor Ende des Jahres abgeschlossen werden. Dann könnten die Gesetze noch vor der Europawahl im Juni 2024 beschlossen werden. Sollte dies nicht gelingen, könnten veränderte politische Kräfteverhältnisse Neuverhandlungen nötig machen.

mrc/mgo/AFP/dpa

Graphic

Copyright 2020 The Associated Press. All rights reserved. - Ein von Flüchtenden aus Marokko genutztes Boot liegt mit den Überresten von Schutzwesten an einem Strand der Kanaren

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Scholz verteidigt schärfere Gangart gegen Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive

SPIEGEL ONLINE

10. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Abschottungspläne der EU-Staaten

Length: 741 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: Auf dem Evangelischen Kirchentag hat der Kanzler die geplante Reform der EU-Asylregeln gerechtfertigt. Die Grünen im Europaparlament kündigen politischen Widerstand an.

Body

Olaf Scholz hat sich auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg hinter die besonders beim grünen Koalitionspartner umstrittene Reform der europäischen Asylregeln gestellt. Es müsse aufhören, dass Länder mit dem Finger auf andere zeigten und sich nicht zuständig fühlten, so der Bundeskanzler.

»Deshalb ist die Verabredung, dass wir einen Solidaritätsmechanismus etablieren«, sagte der SPD-Politiker. Es müsse »endlich, endlich« ein solidarisches System der Verteilung von Geflüchteten in Europa etabliert werden. Scholz versprach zügigere Asylverfahren und mehr Digitalisierung bei den Abläufen. Man müsse es fertigbringen, Menschen zurückzuschicken, die nicht in Europa bleiben könnten.

Die EU-Innenminister hatten am Donnerstag in Luxemburg mit einer ausreichend großen Mehrheit für eine umfassende Reform gestimmt. Vorgesehen ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Wie reagiert Baerbock auf dem Kirchentag?

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste sie letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Denkbar ist aber, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt. Es hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln.

Die Grünen sind tief gespalten angesichts der Einigung der EU-Länder. Vor allem an der Basis, aber etwa auch bei Parteichefin Ricarda Lang, ist die Empörung groß, dass die rot-grün-gelbe Bundesregierung den Reformplänen zustimmte. Mit Spannung wird entsprechend erwartet, ob und wenn ja wie Annalena Baerbock auf den Kompromiss

Scholz verteidigt schärfere Gangart gegen Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive

eingehen wird. Die grüne Außenministerin hatte wegen des Beschlusses diese Woche eigens eine Südamerika-Reise vorzeitig beendet und soll am Abend auf dem traditionell humanitär ausgerichteten Kirchentag auftreten.

Grünen-Chef Omid Nouripour verteidigte die Zustimmung, setzt aber auf Nachbesserungen. Er sagte am Freitagabend im ZDF-»heute journal«: »Das, was vereinbart worden ist, ist erst einmal eine politische Vereinbarung. Es ist nicht geltendes Recht.« Bei der Umsetzung in Recht und Gesetz werde das Europaparlament eine gewichtige Rolle spielen. Mit dem Anliegen, dann noch einiges zu verbessern, seien die Grünen nicht allein.

CDU-Politiker Frei geht Kompromiss nicht weit genug

Die Grünen im Europaparlament kündigten unterdessen bereits Widerstand gegen die Reformpläne an. »Als Grüne im Europäischen Parlament halten wir den Ratsbeschluss nicht für tragfähig sowohl, weil er Menschenrechtsstandards aushöhlt, als auch keine langfristig praktikablen Lösungen für eine nachhaltige gemeinsame europäische Asylpolitik liefert«, sagte die Co-Fraktionsvorsitzende Terry Reintke dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Und: »Am Ende werden wir nicht um jeden Preis eine Einigung unterstützen.«

Der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt bezweifelte in den ARD-»Tagesthemen«, dass die geplante Reform die irreguläre Migration eindämmt. Wenn es große Lager an den Außengrenzen gebe, würden die Bedingungen für die Migranten dort noch schlechter. »Diese schlechten Bedingungen führen dann dazu, dass es noch mehr Ungleichgewicht in Europa gibt, dass die Menschen Anreize haben, sich an den Außengrenzen-Staaten gar nicht dort zu registrieren oder sich zu melden. Sondern sie werden dann Schlepper nehmen, die vielleicht direkt nach Deutschland kommen.« Es sei nicht ersichtlich, was die geplante Reform verbessern werde.

Konservativen Politikern geht es hingegen bei Maßnahmen gegen die illegale Migration nicht schnell genug. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, sagte der »Augsburger Allgemeinen«: »Wir brauchen auch nationale Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration und zwar umgehend.« Eine Reform der EU-Asylpolitik, so der CDU-Politiker, werde allenfalls in zwei oder drei Jahren ihre Wirkungen zeigen. Viele Kommunen hätten die Belastungsgrenze bei der Aufnahme von Migrantenerreicht oder überschritten.

apr/dpa/AFP

Graphic

IMAGO/epd - Scholz beim Kirchentag: »Endlich, endlich« ein solidarisches System zur Verteilung von Flüchtlingen

Load-Date: June 10, 2023

Oberstes Gericht stoppt Ruanda-Abschiebepläne der britischen Regierung

SPIEGEL ONLINE

15. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Entscheidung des Supreme Court

Length: 552 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Großbritanniens Regierung will Menschen ohne Asylverfahren nach Ruanda bringen. Der umstrittene Vorstoß beschäftigt seit Monaten die Justiz. Nun gibt es eine endgültige Entscheidung.

Body

Die britische Regierung darf nicht ihren Plan umsetzen, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben. Das Oberste Gericht in London nannte das Vorhaben rechtswidrig. Die Richter wiesen einstimmig ein entsprechendes Gesuch der Regierung zurück und bestätigten damit eine Entscheidung eines Berufungsgerichts vom Juni.

Es bestehe die Gefahr, dass Asylbewerber in dem ostafrikanischen Land kein faires Verfahren erhielten, betonte der Supreme Court. Das Gericht berief sich unter anderem auf Erfahrungsberichte des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR.

Für die konservative Regierung von Premierminister Rishi Sunak ist das Urteil ein weiterer Rückschlag. Sie wollte mit dem Ruanda-Plan Migranten von der irregulären Einreise in kleinen Booten über den Ärmelkanal abschrecken. Dafür hatte London noch unter Ex-Premier Boris Johnson ein Abkommen mit dem ostafrikanischen Land geschlossen.

Im vergangenen Jahr waren mehr als 45.000 Menschen auf diesem Weg ins Vereinigte Königreich gekommen. Zwar ist die Zahl in diesem Jahr mit bislang etwa 27.000 niedriger als im Vorjahresvergleich. Doch das Versprechen der Regierung, »die Boote zu stoppen«, gilt noch nicht als eingelöst. Erst bei der Vorstellung seines neuen Kabinetts am Dienstag hatte Sunak erneut betont, die Regierung werde weiter daran arbeiten.

Ruanda-Plan als »Schande für Großbritannien«

Dem Plan zufolge sollten irreguläre Migranten künftig ohne Prüfung eines Asylantrags direkt nach Ruanda abgeschoben werden und stattdessen dort um Schutz suchen. Eine Rückkehr nach Großbritannien sollte ausgeschlossen werden. Der Plan war im In- und Ausland auf heftige Kritik gestoßen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen hatte das Vorgehen als Bruch internationalen Rechts verurteilt. Englands Bischöfe sprachen von einer »Schande für Großbritannien«.

Die Niederlage der Regierung vor Gericht dürfte in der konservativen Regierungspartei erneut Rufe nach einem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auslösen. Es war der

Oberstes Gericht stoppt Ruanda-Abschiebepläne der britischen Regierung

Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der den bisher einzigen geplanten Flug mit Asylsuchenden nach Ruanda per einstweiliger Verfügung in letzter Minute gestoppt hatte.

Doch Supreme-Court-Präsident Robert Reed präzisierte während der Urteilsverkündung, dass die geplanten Ruanda-Abschiebungen auch bei einem EMRK-Ausstieg wohl rechtswidrig wären: »Der Grundsatz der Nichtzurückweisung ist nicht nur in der EMRK, sondern auch in anderen internationalen Übereinkommen, denen das Vereinigte Königreich beigetreten ist, verankert«, sagte er laut »Guardian«. Es sei ein zentraler Grundsatz des Völkerrechts, zu dem sich die Regierung des Vereinigten Königreichs wiederholt auf internationaler Ebene bekannt habe.

Für einen EMRK-Austritt hatte zuletzt unter anderem Sunaks inzwischen Ex-Innenministerin Suella Bravermangeworben, die als aussichtsreiche Kandidatin für die Parteiführung gilt, sollten die Konservativen wie erwartet die im kommenden Jahr anstehende Parlamentswahl verlieren.

Sunak hatte am Montag sein Kabinett umgebaut. Braverman wurde entlassen und durch den bisherigen Außenminister James Cleverly ersetzt. Neuer Außenminister wurde der umstrittene Ex-Premier David Cameron. Der Umbau gilt als Verzweiflungstat angesichts der desaströsen Umfrageergebnisse der Tories.

col/fek/dpa/Reuters/AFP

Load-Date: November 15, 2023

Scholz will Migrationszentren in Nigeria ausbauen

SPIEGEL ONLINE

30. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Kanzler auf Afrikareise

Length: 315 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Bundeskanzler Olaf Scholz hat in Lagos für eine engere Zusammenarbeit zur Steuerung der Migration geworben. Dafür solle in Einrichtungen in Nigeria investiert werden auch, um Fachkräfte zu beraten.

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat bei seinem Besuch im westafrikanischen Nigeria erneut für eine engere Partnerschaft in Migrationsfragen geworben. Bei einem Wirtschaftsforum in der Küstenmetropole Lagos betonte er, dass neben einer erleichterten Rückführung von Nigerianerinnen und Nigerianern ohne Bleiberecht in Deutschland auch die Einwanderung von Fachkräften gefördert werden müsse.

Dafür sollen Migrationszentren, die in Nigeria für die Unterstützung von Rückkehrern aus Deutschland gegründet worden sind, ausgebaut werden. Sie sollen sich laut Scholz künftig auch um die Beratung von Fachkräften kümmern, die in Deutschland Fuß fassen wollen. »Dafür braucht es einige Vorbereitungen und Investitionen auf beiden Seiten«, sagte der Kanzler. Darüber habe er am Sonntag mit dem nigerianischen Präsidenten Bola Tinubu gesprochen.

»Ich bin überzeugt, dass dies ein weiterer Bereich ist, in dem wir ein enormes Potenzial ausschöpfen können, das sich aus einer engeren Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern und zwischen unseren beiden Kontinenten ergibt«, sagte Scholz.

Präsident Tinubu: »Ich stelle keine Forderungen auf«

Tinubu hatte sich am Sonntag offen für die Rücknahme von Flüchtlingen gezeigt. Auf die Frage, was er dafür von Deutschland erwarte, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Scholz: »Ich stelle keine Forderungen auf«. Wenn es sich um Nigerianer handele, seien sie zu Hause willkommen. Ein Problem stellt dabei allerdings die Feststellung der Identität dar. Von den knapp 14.000 ausreisepflichtigen Asylbewerbern aus Nigeria sind rund 12.500 geduldet, größtenteils, weil sie keine Ausweispapiere haben.

Der Besuch eines Migrationszentrums steht am Montag auf dem Besuchsprogramm des Kanzlers in Lagos, mit 20 Millionen Einwohnern eine der größten Städte der Welt. Am Abend reist Scholz nach Ghana weiter, der zweiten Station seiner dreitägigen Reise.

aeh/dpa

Scholz will Migrationszentren in Nigeria ausbauen

Load-Date: October 30, 2023

End of Document

Großbritannien unterzeichnet umstrittenes Asylabkommen mit Ruanda

SPIEGEL ONLINE

05. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Afrika-Reise von Innenminister Cleverly

Length: 553 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Die britische Regierung ist zuletzt vor Gericht mit dem Plan gescheitert, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben. Mit einem neuen Abkommen will sie jetzt das Urteil des Obersten Gerichtshofs umgehen.

Body

Mit deutlich schärferen Hürden für ausländische Fachkräfte sowie einem neuen Asylpakt für Abschiebungen nach Ruandawill sich Großbritannienstärker gegen Migranten abschotten. Innenminister James Cleverly unterzeichnete in dem afrikanischen Land einen Vertrag, mit dem die konservative Regierung ein Urteil des obersten britischen Gerichts umgehen will.

Für die Torieshat Migration einige Monate vor der nächsten Wahl an Bedeutung gewonnen. Für viele konservative Wähler hat das Thema laut Umfragen mittlerweile oberste Priorität. Daher setzt der rechte Parteiflügel Premierminister Rishi Sunaklautstark unter Druck, die Nettozuwanderung von zuletzt 745.000 Menschen deutlich zu senken. Denn eigentlich sollte der Brexit doch die Migration stoppen sowie bessere und besser bezahlte Jobs für Briten schaffen so lautete jedenfalls ein Kernversprechen der Konservativen.

Die Vereinbarung sieht vor, dass Asylsuchende, die irregulär nach Großbritannien einreisen, ungeachtet ihrer Herkunft mit einem »One-Way-Ticket« nach Ruanda geschickt werden. Eine Rückkehr ins Vereinigte Königreich ist ausgeschlossen. Dies hatte der Supreme Courtkürzlich als rechtswidrig abgelehnt und dabei unter anderem auf rechtsstaatliche Defizite in Ruanda verwiesen.

Das neue Abkommen soll nun Zusicherungen der autoritären ruandischen Führung vorsehen, keine Asylbewerber in ihre Heimat abzuschieben und so die Bedenken des Supreme Court aus dem Weg räumen. Sollte Ruanda einen Migranten ausweisen wollen, etwa wegen einer Straftat, sollen britische und ruandische Richter gemeinsam entscheiden, ob die Person in Afrika bleibt oder zurück nach Großbritannien geholt wird.

Tories wollen mit harter Migrationspolitik bei Wählern aufholen

Als Nächstes soll nun das britische Parlament noch Ruanda zum sicheren Drittstaat erklären. Sorge bereitet Beobachtern, dass Sunak unter dem Druck der Rechten die Europäische Menschenrechtskonvention verlassen könnte, um juristischen Widerstand aus Straßburg zu vermeiden.

Großbritannien unterzeichnet umstrittenes Asylabkommen mit Ruanda

Cleverly ist bereits der dritte Innenminister, der sich in anderthalb Jahren an dem Ruanda-Plan versucht. Die Regierung betont, sie wolle die ersten Asylsuchenden noch vor der Wahl ausfliegen. Der Termin steht noch nicht fest, spekuliert wird über Mai oder Oktober 2024. In Umfragen liegen die Tories weit hinter der Oppositionspartei Labour zurück, die Stand jetzt die nächste Regierung stellen dürfte.

Mit dem Anti-Migrations-Kurs will Sunak aber noch die Wende schaffen. Die vor allem symbolische Ruanda-Politik ist dabei aber nur ein Baustein.

Briten »zu arm«, um Ausländer zu heiraten

Einen viel stärkeren Einfluss dürften daher die Maßnahmen haben, die Cleverly am Montag im Parlament angekündigt hatte. Künftig müssen ausländische Fachkräfte etwa mindestens 38.700 Pfund (45.150 Euro) statt bisher 26.200 Pfund Jahresgehalt beziehen, damit sie ins Land kommen dürfen. Pflegekräfte sind ausgenommen, dürfen dafür aber ebenso wie Studierende ihre Angehörigen nicht mehr mitbringen.

Auch Briten müssen künftig mehr als 38.000 Pfund verdienen, wenn sie ihre ausländischen Partner zu sich holen wollen. Das ist mehr als doppelt so viel wie bisher und mehr als das Durchschnittseinkommen. 73 Prozent der Briten seien nun zu arm, um eine Ausländerin oder einen Ausländer zu heiraten, kommentierte der Satiriker Tom Peck in der »Times«.

czl/dpa

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

Bundesregierung schließt Migrationsabkommen mit Georgien

SPIEGEL ONLINE

15. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Abschiebungen

Length: 213 words

Byline: Rasmus Buchsteiner

Highlight: Georgier, die nach Deutschland kommen, erhalten nur sehr selten Asyl. Ein Abkommen der Bundesregierung soll nun Abschiebungen erleichtern und zugleich die Einwanderung von Arbeitskräften.

Body

Deutschland und Georgien wollen in Zukunft bei Migration und Rückführungen enger zusammenarbeiten. »Wir ermöglichen die Einwanderung von Fachkräften«, sagt Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), »zugleich vereinbaren wir verbindlich, dass Menschen ohne Bleiberecht in Deutschland wieder zurückkehren.«

Anfang nächster Woche reist Faeser zur Unterzeichnung eines Migrationsabkommens nach Georgien. Aktuell verhandelt Deutschland unter anderem mit Moldau, Kenia, Kolumbien, Usbekistan, Kirgisistan und Marokko über ähnliche Abkommen.

»Menschen in Georgien droht in aller Regel keine politische Verfolgung. Die Anerkennungsquote von Asylanträgen liegt bei 0,3 Prozent«, sagt Faeser. Die Vereinbarung sei »ein weiterer Schritt zu einer wirksamen Begrenzung der irregulären Migration«.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gab es im laufenden Jahr bis Ende November 8062 Asylersuchen von Georgiern. Im Moment leben 7857 ausreisepflichtige Georgier in Deutschland, 5422 davon mit Duldung. Von Jahresbeginn bis Ende Oktober sind 1179 Georgier abgeschoben worden.

An diesem Freitag sollte der Bundesrat über die Einstufung der Republik Moldau und Georgiens als sichere Herkunftsstaaten entscheiden. Ziel ist es, abgelehnte Asylbewerber aus diesen Ländern schneller zurückzuführen.

buc

Load-Date: December 15, 2023

Union wirft Ampel Fahrlässigkeit in der Migrationspolitik vor

SPIEGEL ONLINE

30. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Kein Wort zur Migrationskrise«

Length: 594 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Zahl der Schutzsuchenden steigt, die Kommunen ächzen – doch laut Unionsfraktionschef Merz kümmere sich Kanzler Scholz bisher herzlich wenig. Nun plant die Union einen eigenen **Flüchtlingsgipfel**.

Body

Bei seiner Regierungsbefragung hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch das Thema **Migration** nonchalant beiseite gewischt. Auf den Vorwurf der Unionsfraktion, das »irreguläre Ausmaß« an Zuwanderung zu ignorieren, verwies der Kanzler auf Finanzmittel, mit denen die Kommunen ja unterstützt wurden. Niemand werde allein gelassen.

Die Lesart will Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) so nicht stehen lassen. Die »Gleichgültigkeit« des Kanzlers sei »fahrlässig«, sagte Merz nun der »Bild«-Zeitung: »Scholz' Verhalten erschüttert das Vertrauen der europäischen Partner in Deutschland.«

Laut Merz wurden im vergangenen Jahr 244.000 Asylanträge in Deutschland gestellt. Im laufenden Jahr gebe es schon jetzt jeden Monat 30.000 Einwanderer nach Deutschland, überwiegend Geflüchtete und Asylbewerber. Davon komme nur noch ein kleiner Teil aus der Ukraine, der größere aus dem Nahen und Mittleren Osten.

Der CDU-Innenexperte Alexander Throm sekundierte gegenüber der Nachrichtenagentur dpa: »Vom Kanzler Scholz hat man noch immer kein Wort zur Migrationskrise gehört, bei der CDU/CSU ist das Thema dagegen längst Chefsache.«

Union lädt zum Migrationsgipfel

Die »Chefsache« soll heute am späten Nachmittag diskutiert werden: Die Spitze der Unionsfraktion will mit Kommunalvertretern über Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration diskutieren. Nach Angaben aus der Unionsfraktion wollen knapp 400 Kommunalpolitiker zu der Veranstaltung kommen. Die Kommunen fordern von Bund und Ländern eine langfristige Strategie zur Flüchtlingsaufnahme.

Nur wenn es diese gebe, könne Deutschland der humanitären Verantwortung gegenüber Schutzbedürftigen gerecht werden, heißt es in der Fraktion. Ein Bund-Länder-Gipfel mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) zu Flüchtlingskosten ist erst für den 10. Mai geplant.

Union wirft Ampel Fahrlässigkeit in der Migrationspolitik vor

»Wir werden nicht länger dabei zusehen, wie die Hilferufe der Kommunen in dieser Krise ungehört bleiben«, kündigte Throm an. Die Verantwortlichen aus den Kommunen und Landkreisen müssten auch im Bundestag »das Gehör finden, das die Ampel ihnen anscheinend nicht gewähren will«. Die Unionsfraktion will nach Throms Worten nach der Diskussion mit den Kommunalvertretern im Bundestag einen Antrag einbringen, der auf den Erfahrungen und Bedürfnissen der Städte, Gemeinden und Landkreise aufbaue.

»Rückführungen schneller und effektiver« machen

Auf einen Verbündeten in der Ampel könnte die Unionsfraktion laut einem Medienbericht der Mediengruppe Bayern zählen. Die FDP-Bundestagsfraktion drängt demnach die Regierung mit einem Positionspapier, die stark angewachsene Zuwanderung von Asylbewerbern zu reduzieren. Die hohen Flüchtlingszahlen und die angespannte Lage bei der Unterbringung in den Kommunen drohe die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für Einwanderung insgesamt zu schmälern, heißt es in dem Papier von Vize-Fraktionschef Konstantin Kuhle und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Stephan Thomae.

Sie fordern unter anderem, dass »der Ausreisegewahrsam auf 28 Tage verlängert« wird – bisher kann ein Richter dies für 10 Tage anordnen, etwa wenn ein Ausländer seine Abschiebung voraussichtlich vereiteln will. Die FDP pocht auch auf die zügige Umsetzung eines Punkts aus dem Koalitionsvertrag: nämlich zu klären, ob Asylanträge in Drittstaaten geprüft werden könnten. Ferner fordert die Koalitionsfraktion mehr Kompetenzen für die Bundespolizei bei der Rückführung von Ausreisepflichtigen, die sie in ihrem Zuständigkeitsbereich aufgreift. Thomae sagte den Zeitungen der Mediengruppe, es müssten »Rückführungen schneller und effektiver« gemacht werden.

mrc/dpa

Graphic

dpa - Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU)

Load-Date: March 30, 2023

Steinmeier sieht Deutschland bei Flüchtlingsaufnahme an Belastungsgrenze

SPIEGEL ONLINE

20. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bundespräsident vor Sizilienreise

Length: 265 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Tausende Migranten kommen momentan fast täglich in Italien an, Deutschland hat die Übernahme von Menschen aus dem Land jedoch ausgesetzt. Nun fordert Bundespräsident Steinmeier mehr Kontrolle an den Außengrenzen.

Body

Das deutsch-italienische Verhältnis ist derzeit angespannt. Während zuletzt mitunter täglich Tausende Asylsuchende nach der Überfahrt aus Nordafrika die kleine süditalienische Insel Lampedusa erreichten, hat Deutschland die Aufnahme von Migranten aus Italien über den freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus ausgesetzt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat nun Verständnis dafür geäußert, dass beide Länder bei der Aufnahme Geflüchteter an ihre Grenzen kommen. Er nehme es »ernst, wenn ich aus Italien, aber auch aus deutschen Städten laute Hilferufe höre«, sagte Steinmeier in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung »Corriere della Sera« vor einem Besuch auf Sizilien.

Deutschland habe im ersten Halbjahr mehr als ein Drittel aller Asylanträge innerhalb der EU gehabt, zudem lebten mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. »Deshalb ist Deutschland, wie Italien auch, an der Belastungsgrenze«, sagte Steinmeier.

Hintergrund des deutschen Aufnahmestopps aus Italien ist laut Bundesinnenministerium, dass die italienische Regierung sich weigere, Geflüchtete in Deutschland nach den Dublin-Regeln der Europäischen Union wieder zurückzunehmen.

Steinmeier rief nun zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf: »Wir müssen uns alle anstrengen, damit die Lasten tragbar bleiben und die Zahlen der Ankommenden wieder sinken.« Nötig seien eine gerechte Lastenteilung in Europa und eine strengere Kontrolle und Überwachung der europäischen Außengrenzen. »Das verbrecherische Geschäft der Schleuser müssen wir entschieden bekämpfen«, sagte Steinmeier.

fek/dpa

Load-Date: September 20, 2023

Steinmeier sieht Deutschland bei Flüchtlingsaufnahme an Belastungsgrenze

End of Document

Deutschland will rascher abschieben Kabinett beschließt Gesetzentwurf

SPIEGEL ONLINE

25. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND

Length: 705 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Die Bundesregierung hat sich nach Angaben aus Regierungskreisen auf schärfere Regelungen für Abschiebungen verständigt, trotz des Widerstands der Grünen. Das neue Gesetz soll verhindern, dass Rückführungen in letzter Sekunde scheitern.

Body

Die Bundesregierung will abgelehnte Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht rascher abschieben. Das Bundeskabinett billigte nach Angaben aus Regierungskreisen einen entsprechenden Gesetzentwurf, den Innenministerin Nancy Faeser (SPD) vorgelegt hatte. Darin ist unter anderem vorgesehen, die Höchstdauer des sogenannten Ausreisegewahrsams von derzeit 10 auf 28 Tage zu verlängern. Außerdem sind erweiterte Befugnisse von Behörden sowie ein härteres Vorgehen gegen Schleuser geplant. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung vor allem die Zahl der kurzfristig gescheiterten Abschiebungen reduzieren. Es muss noch vom Bundestag verabschiedet werden.

Sowohl Kanzler Olaf Scholz als auch Faeser hatten betont, dass man die Abschiebungen beschleunigen müsse. Scholz hatte sich zuletzt im Gespräch mit dem SPIEGEL für eine härtere Abschiebungspolitik ausgesprochen. Er hatte gesagt: »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.« Wer keine Bleibeperspektive in Deutschland habe, »weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen kann, muss zurückgehen«, so der Bundeskanzler. Die Aussagen hatten selbst innerhalb der SPD eine heftige Debatte ausgelöst.

Innenministerium geht von 50.000 ausreisepflichtigen Menschen aus

Die Maßnahmen gehören zu einem Migrationspaket, auf das man sich innerhalb der Ampelkoalition geeinigt hatte. Es umfasst auch schnellere Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete.

Das Bundesinnenministerium schätzt die Zahl der ausreisepflichtigen Menschen auf rund 50.000. Faeser hatte darauf verwiesen, dass in diesem Jahr die Zahl der Abschiebungen rund 27 Prozent über der des Vorjahreszeitraums liege. Innerhalb der Koalition gibt es teilweise Kritik an der Gesetzesverschärfung, auch innerhalb der SPD selbst. Der Beschluss ist jedoch vor allem für die Grünen ein harter Schlag, die in der Asyl- und Migrationspolitik eine weniger strenge Position vertreten. Sie kritisieren teilweise zu weitgehende Grundrechtsbeschränkungen. Die FDP hatte dagegen längst eine Verschärfung gefordert.

Deutschland will rascher abschieben Kabinett beschließt Gesetzentwurf

Kritik gibt es aber auch teilweise in den Bundesländern, die für Abschiebungen zuständigen sind. Sie und die Opposition bemängeln, dass Rückführungen nur möglich sind, wenn die Herkunftsländer die Rücknahme der Menschen auch akzeptieren. Dies sei aber oft nicht der Fall. Deshalb verhandelt der Sonderbeauftragte der Bundesregierung, Joachim Stamp, seit Monaten über solche Abkommen.

Pro Asyl kritisiert Verschärfung als »rechtsstaatlich fragwürdig«

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hatte die Pläne der Ampel für mehr Abschiebungen als »rechtsstaatlich fragwürdige Verschärfungen« kritisiert. Faesers Gesetzentwurf sehe »schwerwiegende Eingriffe in Grundrechte ohne jede Verhältnismäßigkeit« vor, erklärte die Organisation noch vor der Entscheidung des Bundeskabinetts. Das Vorhaben werde »dem Rechtspopulismus weiter Vorschub leisten« und Kommunen nicht wie behauptet entlasten.

»Verschärfte Abschiebungsregeln werden kaum dazu führen, dass nennenswert mehr Menschen abgeschoben werden«, erklärte die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith. »Aber sie führen zu noch mehr Härte und Verletzungen der Grundrechte.« Schon jetzt sei »jede zweite Abschiebungshaft rechtswidrig, schon jetzt werden Familien getrennt und Kinder nachts aus dem Schlaf gerissen«.

Die von Innenministerin Faeser vorgeschlagenen Maßnahmen griffen unter anderem in die Grundgesetzrechte auf Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung sowie informelle Selbstbestimmung und Privatsphäre ein, erklärte Pro Asyl. Die Organisation forderte »alle demokratischen Parteien im Bundestag auf, Ziel und Mittel des Abschiebengesetzes zu hinterfragen«.

Zudem kritisierte Pro Asyl die öffentliche Debatte über ausreisepflichtige Menschen als »oft verzerrt«. Die Organisation bezweifelte, dass das Abschiebe-Gesetz zu einer Entlastung der Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen führen werde. Denn derzeit bekämen 71 Prozent der Menschen, die einen Asylantrag stellten, Schutz in der Bundesrepublik. Dies beweise, »dass der allergrößte Teil der Menschen, die nach Deutschland kommen und Schutz suchen, sehr gute Asylgründe hat. Deshalb sollte der Fokus auf ihrer Aufnahme und nicht auf Abschiebungen liegen«.

col/Reuters/dpa/AFP

Load-Date: October 25, 2023

Berlin will Familien mit Kindern von schärferen Grenzverfahren ausnehmen

SPIEGEL ONLINE

05. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; EU-Asylpolitik

Length: 588 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die EU-Länder wollen Schutzsuchende künftig an der EU-Außengrenze abfertigen, diese Woche wird in Luxemburg darüber beraten. Die Bundesregierung zieht mit will allerdings für eine Ausnahme »hart« verhandeln.

Body

Die Ampel will sich deutlich schärferen Asylkontrollen an den EU-Außengrenzen anschließen. Am Donnerstag beraten dazu die EU-Innenminister in Luxemburg. Nun geben die Grünen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) eine Einschränkung mit: Familien mit Kindern sollen nach ihrem Wunsch von möglichen Vorprüfungen von Asylanträgen an den EU-Außengrenzen ausgenommen werden. Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck unterstützen den Vorschlag.

Grenzverfahren seien »ohne Frage problematisch«, sagte Habeck laut einer Mitteilung in der Nacht zum Montag. »Grenzverfahren brauchen Grenzen. Die Menschen müssen untergebracht und versorgt werden. Sie dürfen dort nur kurze Zeit sein. Familien mit Kindern, Schwangere sollten ausgenommen werden.«

Die EU-Innenminister wollen in Luxemburg zur seit Jahren strittigen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) beraten. Es geht unter anderem um die Frage, ob es Vorprüfungen von Asylanträgen schon an den EU-Außengrenzen geben soll. Die Bundesregierung will durchsetzen, dass Minderjährige unter 18 und Familien mit Kindern diese Verfahren nicht durchlaufen müssen. Im Ursprungsvorschlag der EU-Kommission heißt es bereits: »Unbegleitete Kinder und Kinder unter 12 Jahren mit ihren Familienangehörigen sind vom Grenzverfahren ausgenommen, sofern keine Sicherheitsbedenken bestehen.«

»Deshalb verhandeln wir in Brüssel hart«

Baerbock erklärte, der Kommissionsvorschlag sei die einzige Chance, auf absehbare Zeit zu einem »geordneten und humanen Verteilungsverfahren« zu kommen. »Deshalb verhandeln wir in Brüssel hart, um sicherzustellen, dass niemand länger als einige Wochen im Grenzverfahren stecken bleibt, dass Familien mit Kindern nicht ins Grenzverfahren kommen, dass das Recht auf Asyl im Kern nicht ausgehöhlt wird.«

Die EU-Beratungen böten eine »realistische Chance, in der verfahrenen Situation zu einem humanen und geordneten Verteilungsmechanismus zu kommen und Schutzsuchenden, die vor Krieg und Folter fliehen, eine Perspektive in Europa zu geben«, sagte Habeck weiter. »Und ich finde, Annalena Baerbock hat recht: Die Arbeit dafür lohnt sich.«

Berlin will Familien mit Kindern von schärferen Grenzverfahren ausnehmen

»Wir haben seit vielen Jahren kein funktionierendes europäisches Asylsystem mit der Folge, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, dass Familien jahrelang in menschenunwürdigen Zuständen in Lagern an den Grenzen feststecken«, beklagte Habeck. Zu oft würden die EU-Länder an den Außengrenzen allein gelassen.

Union kritisiert Aufweichung

Die Union kritisiert die angepeilte Ausnahme. Die Regierung versuche, den Ursprungsvorschlag der EU-Kommission »an verschiedenen Stellen weiter aufzuweichen«, sagte der Parlamentsgeschäftsführer der Bundestagsfraktion, Thorsten Frei (CDU), dem Berliner »Tagesspiegel« vom Sonntag. »Wenn man Familien von den Verfahren an den Außengrenzen ausnimmt, schwächt das den Ansatz.« Auf deren Bedürfnisse müsse und könne in den Verfahren selbst Rücksicht genommen werden.

Hintergrund der EU-Beratungen sind die gestiegenen Migrantenzahlen. Seit Monaten versuchen sehr viele Menschen, von Nordafrika über das Mittelmeer Süditalien zu erreichen. Nach Angaben aus Rom kamen seit Januar mehr als 50.000 Migrantinnen und Migranten auf Booten nach Italien. Dem Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zufolge starben seit Jahresanfang bei Überfahrten mehr als 980 Menschen oder werden seither vermisst.

In Deutschland wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres gut 100.000 Asylersanträge vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entgegengenommen, eine Zunahme um rund 78 Prozent.

mrc/dpa

Graphic

EPA - Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne): »...dass das Recht auf Asyl im Kern nicht ausgehöhlt wird«

Load-Date: June 5, 2023

Habeck will mehr Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vorschlag aus Grünenfraktion

Length: 471 words

Byline: Gerald Traufetter

Highlight: »Hürden sind zu hoch«: Der Bundeswirtschaftsminister fordert mehr Pragmatismus, um Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren. So weit wie seine Parteifreundin Katharina Dröge will er aber nicht gehen.

Body

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck(Grüne) unterstützt Forderungen aus seiner Partei, die Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete zu erleichtern. »Die Beschäftigungsquote in Deutschland ist unterdurchschnittlich«, sagte Habeck dem SPIEGEL. Das gelte für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer, aber auch für Flüchtlinge aus anderen Ländern.

»Die Hürden sind zu hoch. Es braucht da mehr Pragmatismus«, sagte Habeck. »Die Flüchtlinge, die jetzt schon hier sind, sollten schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. Raus aus dem Sozialsystem, rein in die Beschäftigung, damit man möglichst seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann.« Ein komplettes Aufheben sämtlicher Arbeitsverbote für Geflüchtete, wie es die Co-Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, Katharina Dröge, vorgeschlagen hatte,fordert Habeck allerdings nicht.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatte kürzlich darauf gedrängt, Asylbewerbern relativ bald nach ihrer Ankunft eine Arbeitserlaubnis zu geben, falls sie Aussicht auf eine Anerkennung haben. Arbeit könne einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten, hieß es, der Bedarf auf dem Arbeitsmarkt sei da.

Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), sprach sich dafür aus, dass »alle Asylsuchenden, bei denen die Identität geklärt ist, so schnell wie möglich arbeiten dürfen«. Sie verwies darauf, dass bereits heute 770.000 unbesetzte Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet seien. »Bis 2035 werden fünf Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter fehlen«, erklärte sie. »Darum müssen wir alle Potenziale nutzen. Fachkräfte aus dem Ausland, aber auch diejenigen, die bereits hier sind.«

Aus der Union kam hingegen die Forderung, Arbeitsmöglichkeiten nur auf anerkannte Asylbewerber zu beschränken. So lehnt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) eine sofortige Arbeitserlaubnis für jeden Geflüchteten ab. »Anstatt noch mehr Anreize für noch mehr illegale Migration zu setzen, sollte die Bundesregierung besser ihre Hausaufgaben erledigen und nicht von eigenen Versäumnissen ablenken. Für eine schnellere Zuwanderung von Fachkräften muss das Auswärtige Amt endlich die Vergabe von Arbeitsvisa an den deutschen Botschaften beschleunigen«, sagte der CSU-Politiker.

Habeck will mehr Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge

Es könne nicht sein, dass man monatelang auf sein Visum warten müsse, wenn man in Deutschland wirklich arbeiten möchte – zugleich aber »illegal Eingereiste gleich arbeiten dürften«, sagte Herrmann. Aus seiner Sicht sei es naiv zu glauben, »dass alle Geflüchteten tatsächlich in Deutschland arbeiten wollen«. Daher müsse auch an die Belastung der Sozialsysteme gedacht werden. »Auch für die Akzeptanz der Zuwanderung in der Bevölkerung ist es wichtig, dass die Menschen nicht von Leistungen des Staates leben, sondern ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften«, sagte Herrmann.

gt/kno/dpa

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

SPD und FDP wollen Abschiebungen forcieren

SPIEGEL ONLINE

07. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Neues Migrationspaket der Ampel

Length: 483 words

Byline: Serafin Reiber

Highlight: Politiker der Ampelkoalition arbeiten offenbar an einem neuen Gesetzespaket zur Migration. Im Zentrum stehen der Zugang zum Arbeitsmarkt und Familiennachzüge, aber auch Abschiebungen.

Body

Die Ampelkoalition plant, den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie den Familiennachzug für Asylbewerber und Geduldete zu vereinfachen. Nachdem der Bundestag im Herbst ein »Migrationspaket« verabschiedet hatte, plant Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) offenbar noch mehr: ein Migrationspaket II mit dem Arbeitstitel »Familien- und Arbeitsmarktintegrationsgesetz«.

Noch ist kein Referentenentwurf öffentlich geworden, gleichwohl äußerten sich Migrationspolitiker der Ampel in der Zeitung »Welt« zu dem Vorhaben. »Mit dem so genannten Migrationspaket II werden wir die Integration von Zugewanderten, die Familienzusammenführung und die Rückführungen in den Fokus nehmen«, so SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. »Ebenfalls wichtig werden die Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang sein, die wir schaffen werden – denn auch in absehbarer Zeit werden uns in Deutschland Fachkräfte fehlen.«

Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Filiz Polat, nannte gegenüber der »Welt« einige Details. »Geflüchtete sollen nicht mehr verpflichtet werden, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen, wenn sie bei Verwandten unterkommen könnten«, sagte sie. Damit würden zügig »freie Kapazitäten geschaffen, die Integration erleichtert und die Unterbringung in Turnhallen« vermieden.

»Integrationsfeindliche Praxis der Arbeitsverbote« soll enden

Die »integrationsfeindliche Praxis der Arbeitsverbote für Geflüchtete« will die Koalition demnächst abschaffen. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums teilte mit, »zu Zeitplänen und Detailkonzepten« derzeit noch keine Aussage treffen zu können. Mit dem Paket wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags umgesetzt.

»Einen Schub« erwarte die Koalition bei den Rückführungen dank Einsetzung des neuen Migrationsbeauftragten Joachim Stamp (FDP), so SPD-Politiker Wiese. »Mit seinem Arbeitsfeld, die Aushandlung von Migrations- und Rückführungsabkommen, unterstützt er einen sehr wesentlichen Bereich in der bisherigen Migrationspolitik.«

SPD und FDP wollen Abschiebungen forcieren

Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thomae, forderte die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf, Rückführungen zu forcieren. Der von ihr geplante Flüchtlingsgipfel sei »ein wichtiges Signal, denn die Kommunen kommen an ihre Kapazitätsgrenzen«, sagte Thomae der »Welt«.

Grundrecht auf Asyl »unantastbar«

»Natürlich bleibt das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge unantastbar«, so der FDP-Politiker. »Um die Kommunen zu entlasten, müssen wir aber dafür sorgen, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, unser Land schnell wieder verlassen.«

Schon im vergangenen Jahr habe die Koalition die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beschleunigung der Asyl- und Asylgerichtsverfahren geschaffen, sagte Thomae weiter. »Eine tragfähige Lösung in der Migrationspolitik kann aber auf lange Sicht nur eine europäische Lösung sein«, sagte er. Innenministerin Faeser müsse sich dafür einsetzen.

fin/AFP

Graphic

IMAGO/Rüdiger Wölk - Fußgängerzone in Münster: Ampel will Zuwanderung erleichtern

Load-Date: February 7, 2023

Berliner Landesamt für Flüchtlinge meldet Ende der Aufnahmekapazität

SPIEGEL ONLINE

19. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Quasi bei null«

Length: 515 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: In Berlin werden Plätze in Unterkünften für Geflüchtete knapp. Die Sozialsenatorin des Landes rechnet nicht mit einem Ende der Zuwanderung. Die Union stellt sich derweil gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Italien.

Body

Berlinerreicht bei der Unterbringung von Geflüchteten allmählich die Grenzen der dem Land zur Verfügung stehenden Kapazitäten. »Die Kapazität in den Unterkünften liegt quasi bei null«, teilte ein Sprecher des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mit. Demnach stehen noch 274 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung, bereits belegt seien 31.889 Plätze (Stand 15. September).

»Eine Reserve muss das LAF für Menschen aus dem Landesaufnahmeprogramm vorhalten, die im September in Berlin erwartet werden«, sagte Sprecher Sascha Langenbach. Das seien rund 230 Personen. »Auch im September 2023 sind die Ankunftsahlen sehr hoch und mit den zur Verfügung stehenden Plätzen nicht in Korrelation zu bringen.«

In den Monaten von Januar bis August haben 9936 Personen Asyl in Berlin gesucht. Im Vorjahreszeitraum waren es nach LAF-Daten rund 3000 weniger. Allein in den beiden vergangenen Monaten Juli und August sind 1506 beziehungsweise 1869 Asylsuchende nach Berlin gekommen. Hauptherkunftsländer sind Syrien, die Türkei, Afghanistan, Georgien und Moldau. Gleichzeitig kamen von Januar bis August etwa 11.000 Menschen aus der Ukrainenach Berlin zusammen also rund 21.000.

Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) sieht noch keine Trendwende: »Die Zuwanderung nimmt nicht ab, und mit dem kommenden Winter kann es sein, dass sich die Lage wieder dynamisiert. Es sei unabdingbar, weiter auf Großunterkünfte zu setzen, so Kiziltepe, »weil unsere klare Ansage weiterhin gilt: Jeder Mensch, der nach Berlin kommt und Hilfe sucht, bekommt ein Bett und ein Dach über dem Kopf.« Der Berliner Senat lässt wegen der angespannten Lage am Dienstag erneut eine Taskforce tagen.

Union: »Deutschland trägt Hauptlast«

Die Union spricht sich derweil gegen eine Aufnahme weiterer Geflüchteter aus dem italienischen Lampedusaaus, wo in den vergangenen Tagen Tausende angekommen waren. »Deutschland trägt seit Jahren die Hauptlast in dieser Migrationskrise«, sagte Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) der »Rheinischen Post«. In ganz

Berliner Landesamt für Flüchtlinge meldet Ende der Aufnahmekapazität

Italienseien in diesem Jahr bis Juni rund 62.000 Asylanträge gestellt worden, sagte er. »In Deutschlandwaren es hingehen 162.000.«

Die Angebote der Bundesregierung, Flüchtlinge direkt von der Insel Lampedusa zu übernehmen, seien daher abwegig. »In dieser schwierigen Phase erwarten die Bürger zu Recht, dass sich die Bundesregierung nicht in hektischen Einzelaktionen verliert, sondern einen Kurswechsel in der Asylpolitik einleitet«, betonte Frei. Viele Städte und Gemeinden seien komplett überfordert. Auch die mitregierende FDP hatte sich zuletzt für eine Begrenzung der Aufnahme Geflüchteter aus Italien ausgesprochen.

Der CSU-Politiker Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) drängte ebenfalls auf einen Kurswechsel der Bundesregierung. »Europa ist de facto in einer neuen Migrationskrise«, sagte Weber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Kanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser (beide SPD) müssten ihre »Verweigerungshaltung« aufgeben. »Neben Humanität braucht es endlich strikte Steuerung und Begrenzung.«

fek/dpa/AFP

Load-Date: September 19, 2023

End of Document

Kretschmer bringt Obergrenze von 200.000 Asylanträgen pro Jahr wieder ins Spiel

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migrationspolitik

Length: 422 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Von Seehofer gefordert, von Merkel beerdigt nun wiederentdeckt: Sachsens Ministerpräsident will eine Obergrenze von 200.000 Geflüchteten im Jahr. Auch eine Änderung des Grundgesetzes schwebt ihm vor.

Body

Im Jahr 2016 wollte die Union den Zuzug von Schutzsuchenden beschränken. Der damalige Innenminister Horst Seehofer(CSU) schlug eine »Obergrenze« von 200.000 Personen im Jahr vor, Kanzlerin Angela Merkel(CDU) war dagegen. Nun ist die Idee wieder da, ins Spiel gebracht vom sächsischen Ministerpräsident Michael Kretschmer(CDU).

Er hält mit Blick auf aktuelle Fluchtzahlen eine jährliche Obergrenze für den Zuzug von Migrantinnen und Migranten für notwendig. »Wir haben in den Jahren 2015 folgende miteinander einen Konsens erzielt, [...] dass die Grenze irgendwo bei 200.000 Personen ist, die wir hier gut integrieren können«, sagte der CDU-Politiker im ZDF.

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr rund 244.000 Anträge auf Asyl in Deutschlandgestellt. In diesem Jahr waren es demnach allein bis April mehr als 110.000 Anträge. »Wir wollen solidarisch sein, aber wir kommen an die Grenzen dessen, was möglich ist«, sagte Kretschmer. Man sei auf dem Weg zu 400.000 bis 500.000 Anträgen. Deutschland müsse handeln. »Und wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das auch tun.«

Notfalls Grundgesetz ändern?

Kretschmer hatte sich zuletzt in Interviews dafür ausgesprochen, Sozialleistungen für Asylbewerber zu kürzen. Zugleich schlug er eine Kommission vor, die sich mit allen Fragen rund um Asyl befassen soll. Auch eine Verfassungsänderung schwebt ihm vor, das Asylrecht müsse gegebenenfalls aus dem Grundgesetz verschwinden. Deutschland müsse sich »Handlungsmacht organisieren, und wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das auch tun«, sagte Kretschmer.

In Sachsensorgten seine Äußerungen für eine Kontroverse. Linke-Fraktionschef Rico Gebhardt warf Kretschmer vor, sich als »Vorkämpfer für die Einhaltung von Gesetzen« zu produzieren, um sie gleichzeitig zu verletzen. Kretschmer wisse selbst, dass seine Forderung zur Verringerung der Geldzahlungen für Asylbewerber nicht im Einklang mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stehe. Auch von den Koalitionspartnern gab es

Kretschmer bringt Obergrenze von 200.000 Asylanträgen pro Jahr wieder ins Spiel

Kritik. Die Grünen würden eine Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl ablehnen, sagte Fraktionsvize Lucie Hammecke.

Seehofer hatte in seiner Zeit als Bundesinnenminister über Monate einen Streit mit Merkel ausgetragen, weil er solch eine Obergrenze wollte. Am Ende einigte sich die Unionsfraktion auf ein Kompromisspapier. Man wolle erreichen, dass die Zahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen »200.000 Menschen im Jahr nicht übersteigt«, hieß es im Oktober 2017 darin.

mrc/dpa

Graphic

dpa - Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU): »Wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das tun«

Load-Date: June 2, 2023

Pro Asyl bezeichnet Faesers Flüchtlingspläne als »alte Seehofer-Rezepte«

SPIEGEL ONLINE

09. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migrationspolitik

Length: 485 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Vor dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern zeigen sich Menschenrechtsaktivisten besorgt. Die Pläne der Ampelregierung zum Umgang mit Geflüchteten erinnerten an die Linie des damaligen Innenministers Seehofer.

Body

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl blickt mit großer Sorge auf den Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am morgigen Mittwoch. Die Pläne der Bundesregierung für das Treffen ließen »Schlimmes erahnen«, teilte die Organisation mit. Der Bund setze wie die Vorgängerregierung auf sogenannte Anker-Zentren und sichere Herkunftsstaaten, außerdem auf längere Abschiebungshaft und stärkere Abschottung an den Außengrenzen, so die Kritik.

Die Pläne des Innenministeriums unter Nancy Faeser (SPD) zum Umgang mit Geflüchteten weisen Ähnlichkeiten zur Linie ihres Amtsvorgängers Horst Seehofer (CSU) auf (mehr dazu lesen Sie hier in der aktuellen SPIEGEL-Ausgabe.) Für Pro Asyl ist dies der falsche Weg: »Anstatt den Bundesländern bei der Finanzierungsfrage entgegenzukommen, will die Bundesregierung sie mit Gesetzesverschärfungen auf Kosten der Geflüchteten ruhigstellen.«

Ministerin Faeser »setzt dabei auf alte Seehofer-Rezepte, die den Druck auf geflüchtete Menschen erhöhen, sie isolieren und letztlich vor allem ein Ziel haben: dass möglichst wenige Fliehende nach Deutschland kommen«.

Die Menschenrechtsorganisation warf der Regierung »Abschiebungs- und Abschottungsaktionismus« vor. Die meisten Schutzsuchenden kämen aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, Türkei oder Iran, in denen Gewalt, Diktatur und Verfolgung herrsche. »Diese Menschen haben ein Recht auf Schutz«, sagte die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith.

Mit dem Anker-Konzept, das die zentrale Unterbringung von Asylsuchenden beinhaltet, wolle die Bundesregierung ein »Prestigeprojekt« Seehofers aufwärmen, so der Vorwurf. Dabei stehe eindeutig im Koalitionsvertrag: »Das Konzept der Anker-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt.« Die gewünschte Beschleunigung von Asylverfahren werde durch die Zentren nicht erreicht, sie sei mit 77 statt 82 Tagen kaum kürzer, betonte Pro Asyl mit Blick auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf).

Pro Asyl bezeichnet Faesers Flüchtlingspläne als »alte Seehofer-Rezepte«

Auf Widerstand stoßen auch Pläne der Bundesregierung, Georgien und die Republik Moldau als sogenannte sichere Herkunftsstaaten zu klassifizieren. Das sei »realitätsfern«, so Pro Asyl.

Beim Bund-Länder-Streit droht eine weitere Eskalation

Bei dem Flüchtlingsgipfel zwischen Bund und Ländern am morgigen Mittwoch droht der Streit um die Finanzierung der Versorgung von Geflüchteten weiter zu eskalieren. Die Länder sehen sich mit steigenden Kosten konfrontiert und fordern mehr Geld von Berlin. Der Bund will Länder und Kommunen jedoch nicht stärker finanziell unterstützen.

Die beiden Seiten argumentieren sogar mit deutlich unterschiedlichen Zahlen bei den Geldern, die für die Versorgung von Geflüchteten und Asylbewerbern verfügbar sind. Die Positionen sind so weit voneinander entfernt, dass es möglich ist, dass bei dem Gipfel eine Einigung zwischen dem Kanzleramt und den Bundesländern ausbleibt. Der Streit könnte sich deshalb über weitere Monate hinziehen.

col/AFP

Graphic

picture alliance/dpa - Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD)

Load-Date: May 9, 2023

Faeser spricht sich gegen EU-Asylverfahren in Drittstaaten aus

SPIEGEL ONLINE

31. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migrationsdebatte

Length: 489 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Asylverfahren nur noch außerhalb Europas? CDU und FDP bringen diese Idee wieder ins Spiel. SPD-Innenministerin Nancy Faeser reagiert in Marokko ablehnend auf die Forderungen.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hält wenig von Vorschlägen aus Union und FDP, Asylverfahren von EU-Staaten in nordafrikanische Staaten auszulagern. Die von ihr geplanten Migrationsabkommen mit einzelnen Herkunftsstaaten von Asylbewerbern seien »zielführender«, sagte sie am Dienstag nach einem Gespräch mit dem marokkanischen Außenminister Nasser Bourita in der Hauptstadt Rabat. Es sei aber gemeinsames Ziel der Koalition, »dass wir die Kommunen nachhaltig entlasten in Deutschland«, fügte sie hinzu.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte am Montag gefordert, Asylsuchende nach einem Aufgreifen in europäischen Partnerländern entlang der Fluchtrouten zu bringen, »damit dort Verfahren und Schutzgewährung nach rechtsstaatlichen Regeln stattfinden«.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte der »Süddeutschen Zeitung«, auch seine Partei befürworte so eine Durchführung von Asylverfahren in Drittländern außerhalb der EU. »Eine solche Regelung würde Klarheit über den Schutzstatus schaffen und verhindern, dass sich Menschen ohne Perspektive auf die gefährliche Route übers Mittelmeer begeben. Das ist auch eine Frage der Menschlichkeit.« Sowohl CDU als auch FDP haben in den vergangenen Wochen immer weitere Asylrechtsverschärfungen ins Spiel gebracht.

Über Asylverfahren in Drittstaaten wird in Europa schon seit Jahren diskutiert, unter anderem Dänemark setzte sich bei den Verhandlungen über ein neues europäisches Asylsystem dafür ein. Bislang hat kein nordafrikanisches Land die Bereitschaft erkennen lassen, Asylverfahren für die EU durchzuführen. Ein Gericht untersagte zuletzt ähnliche Pläne der britischen Regierung, die Asylsuchende nach Ruanda ausfliegen wollte. Das Land könne nicht als sicher gelten, hieß es im Urteil.

Nächster Migrationsgipfel steht an

Innenministerin Faeser sprach in Marokko vor allem über die Zusammenarbeit in Migrations- und Sicherheitsfragen. Die SPD-Politikerin nutzte ihren Aufenthalt auch, um auf die Möglichkeiten des deutschen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hinzuweisen. Marokkanische Regierungsvertreter betonten zwar, Ärzte und

Faeser spricht sich gegen EU-Asylverfahren in Drittstaaten aus

Ingenieure würden auch im eigenen Land benötigt. Generell steht die Regierung des Königreichs der Erwerbsmigration nach Deutschland angesichts der relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit jedoch positiv gegenüber.

Außerdem hofft man wohl auf Investitionen durch Rückkehrer sowie auf noch mehr Überweisungen von Marokkanern, die im Ausland leben. Das Geld, das sie an ihre Familien daheim schickten, machte im vergangenen Jahr mehr als acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.

In Berlin steht am 6. November der Bund-Länder-Gipfel an, bei dem auch über die deutsche Migrationspolitik gesprochen werden wird. Die Kommunen fordern von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mehr Geld für die Unterbringung von Asylsuchenden. Scholz, der im SPIEGEL zuletzt Abschiebungen »im großen Stil« gefordert hatte, will hingegen die Union für einen Asylkompromiss gewinnen.

slü/dpa

Load-Date: October 31, 2023

End of Document

Faeser warnt vor akuter Gefahr durch Islamisten in Europa

SPIEGEL ONLINE

05. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; EU-Innenministertreffen

Length: 386 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Innenministerinnen und Innenminister der EU wollten in Brüssel vor allem über Migrationsfragen debattieren. Doch der islamistische Mordanschlag von Paris überschattet das Treffen. Nun beraten sie über das aktuelle Risiko.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat vor einer akuten und ernsten Gefahr durch islamistischen Terrorismus »derzeit in der EU« gewarnt. Konkret bezog sie sich auf den tödlichen Messerangriff auf einen deutschen Touristenin Paris. Das zeige die Gefahr »nicht nur in Deutschland, sondern eben auch in allen Nachbarstaaten«, sagte Faeser beim Treffen der EU-Innenministerinnen und -Innenminister in Brüssel.

Der Nahostkrieg verschärfe die Lage, so Faeser. »Die Gefahr weiterer Emotionalisierung und Radikalisierung von islamistischen Gewalttättern ist hoch«, betonte die Innenministerin. Der Verfassungsschutz hatte unlängst vor einer akuten Gefahr islamistischer Anschläge gewarnt.

Auch EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sieht nach eigenen Worten ein »enormes Risiko von Terroranschlägen« in der bevorstehenden Feiertagszeit. Sie sprach von einer »Polarisierung« in der Gesellschaft durch den Krieg zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas. Johansson kündigte 30 Millionen Euro zusätzlich für den Schutz besonders gefährdeter Orte wie etwa Gotteshäusern an.

In Paris hatte am Wochenende ein polizeibekannter Islamist einen Deutschen erstochen. Der Attentäter begründete dies in einem Video unter anderem mit der Gewalt gegen Palästinenser. Er bekannte sich zudem zur Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS).

Gemeinsam gegen islamistische Propaganda vorgehen

Schwedens Innenministerin Maria Malmer Stenergard erinnerte am Rande der Konferenz in Brüssel zudem an den Islamisten, der Mitte Oktober zwei schwedische Fußballfans am Rande eines EM-Qualifikationsspiels in Brüssel erschossen und weitere verletzt hatte. Dazu bekannte sich ebenfalls die IS-Miliz.

Faeser sagte, Europas Sicherheitsbehörden müssten »gerade jetzt die islamistischen Gefährder besonders gut im Blick haben« und gemeinsam gegen islamistische Propaganda vorgehen. Sie verwies auf das in Deutschland

Faeser warnt vor akuter Gefahr durch Islamisten in Europa

verhängte Betätigungsverbot für die Hamas. Vor dem EU-Treffen hatte sich Faeser bereits mit Frankreich, Belgien, Österreich, Schweden und Spanien ausgetauscht.

Zudem geht es bei dem Innenministertreffen um die Migration und die gemeinsame Asylpolitik. Am Mittwoch wollen Unterhändler der Mitgliedstaaten und des Europaparlaments die Einigung auf einen Asylpakt versuchen, mit dem die EU die Lehren aus der Flüchtlingskrise 2015 ziehen will.

mrc/AFP

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

Städte- und Gemeindebund will nur Flüchtlinge mit Bleibechance verteilen

SPIEGEL ONLINE

25. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Nöte bei der Unterbringung

Length: 303 words

Byline: Kristina Gnirke

Highlight: Viele Gemeinden und Kommunen sehen sich kaum in der Lage, den Zuzug von Geflüchteten zu bewältigen. Schon ohne sie ist die Wohnungsnot oft groß. Nun wird gefordert, stärker auszusieben.

Body

Angesichts der Nöte der Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen hat der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, eine restriktivere Verteilung vom Bund gefordert. Es sei sinnvoll, ankommende Menschen »nur auf die Kommunen zu verteilen, wenn sie eine realistische Bleibeperspektive haben«, sagte Landsberg der »Welt am Sonntag«.

Es herrsche große Hilfsbereitschaft, allerdings müssten auch der illegalen Einwanderung Grenzen gesetzt werden. »Das Thema Zuwanderung und Migration wird uns noch Jahrzehnte beschäftigen und die Hoffnung, irgendwie lösen sich die Probleme in den nächsten Jahren von allein, ist nicht gerechtfertigt«.

Viele Gemeinden und Städte stoßen bei der Unterbringung von Flüchtlingen an Grenzen. Auch der SPD-Migrationsexperte Lars Castellucci hatte nach SPIEGEL-Informationen auf eine Entlastung der Städte und Gemeinden bei der Aufnahme von Geflüchteten gedrängt und in einem Positionspapier vorgeschlagen, niemanden auf die Kommunen zu verteilen, der nicht schutzbedürftig sei. Zugleich müssten Asylverfahren beschleunigt und Abschiebungen von Ausländern ohne Bleiberecht forciert werden.

Deutschland hat im vergangenen Jahr neben einer Million Geflüchteten aus der Ukraine rund 220.000 Asylsuchende aufgenommen, etwa die Hälfte aus Syrien oder Afghanistan.

Grünen-Chef Omid Nouripour rief Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf, den Kommunen mehr konkrete Hilfen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zukommen zu lassen. Das jüngste Spitzentreffen habe keine konkreten Ergebnisse gebracht, kritisierte Nouripour im Gespräch mit dem »Redaktionsnetzwerk Deutschland«. »Sie muss jetzt liefern – nämlich Hilfe für die Kommunen.« Das beginne bei der Aufnahme und der Unterkunft von Geflüchteten und höre bei Integration und Sprachangeboten nicht auf.

kig/dpa

Graphic

dpa - Menschen in einer Flüchtlingsunterkunft im hessischen Bensheim

Load-Date: February 25, 2023

End of Document

USA wollen striktere Regeln für Asylbewerber einführen

SPIEGEL ONLINE

22. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND

Length: 419 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Tausende Migranten versuchen jeden Monat unentdeckt in die USA zu gelangen, um dort Asyl zu beantragen. Die US-Regierung will das nun mit einem neuen Gesetz unterbinden und Online-Asylbewerbungen fordern.

Body

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden betonte in Vergangenheit oft ihre humane Politik in Migrationsfragen gerade im Gegensatz zu Ex-Präsident Donald Trump. Nun will jedoch auch Bidens Regierung die Regeln für Asylverfahren deutlich verschärfen.

Wie ein Regierungsvertreter am Dienstag mitteilte, sollen Asylanträge künftig nur noch von außerhalb der USA gestellt werden können. Migranten, die einfach über die Grenze ins Land kommen, könnten in den USA nicht mehr um Asyl bitten. Damit solle verhindert werden, dass es beim demnächst anstehenden Wegfall der Corona-Einreisebeschränkungen einen Ansturm von Migranten an der Südgrenze des Landes gebe, hieß es. Es wäre die bislang härteste Maßnahme der Biden-Regierung zur Eindämmung von Migration.

13.000 Grenzübertritte befürchtet pro Tag

Die US-Regierung befürchtet offenbar, dass die Zahl der illegalen Einreisen in die USA mit dem Wegfall der Coronamaßnahmen im Mai noch einmal deutlich größer werden könnte. Laut »New York Times« könnten nach der Aufhebung des noch von Trump verhängten »Title 42« täglich bis zu 13.000 Menschen in den USA aufgegriffen werden. Dies wären fast doppelt so viele wie zu Spitzenzeiten im vergangenen Jahr.

Die meisten Menschen verlassen ihre Heimatländer wie Venezuela oder Kolumbien auf der Flucht vor Armut und Gewalt und gelangen nach einem langen Weg letztendlich zu Fuß in die USA, wo viele von ihnen Asyl beantragen. Trump hatte den Grenzbehörden mit dem »Title 42« schnelle Rückführungen ermöglicht.

Nach den Plänen der Biden-Regierung sollen die Migranten fortan entweder in einem der Transitländer oder über eine Internet-App einen Antrag auf US-Asyl stellen und einen Termin mit einem Einwanderungsbeamten beantragen müssen. Wenn sie dies nicht tun und stattdessen einfach in die USA kommen, sollen sie automatisch das Recht auf Asyl verlieren.

Neuregelung soll 30 Tage lang diskutiert werden

USA wollen striktere Regeln für Asylbewerber einführen

Die geplanten neuen Regeln wurden am Dienstag von der US-Regierung veröffentlicht. Sie sollen nun 30 Tage lang diskutiert und dann mit eventuellen Änderungen endgültig beschlossen werden. Inkrafttreten sollen sie spätestens mit der im Mai geplanten Aufhebung der derzeit geltenden Coronaregelung.

Hilfsorganisationen kritisierten die Vorschläge der Biden-Regierung umgehend. »Dieses pauschale Asylverbot wird die Tür verrammeln für unzählige Flüchtlinge, die in den USA Sicherheit und Schutz suchen«, teilte beispielsweise die Präsidentin von Oxfam America, Abby Maxman, mit. »Diese Politik ist illegal und unmoralisch.«

fek/AFP

Graphic

AFP or licensors - Harte Grenze: Zaun zwischen dem US-Bundesstaat Arizona und Mexiko

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Finnland schließt Grenze zu Russland

SPIEGEL ONLINE

22. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Nach gestiegener Migration

Length: 707 words

Byline: Leopold Pelizaeus

Highlight: Mehrere Hundert **Geflüchtete** aus Drittstaaten kamen im November aus Russland an die finnische Grenze. Finnland will nun den Grenzschutz hochfahren mithilfe von Frontex.

Body

Von Freitag an wird Finnland nur noch den nördlichsten Grenzübergang zu Russland offen halten. Alle anderen würden geschlossen, um den Zustrom von **Geflüchteten** zu stoppen, die aus Russland Richtung Finnland gekommen waren, sagte der finnische Ministerpräsident Petteri Orpo.

Auch die EU-Grenzschutzbehörde Frontex hat die finnische Regierung um Hilfe gebeten. Es gehe um Personal und technische Ausrüstung, teilte der Grenzschutz mit. Finnische Medien berichteten, der Grenzschutz habe die Streitkräfte offiziell um Hilfe beim Bau von Stacheldrahtsperrern an den Grenzstationen gebeten.

Finnisches Grenzschutzpersonal hat bereits begonnen, zusätzliche Barrieren an den Grenzstationen zu Russland zu errichten. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sagte im Europaparlament, die EU-Kommission stehe in ständigem Kontakt mit Finnland und sei bereit zu helfen, falls sich die Lage ändere. Ihren Angaben zufolge hat Finnland 60 Frontex-Beamte angefordert.

Die finnische Regierung wirft Russland vor, zunehmend Flüchtlinge, meist aus dem Nahen Osten, ohne die erforderlichen Papiere über die Grenze nach Finnland zu lassen, wo sie Asyl beantragen. Moskau dementiert das. Am Wochenende schloss Finnland vier verkehrsgünstig in der Nähe von St. Petersburg gelegene Grenzübergänge. Asylanträge nimmt das Land seither nur noch an den Hunderte Kilometer weiter nördlich gelegenen Übergängen Vartiuss und Salla an. In den vergangenen Tagen meldeten sich auch dort verstärkt Asylbewerber.

»Wir müssen dies tun, um die Ordnung (an den Grenzübergängen) aufrechtzuerhalten und die Sicherheit des legalen Grenzverkehrs zu gewährleisten«, sagte Tomi Tirkkonen, stellvertretender Kommandant des Grenzschutzbezirks Kainuu in Ostfinnland, gegenüber der Nachrichtenagentur »Associated Press«.

Der Kreml hat die Entscheidung Finnlands, die Kontrollpunkte zu schließen, bedauert. Moskau wies die Behauptung der finnischen Behörden zurück, Russland habe den Zustrom von Geflüchteten an der Grenze gefördert, um Finnland für den Nato-Beitritt zu bestrafen.

Auch Estland erwägt Schließung der Grenze vor

Finnland schließt Grenze zu Russland

Tirkkonens Bezirk überwacht und kontrolliert zwei der neun finnischen Grenzübergänge an der 1340 Kilometer langen Grenze zu Russland. Sie ist gleichzeitig Außengrenze der Europäischen Union und die Nordostflanke der Nato.

»Zweifelsohne instrumentalisiert Russland Migranten« als Teil seiner »Wasserkriegsführung« gegen Finnland, sagte die finnische Außenministerin Elina Valtonen. Finnland ist im April der Nato beigetreten, nachdem es jahrzehntelang militärisch neutral gewesen war.

Auch Estland wirft Russland vor, gezielt Geflüchtete ins Grenzgebiet zu bringen. Der estnische öffentlich-rechtliche Rundfunk meldete, dass 75 Geflüchtete am Grenzübergang Narva versucht hatten, ins Land zu gelangen. Demnach hatte niemand einen Antrag auf Asyl gestellt. Alle Personen seien zurückgeschickt worden. Zu den Vorwürfen, Russland setze Migration gezielt gegen Estland ein, hat sich Moskau bislang nicht geäußert. Die estnische Regierung sei bereit, die Grenzübergänge zu schließen, berichtet die Nachrichtenagentur "Reuters".

»Wir haben Beweise dafür, dass die russischen Grenzbehörden, im Gegensatz zu früher, nicht nur Menschen ohne ordnungsgemäße Papiere an die finnische Grenze lassen, sondern ihnen auch aktiv dabei helfen, in die Grenzzone zu gelangen«, sagte Finnlands Außenministerin Valtonen gegenüber der Nachrichtenagentur »Associated Press«.

In den vergangenen Wochen sind über 600 Menschen aus Drittländern über Russland nach Finnland eingereist und haben dort Asyl beantragt. Helsinki hat daraufhin mehrere Grenzübergänge geschlossen und Moskau beschuldigt, Geflüchtete an die finnische Grenze zu schleusen. Moskau bestreitet diesen Vorwurf.

Nach den jüngsten Schließungen wanderten Menschen aus Ländern dem Jemen, Afghanistan, Kenia, Marokko, Pakistan, Somalia und Syrien entlang der 1340 km langen Grenze nach Norden zu den Grenzstationen Vartiuss und Salla. Dort wollten sie wohl Asylanträge stellen.

Finnland wird drei der vier verbleibenden Grenzübergangsstellen ab Freitag um Mitternacht schließen, so dass nur noch Raja-Jooseppi offen bleibt.

Raja-Jooseppi ist der nördlichste Grenzübergang Finnlands, er liegt rund 300 Kilometer nördlich des Polarkreises.

lpz/AP/dpa/Reuters

Load-Date: November 22, 2023

Faeser kündigt deutsche Initiative für Asylverfahren an EU-Außengrenzen an

SPIEGEL ONLINE

30. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration nach Europa

Length: 325 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Die Ampel hat sich offenbar geeinigt: Geflüchtete sollen ihrem Willen nach bei ihrer Ankunft an den EU-Außengrenzen ein Asylverfahren durchlaufen. Viele Fragen sind laut Innenministerin Faeser aber noch offen.

Body

Deutschland will sich nach den Worten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen einsetzen. Darauf habe sich die Ampelkoalition geeinigt, sagte die SPD-Politikerin im »Bericht aus Berlin« im Ersten. »Es geht darum, dass Grenzverfahren, an den Grenzen schon Asylverfahren stattfinden können«, sagte Faeser. »Das heißt, dass bereits dort die Registrierung und Erfassung und Identifizierung der Geflüchteten stattfinden wird.« Im Gespräch sei eine Bearbeitungszeit der Asylanträge von maximal zwölf Wochen.

Ob die Verfahren an den Grenzen auch abgeschlossen werden sollen, ging aus Faesers Ausführungen nicht hervor. Sie sagte nur, im Zuge des Ausgleichs im europäischen Asylsystems sei es die Solidarität der anderen Staaten, »dass wir diejenigen, die die Schutzquote erfüllen, auch aufnehmen«.

Die Bundesinnenministerin sieht ihren Worten zufolge die Chance, dass Europagemeinsam bei der Asylpolitik vorankommt. »Wir sehen jetzt ein historisches Momentum, dass wir mit anderen europäischen Staaten es schaffen können, ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg zu bringen, wo an den Grenzen die Asylverfahren stattfinden«, sagte Faeser. Deutschland arbeite dabei mit Frankreich, Italien, Spanien, Schweden und Belgien zusammen.

Migrationsabkommen mit Drittstaaten geplant

Zuvor hatte Faeser der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« gesagt, die Bundesregierung prüfe, ob Asylverfahren auch außerhalb der EU abgehalten werden könnten. Es seien »rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Drittstaaten« geplant. »Ob die Feststellung eines Schutzstatus in Drittstaaten möglich ist, das prüfen wir.«

Auf die Frage, ob der starke Anstieg der Asylbewerberzahlen Deutschland überfordere, verwies Faeser auf den Bund-Länder-Gipfel zur Flüchtlingsfrage am 10. Mai. Viele Kommunen fühlen sich von der Unterbringung der Menschen überlastet. Faeser sagte dazu: »Wir schultern diesen großen humanitären Kraftakt gemeinsam«.

sol/dpa/Reuters

Graphic

dpa - Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): »Wir sehen jetzt ein historisches Momentum«

Load-Date: April 30, 2023

End of Document

Länderchefs wollen schnellere Asylverfahren

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Konferenz zur Flüchtlingspolitik

Length: 546 words

Byline: Matthias Bartsch

Highlight: Asylverfahren für Geflüchtete, die nur geringe Chancen auf ein Bleiberecht haben, sollen künftig innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein. Mit diesem Vorschlag gehen die Bundesländer in ein Treffen mit Kanzler Scholz.

Body

Bei ihrem Treffen in Frankfurt am Main haben sich die Chefinnen und Chefs der 16 Landesregierungen auf ein gemeinsames Papier zur Flüchtlingspolitik geeinigt. Sie fordern darin von der Bundesregierung mehr Geld für die Unterbringung von Geflüchteten, weitere Initiativen zur geordneten Rückführung abgelehnter Asylbewerber und schnellere Verfahren.

Für Menschen aus Herkunftsländern mit geringen Asylanererkennungsquoten sollen die kompletten Asylverfahren künftig innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden, heißt es in dem Papier. Diese Frist soll auch sämtliche Widerspruchs- und Gerichtsverfahren umfassen. Um das zu erreichen, müsse das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) alle Asylanträge künftig nach Herkunftsländern »priorisieren«, sagte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) nach einer zweitägigen Konferenz der Länderchefs in Frankfurt. Es sei »realistisch und möglich«, diese Frist einzuhalten.

Endgültige und rechtskräftige Entscheidung innerhalb von drei Monaten anvisiert

Mit einer solchen Regelung könne ein weiterer langer Streit über den Begriff »sichere Herkunftsländer« vermieden werden, sagte Weil. Statt einzeln zu prüfen, in welchen Staaten Menschen verfolgt werden und in welchen nicht, sollen nach Vorstellungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten künftig die bisherigen Anerkennungsquoten in den Asylverfahren entscheidend dafür sein, welche Verfahren beschleunigt werden können. Werden weniger als fünf Prozent der Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus einem Herkunftsland anerkannt, dann müssten die Angehörigen dieses Herkunftslandes künftig innerhalb von drei Monaten eine endgültige und rechtskräftige Entscheidung über ihr Asylverfahren erhalten.

Die Bundesländer drängen zudem auf eine effektivere Steuerung der Zuwanderung und der Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Es gebe eine »weitgehende politische Übereinstimmung, dass die Zahl der Aufzunehmenden nachhaltig gesenkt werden muss«, heißt es in dem Papier der Länderchefs. Irreguläre Zuwanderung müsse »umgehend gestoppt werden«.

Länderchefs wollen schnellere Asylverfahren

Krisentreffen mit dem Kanzler

Die Bundesregierung müsse sich für eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU einsetzen und die Sicherung der EU-Außengrenzen unterstützen. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein(CDU), der Anfang Oktober für ein Jahr den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz von Weil übernommen hatte, forderte den Bund auf, sich stärker an der Finanzierung der Unterbringung und Versorgung Geflüchteter zu beteiligen.

Darum soll es auch am Freitagabend bei einem Abendessen mit Bundeskanzler Scholz gehen, zu dem neben Rhein und Weil auch Bundestags-Oppositionsführer Friedrich Merz(CDU) eingeladen ist. Laut Weil fordern die Länder, dass der Bund seine Leistungen für Geflüchtete, die in den Städten und Landkreisen betreut werden, in etwa verdoppelt, auf etwa 10.500 Euro pro Flüchtling.

Eine bundesweite Umstellung der Zahlungen an Asylbewerber von Geld auf Sachleistungen würden die Länder laut Rhein und Weil begrüßen. Allerdings hätten Erfahrungen etwa aus Hamburg gezeigt, dass die Umstellung erhebliche technische und logistische Probleme verursachen könne. Deshalb sei es besser, ein Verfahren zunächst modellhaft auszutesten, bevor es für ganz Deutschland eingeführt werde.

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

EU stellt Tunesien Hunderte Millionen Euro in Aussicht

SPIEGEL ONLINE

11. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Verhandlungen über Migrationsabkommen

Length: 776 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Ursula von der Leyen, Giorgia Meloni und Mark Rutte werben in Tunis für ein **Migrationsabkommen** und bieten Präsident Saied viel Geld. Doch der Autokrat sagt, er wolle nicht Europas Grenzpolizei spielen.

Body

Führende EU-Politiker haben sich am Sonntag mit Tunesiens Präsident Kais Saied getroffen. Ziel der Gespräche ist offenbar unter anderem ein Deal, in dessen Folge Tunesien Flüchtlinge und **Migranten** davon abhalten soll, nach Europa zu gelangen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte dem nordafrikanischen Staat eine »verstärkte Partnerschaft« und Finanzhilfen in Höhe von über einer Milliarde Euro in Aussicht. 150 Millionen Euro könnten »sofort« für den tunesischen Staatshaushalt zur Verfügung gestellt, weitere 900 Millionen als langfristige Unterstützung verwendet werden, sagte von der Leyen laut der Nachrichtenagentur AFP am Sonntag in Tunis.

Von der Leyen schlug Saied ein Fünfpunkteprogramm vor, das neben den Finanzhilfen unter anderem auch EU-Unterstützung für Tunesiens Kampf gegen irreguläre **Migration** umfasst. Ein Abkommen soll nach den Worten von der Leyens möglichst bis zum kommenden EU-Gipfel unterzeichnet werden, der Ende Juni geplant ist.

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der niederländische Regierungschef Mark Rutte begleiteten von der Leyen. Meloni hatte den tunesischen Präsidenten bereits Anfang der Woche besucht. Immer wieder hatte sie in der Vergangenheit vorgeschlagen, Staaten wie Tunesien dafür zu bezahlen, die Flüchtlingsboote am Ablegen zu hindern. Die Postfaschistin sprach nun von einem »wichtigen ersten Schritt«.

Schwere Wirtschaftskrise in Tunesien

Die irreguläre Migration aus dem nordafrikanischen Land in die EU hat in den vergangenen Monaten stark zugenommen. Laut dem italienischen Innenministerium erreichten seit Beginn des Jahres mehr als 53.800 Schutzsuchende Italien auf Booten. Im Vorjahreszeitraum waren es rund 21.700. Viele der Geflüchteten legen in Tunesien ab.

Das Land steckt in einer seiner schlimmsten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten. Die Bevölkerung kämpft mit steigenden Preisen, Lebensmittel werden knapp, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Es fliehen sowohl Tunesier als auch Migranten aus anderen afrikanischen Ländern, die in Tunesien Arbeit gefunden hatten.

EU stellt Tunesien Hunderte Millionen Euro in Aussicht

Dazu beigetragen hat auch der zunehmend autokratisch agierende Präsident Saied: Er hetzte gegen Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, sprach von »Horden« von Kriminellen. Bereits zuvor gab es Berichte von Gewalt und Verfolgung. Seitdem sollen viele Migranten Angst um ihr Leben haben.

Viele NGOs und Flüchtlingsaktivisten betrachten Tunesien deshalb derzeit nicht als sicheren Ort und warnen davor, Flüchtlinge und Migranten dorthin zurückzuschicken. Manche EU-Politiker drängen jedoch schon lange auf einen Migrationsdeal mit Tunis.

Ähnliche Abkommen hat die EU mit anderen Ländern längst geschlossen. So unterstützt die EU unter anderem die libysche Küstenwache, die systematisch Flüchtlingsboote abfängt und dafür sorgt, dass die Geflüchteten in Haftlagern unter menschenunwürdigen Zuständen gefangen gehalten werden.

Saied inszeniert sich im Flüchtlingslager

Tunesiens Präsident Saied besuchte am Freitag, kurz vor dem Treffen mit der EU-Delegation, ein Flüchtlingslager in Sfax, einer Hafenstadt, in der viele Boote ablegen. Saied sprach dort mit Familien und bat um finanzielle Unterstützung für afrikanische Migranten im Land. Andererseits stellte er klar, dass Tunesien nicht Europas Grenzpolizei spielen werde.

Fragen beim Umgang mit Migranten müssten auf humanitäre Weise, im Kollektiv sowie im Einklang mit geltendem Recht gelöst werden, sagte er. Migranten seien »leider Opfer eines globalen Systems, das sie nicht als Menschen, sondern als reine Zahlen behandelt«.

Das tunesische Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte, das sich mit der Migration befasst, warnte vor einer »Erpressung« durch die EU und einem »Geschacher«, bei dem Tunesien Geld von der EU dafür erhält, dass es im Gegenzug seine Grenzen verstärkt überwacht.

Streit gibt es auch über einen möglichen Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds (IWF). Saied lehnt die vom IWF geforderten Reformen ab. Sie könnten die Lage in Tunesien »explodieren« lassen und das Land destabilisieren, sagte er. Meloni forderte beide Seiten auf, pragmatischer an einer Lösung zu arbeiten. Der Milliardenkredit sei »entscheidend, um das Land und dessen vollständige Erholung zu stärken«.

Die EU-Staaten hatten sich am Donnerstagabend mehrheitlich auf ein neues Asylsystem geeinigt. Das sieht ausdrücklich auch Rückführungen in sogenannte sichere Drittstaaten vor, falls ein Schutzsuchender eine »Verbindung« zu diesem Land aufweist. Allerdings darf jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden, ob dieses sogenannte Verbindungskriterium erfüllt ist. Meloni hatte sich besonders stark dafür eingesetzt, das Kriterium aufzuweichen.

slü/dpa/AFP

Graphic

dpa - Rutte, Saied, von der Leyen und Meloni: Die Verhandlungen haben begonnen

dpa - EU-Delegation mit Saied: Sicherer Ort?

Load-Date: June 11, 2023

Italien will von abgelehnten Asylbewerbern knapp 5000 Euro Kaution

SPIEGEL ONLINE

22. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Um Abschiebehaft zu entgehen

Length: 422 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Bezahlen oder einsitzen: Geflüchtete ohne Aussicht auf Asyl sollen künftig 4938 Euro hinterlegen, wenn sie Einspruch gegen ihre Ablehnung einlegen. Sonst müssen sie in Abschiebehaft.

Body

Italien will von abgelehnten Flüchtlingen künftig eine Kaution von knapp 5000 Euro verlangen, wenn diese während der Prüfung ihres Einspruchs nicht in Abschiebehaft genommen werden wollen.

Ein im Amtsblatt veröffentlichtes Dekret sieht vor, mit der finanziellen Garantie von 4938 Euro die Kosten für die Unterkunft und den Lebensunterhalt eines Menschen für einen Monat, aber auch die Kosten für die Rückführung im Falle einer endgültigen Ablehnung des Antrags abzudecken.

Die Maßnahme ist offensichtlich darauf ausgelegt, Menschen von der Einreise nach Italien abzuschrecken. Viele Flüchtlinge kommen nur mit wenigen oder ganz ohne ihre Habseligkeiten in Europa an, über fast 5000 Euro dürften nur die allerwenigsten von ihnen verfügen.

Die Summe soll von Menschen verlangt werden, die versucht haben, Grenzkontrollen zu umgehen. Betroffen sind aber auch Menschen, die aus einem »sicheren« Land kommen und daher grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl haben. Verschwinde der Asylbewerber »unberechtigterweise«, werde die Kaution einbehalten.

Italien hatte zuletzt eine deutliche Zunahme der Migration über die Seegrenzen registriert. Insbesondere auf der kleinen Insel Lampedusa kamen zuletzt binnen weniger Tage Tausende Menschen an. Die Regierung der extrem rechten Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte zuletzt bereits härtere Maßnahmen gegen die zunehmende Einwanderung angekündigt.

Demnach soll etwa das Höchstmaß der Abschiebehaft von zwölf auf 18 Monate angehoben werden, um mehr Zeit zur Prüfung der Bleibeberechtigung zu haben und gegebenenfalls auch direkt aus der Haft abschieben zu können. Auch soll das Militär spezielle Abschiebehaftanstalten einrichten.

Kritik von Menschenrechtsorganisationen

Menschenrechtsorganisationen und linksgerichtete Politiker kritisierten die neue Maßnahme. »Es ist lächerlich. Wer hat 5000 Euro?«, wurde Anna Brambilla, eine Anwältin der Association for Juridical Studies on Immigration (ASGI),

Italien will von abgelehnten Asylbewerbern knapp 5000 Euro Kaution

in der unter anderem Rechtsexperten und Forscher organisiert sind. ASGI setzt sich unter anderem für die Rechte von Geflüchteten ein.

Der Schritt steht womöglich in Verbindung mit dem Bau neuer Abschiebelager in Italien. Regierungschefin Meloni hatte laut Reuters angekündigt, deren Zahl von derzeit zehn auf künftig mindestens 20 erhöhen zu wollen. Gegen die Pläne gibt es allerdings Widerstand in den Regionen.

Nach Angaben des Innenministeriums in Rom sind in diesem Jahr bereits 132.867 Migranten auf dem Seeweg in Italien angekommen. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 69.498 gewesen.

fek/col/Reuters/AFP

Load-Date: September 22, 2023

End of Document

Baerbock wirbt für »Kompromissfähigkeit« der Grünen bei Asylpolitik

SPIEGEL ONLINE

25. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Parteitag in Karlsruhe

Length: 427 words

Byline: Matthias Kaufmann

Highlight: Für ihre Asylpolitik wird Außenministerin Baerbock von der eigenen Partei teils scharf kritisiert. Sie hält entgegen: Wenn sich die EU im Asylstreit zerlege, helfe das nur den »Putins dieser Welt«.

Body

Annalena Baerbock hat ihre Partei eindringlich zur Unterstützung für den umstrittenen Asylkompromiss in der Europäischen Union (EU) aufgerufen. »Ohne die Verhandlungen darum werden wir das Grundrecht auf Asyl, verbindliche Verteilung und auch die staatlich organisierte Seenotrettung kaum erreichen können«, sagte sie auf dem Grünen-Bundesparteitag in Karlsruhe. »Weil wir können es nicht alleine in einer EU der 27. Es braucht dafür alle und es braucht dafür mehr Ordnung.«

Deutschland müsse alles daran setzen, dass in den Verhandlungen von EU-Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten rasch eine Einigung gelinge. »Ohne Ordnung gibt es keine Humanität«, betonte sie.

Die Grünen hätten in der Bundesregierung Verantwortung übernommen, und dazu gehöre es auch, für eine mögliche Einigung in der Asylpolitik mitzuverhandeln. Sie sei überzeugt, »dass wir uns dieser Verantwortung nicht entziehen dürfen«, sagte Baerbock. Vor ihrer Rede hatte eine junge Delegierte gesprochen, die vor einer weiteren »Abschottung« Europas warnte.

In der Partei ist der Asylkompromiss umstritten, der die Prüfung und Registrierung von Asylgesuchen stärker an die EU-Außengrenzen verlagern könnte. Teile der Grünen kritisieren dies als Abschottung. Auf dem Parteitag steht am Abend eine auf viereinhalb Stunden angesetzte Debatte über die Flüchtlings- und Migrationspolitik an.

»Alles dransetzen, dass eine Einigung gelingt«

Der GEAS-Kompromiss zur gemeinsamen europäischen Asylpolitik sei schmerzhaft, räumte die Außenministerin ein. Deutschland stehe auch in einer Minderheitenposition in der EU in der Verantwortung, an einer für alle möglichen Einigung in der Asylpolitik mitzuverhandeln. »Wir brauchen die Einigung zum gemeinsamen Asylsystem sehr schnell, in den nächsten Monaten«, sagte Baerbock. »Und wir sollten in den Trilogverhandlungen alles dransetzen, dass eine Einigung gelingt.« Die Gegner der EU, »die Rechtspopulisten, die Putins dieser Welt, die warten nur darauf, dass Europa sich in der Migrationsfrage zerlegt«.

Baerbock wirbt für »Kompromissfähigkeit« der Grünen bei Asylpolitik

Ohne Ordnung sei Humanität nicht möglich: »Wenn wir nicht wissen, wer kommt«, so Baerbock, »wie soll er oder sie dann verteilt werden können und bleiben können.«

Die am Vortag wiedergewählte Co-Parteivorsitzende, Ricarda Lang, schlug in eine ähnliche Kerbe. Sie sagte: »Der größte Feind des Kompromisses ist der Populist.« Lang betonte: »Gegen Rechtsextreme aufzustehen, das ist eine demokratische Pflicht.« Es gebe aber auch eine »demokratische Kür«. Und das bedeute, nicht nur immer dagegen zu sein, sondern auch zu sagen, wofür man stehe.

mamk/Reuters/dpa

Load-Date: November 25, 2023

End of Document

Umstrittenes britisches Asylgesetz nimmt erste Hürde

SPIEGEL ONLINE

14. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Internierung und Abschiebung

Length: 312 words

Byline: Milena Hassenkamp

Highlight: Wer unerwünscht nach Großbritannien einreist, soll künftig bis zu einem Monat interniert werden können. Das sieht ein neues Gesetz vor, dem das Unterhaus in erster Lesung zugestimmt hat. Es gab auch Gegenwehr.

Body

Es gilt als Bruch internationalen Rechts – trotzdem hat das Unterhaus in London dem neuen britischen Asylgesetz in erster Lesung zugestimmt. Die Kammer votierte mit deutlicher Mehrheit für den Entwurf von Innenministerin Suella Braverman. Allerdings forderten selbst Mitglieder der regierenden Konservativen Partei Änderungen.

Ex-Premierministerin Theresa May, die sich bei der Abstimmung enthielt, kritisierte etwa, Opfer von Menschen schmuggler würden durch das Gesetz zum »Kollateralschaden«.

Bravermans Entwurf sieht vor, alle Menschen, die unerwünscht ins Vereinigte Königreich einreisen, ohne Berücksichtigung ihrer Hintergründe bis zu einem Monat internieren zu können. Anschließend sollen sie in ihre Heimat oder – falls das zu gefährlich wäre – nach Ruanda oder einen anderen Staat abgeschoben werden. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR spricht von einem »Asylverbot«.

»Immer wenn man eine Route schließt, finden Migranten und Menschen schmuggler einen anderen Weg, und jeder, der denkt, dass dieser Entwurf das Problem illegaler Migration ein für alle Mal beendet, liegt falsch«, sagte May, die einst selbst Innenministerin gewesen war. Vor dem Parlament demonstrierten Hunderte Menschen gegen das Gesetz.

»Einfache Wahrheiten«

Braverman griff die Opposition an. Die Labourpartei wolle die Grenzen öffnen und unbegrenzt Migranten zulassen, behauptete sie. Braverman beschwerte sich, sie sei den grotesksten Beleidigungen ausgesetzt gewesen, weil sie einfache Wahrheiten über das Ausmaß der Migration gesagt habe.

Kritiker werfen der konservativen Regierung vor, absichtlich zu übertreiben, um politisch zu punkten. Braverman hatte die Menge der Menschen, die nach Großbritannien einreisen, einst mit einer »Invasion« verglichen. In Großbritannien beantragen deutlich weniger Menschen Asyl als in Deutschland.

mfh/dpa

Graphic

AP - Proteste gegen das neue Migrationsgesetz

Load-Date: March 14, 2023

End of Document

FDP-Fraktionschef Dürr will auch Minderjährige an EU-Außengrenzen festhalten

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Geplante Asylzentren

Length: 360 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Viele EU-Länder möchten Schutzsuchende künftig an der EU-Außengrenze in Asylzentren abfertigen, Deutschland zieht mit. Nun hat FDP-Fraktionschef Dürr betont, es müsse einheitliche Regeln für alle geben.

Body

Die Ampel verschärft ihren Kurs im Umgang mit Schutzsuchenden. Asylsuchende sollen künftig an den EU-Außengrenzen registriert und identifiziert werden. FDP-Fraktionschef Christian Dürr hat sich nun dafür ausgesprochen, in den geplanten Asylzentren auch Minderjährige festzuhalten, bis ihre Anträge geprüft sind.

Er habe »Verständnis für die französische Position, auch Minderjährige in den Asylzentren Schnellverfahren durchlaufen zu lassen«, sagte Dürr der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. Notwendig seien einheitliche Regeln, »und diese können auch für unter 18-Jährige gelten«.

Die geplante Einrichtung von Asylzentren für Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen bezeichnete Dürr als »eine Zeitenwende«. Zugleich plädierte er für einen stärkeren Schutz der deutschen Grenzen, solange dies an den EU-Außengrenzen noch nicht hinreichend gelinge. Er hoffe dabei auf eine rasche und vernünftige Einigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit ihren Kollegen in den betroffenen Bundesländern.

Verlässliche Asylzentren

Seit der Flüchtlingskrise von 2015 gibt es schon Grenzkontrollen zu Österreich, um aus Nachbarstaaten die Weiterreise von Migrantinnen und Migranten nach Deutschland zu verhindern. Der Bund hatte beim Flüchtlingsgipfel am 10. Mai mit den Ländern zugesagt, dies »lageabhängig« auch bei anderen Nachbarländern einzuführen.

Faeser will die Asylzentren so organisieren, dass die Registrierung und Identifizierung von Schutzsuchenden schneller und verlässlicher funktionieren. Zu den auf EU-Ebene diskutierten Vorschlägen gehört auch, dass diejenigen, die keine Aussicht auf Schutz als Geflüchteter oder wegen politischer Verfolgung haben, die EU nach einer Prüfung direkt wieder verlassen müssen. Die Prüfung soll maximal einige Wochen dauern. Die anderen Schutzsuchenden sollen dann innerhalb der EU verteilt werden.

Bereits am 8. Juni soll es beim Ratstreffen der EU-Innenminister um die seit Jahren strittige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gehen. Vor allem Staaten an den EU-Außengrenzen wie

FDP-Fraktionschef Dürr will auch Minderjährige an EU-Außengrenzen festhalten

Italien haben mit Blick auf die Europawahlen im kommenden Jahr großes Interesse daran, dazu bald eine Einigung zu erzielen.

mrc/dpa/AFP

Graphic

dpa - FDP-Fraktionschef Christian Dürr: »Verständnis für die französische Position«

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Großbritannien zahlt Frankreich halbe Milliarde Euro zur Abschottung

SPIEGEL ONLINE

10. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migration über Ärmelkanal

Length: 332 words

Byline: Timo Lehmann

Highlight: 500 zusätzliche Grenzbeamte, moderne Drohnen und Überwachungstechnologie, dazu ein neues Abschiebezentrum: Großbritannien stellt Frankreich viel Geld zur Verfügung, um Migranten aufzuhalten.

Body

Die britische Regierung hat sich vorgenommen, Migration einzuschränken und setzt dabei auf die Hilfe Frankreichs. Um zu verhindern, dass Migranten über den Ärmelkanal ins Land kommen, zahlt Großbritannien in den nächsten drei Jahren über eine halbe Milliarde Euro an das Nachbarland.

Damit soll auch ein neues Internierungslager in Nordfrankreich finanziert werden, wie der britische Premierminister Rishi Sunak bei einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron ankündigte. Damit werden die jährlichen Zahlungen von London an Paris mehr als verdoppelt.

500 zusätzliche Beamte, dazu Drohnen und Überwachungstechnologie

Macron sagte, Frankreich könne nicht allein mit Großbritannien über ein Abkommen zur Rücknahme von Flüchtlingen verhandeln, das sei eine EU-Angelegenheit. Nach dem Brexit könne Großbritannien nicht mehr die in der EU geltende Dublin-Regelung anwenden, wonach Migranten in ein anderes EU-Land zurückgeschickt werden können, wenn sie dort auf ihrer Flucht bereits Station gemacht haben.

Das Kanalisieren der Migration müsse von allen europäischen Ländern gemeinsam angegangen werden. Darin eingebunden werden sollten Transitländer ebenso wie Länder, von denen aus die Schleuser operierten, die die Überfahrten der Migranten in Schlauchbooten über den Ärmelkanal organisierten, sagte Macron.

Mit den 541 Millionen Euro der Briten soll eine neue Kommandozentrale entstehen. Außerdem sollen 500 zusätzliche Grenzbeamte sowie moderne Drohnen und Überwachungstechnologie eingesetzt werden.

Sunak hatte jüngst ein neues Asylgesetz angekündigt. Es sieht vor, fast alle Migrantinnen und Migranten, die ohne offizielle Erlaubnis einreisen, zunächst in Unterkünften wie früheren Militärbasen oder Studierendenheimen festzuhalten.

Danach sollen sie nach Ruanda oder in andere Staaten ausgewiesen werden. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden. Die britische Regierung hat eingeräumt, dass sie mit dem Vorhaben die Grenzen internationalen Rechts ausreize.

Großbritannien zahlt Frankreich halbe Milliarde Euro zur Abschottung

til/dpa

Graphic

AFP or licensors - Französischer Präsident Emmanuel Macron, britischer Premierminister Rishi Sunak in Paris

Load-Date: March 10, 2023

End of Document

Berlin erzwingt Änderungen im EU-Asylpaket jetzt blockiert Rom

SPIEGEL ONLINE

28. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migrationsstreit

Length: 859 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die EU-Asylreform aufgegeben. Doch eine finale Einigung gibt es immer noch nicht – denn jetzt hat Italien ein Problem.

Body

Wochenlang hatte die Bundesregierung bei der Reform des EU-Asylrechts auf der Bremse gestanden, dann sprach Innenministerin Nancy Faeser die vermeintlich erlösenden Worte: »Obwohl wir noch weiteren Änderungsbedarf hätten, werden wir heute unserer Verantwortung gerecht.« Deutschland werde dem Kompromiss über die sogenannte Krisenverordnung zustimmen, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag bei einem Treffen mit ihren EU-Kollegen in Brüssel.

Damit schien klar, dass eine qualifizierte Mehrheit steht, denn im Ministerrat widersprach außer Polen und Ungarn zunächst niemand mehr. Offiziell besiegelt werden sollte die Einigung direkt anschließend bei einem Treffen der EU-Botschafter – doch das fand am Donnerstag zunächst nicht statt. Denn wie sich herausstellte, hat nun die italienische Regierung ein Problem mit dem Kompromissvorschlag.

Bis zuletzt hatten vor allem die Grünen in der Ampelkoalition gegen die Krisenverordnung Front gemacht. Sie ist ein zentraler Teil des Asylreformpakets: In Ausnahmesituationen, etwa bei einem extremen Anstieg der Migrationszahlen, soll sie es ermöglichen, Asylbewerber länger als sonst erlaubt in Aufnahmeeinrichtungen festzuhalten.

Auch soll die Verordnung gestatten, den Kreis der Menschen zu vergrößern, der für die geplanten strengen Asylverfahren an den EU-Außengrenzverfahren infrage kommt. Derzeit soll sie nur für Asylbewerber aus Ländern gelten, deren Anerkennungsquote im EU-Durchschnitt unter 20 Prozent liegt. In Deutschland wäre nur eine Minderheit der Asylbewerber davon betroffen.

Der Widerstand der Bundesregierung hatte dazu geführt, dass die spanische Ratspräsidentschaft am Mittwoch noch einmal Änderungen an ihrem Kompromissvorschlag vorgenommen und mit andere EU-Staaten abgestimmt hat. Dabei wurde ein Passus gestrichen, der in Krisensituationen nicht nur die Verweildauer in haftähnlichen Bedingungen, sondern auch die Absenkung der Schutzstandards für Migranten erlaubt hätte.

Damit war eine der Hauptforderungen der Bundesregierung erfüllt. Doch Italiens Regierung fand die Streichung des Paragraphen alles andere als passend, wie Diplomaten erklärten.

Berlin erzwingt Änderungen im EU-Asylpaket jetzt blockiert Rom

Zudem habe Rom ein Problem mit einem weiteren Passus, bei dem es um die Rettung von Flüchtlingen und Migranten auf See geht. Sofern solche Rettungsaktionen »europäischen Standards« folgen, sollen sie nicht als »Instrumentalisierung von Migranten« betrachtet werden, hieß es im Kompromisstext. Das macht die Stelle insbesondere für Italien politisch brisant denn sie bedeutet, dass Rom solche Seenotrettungsaktionen nicht zum Anlass nehmen könnte, die Krisenverordnung mit ihren verschärften Bedingungen auszulösen.

Zwar wäre dafür laut der Verordnung ohnehin ein Beschluss des zuständigen EU-Ministerrats nötig. Doch die italienische Regierung unter Führung der rechtsnationalen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni nahm das nach Angaben von Diplomaten zum Anlass, der Formalisierung des Kompromisses vorerst nicht zuzustimmen.

Diese aber ist notwendig, damit der Rat der Mitgliedsländer in die Verhandlungen mit dem EU-Parlament entsteigen kann, das dem gesamten Asylpaket am Ende zustimmen muss. Die Zeit dafür wird knapp: Im kommenden Juni steht die Europawahl an. Sollte das Asylpaket nicht bis Jahresende, spätestens aber bis Februar beschlossen sein, könnte es vorerst ganz scheitern.

Mit anderen Forderungen konnte sich die Bundesregierung dagegen nicht durchsetzen. So forderte sie auch Ausnahmen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und deren Familienmitglieder. »Wir bedauern sehr, dass es keine Mehrheit dafür gibt«, sagte Faeser. Man werde sich aber an anderer Stelle weiterhin für solche Regelungen einsetzen.

»Machtwort« von Scholz sorgt für Frust in Brüssel

Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock hat nach Angaben von EU-Diplomaten am Samstag mit Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Krisenverordnung telefoniert und die deutschen Punkte eingebracht.

Doch die diplomatische Offensive der Deutschen wurde ausgerechnet vom Kanzleramt unterlaufen. Am Mittwochnachmittag gerade als Baerbock und Faeser am Mittwochnachmittag im Innenministerium zusammensaßen und an ihrer Verhandlungsstrategie feilten meldete die »Bild«-Zeitung ein »Machtwort« von Olaf Scholz. Der Kanzler habe den koalitionsinternen Streit über die Krisenverordnung mit dem Diktum beendet, dass Deutschland das Asylpaket »nicht aufhalten« werde.

Die deutsche Verhandlungsposition in Brüssel war damit deutlich geschwächt, wie Diplomaten in Brüssel kritisierten. »Scholz hätte mit Meloni statt mit der Bild<-Zeitung telefonieren sollen«, sagt ein EU-Diplomat.

Ob und, falls ja, wann Italien dem Kompromiss zustimmt, war nach dem Ministertreffen am Donnerstag vorerst unklar. Man hoffe auf eine Einigung »in den nächsten Tagen«, erklärten EU-Innenkommissarin Ylva Johansson und der spanische Innenminister Fernando Grande-Marlaska. Man rechne damit noch vor dem informellen EU-Gipfel im spanischen Granada am kommenden Freitag.

Es gebe »keine politischen Hürden« mehr auf dem Weg zur Einigung, sagte Johansson. Der Frage, warum Italien dann nicht schon am Donnerstag zustimmte, wick sie aus. Man solle ihr bitte »einfach glauben«, dass die Sache gelingen werde.

Load-Date: September 28, 2023

Georgien und Moldau sollen sichere Herkunftsstaaten werden

SPIEGEL ONLINE

08. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums

Length: 324 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Asylanträge aus Georgien und Moldau haben wenig Chancen auf Erfolg. Nun will die Bundesregierung die Verfahren verkürzen und hofft auf eine abschreckende Wirkung.

Body

Seit 2021 steigt die Zahl der Asylbewerber in Deutschland wieder. Um für Entlastung bei Bund, Ländern und Kommunen zu sorgen, plant das Bundesinnenministerium nun eine Änderung des Asylrechts. Laut dem Gesetzentwurf, der dem SPIEGEL vorliegt, sollen Georgien und Moldau künftig als sichere Herkunftsländer geführt werden.

Die Chancen, Asyl in Deutschland gewährt zu bekommen, sind dem Entwurf zufolge für Antragsteller beider Länder sehr gering. Laut dem Dokument betrug die Schutzquote bei Antragstellenden aus Georgien im Jahr 2022 lediglich 0,4 Prozent, bei Antragstellenden aus der Republik Moldau 0,2 Prozent.

Ziel der geplanten Gesetzesänderung ist es, die Asylverfahren von Georgiern und Moldauern zu verkürzen und sie schneller in ihre Heimat zurückschicken zu können. Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, hat in Deutschland in der Regel kein Recht auf Asyl.

Zwischen Januar und Dezember 2022 zählte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 217.774 Erstanträge. Im laufenden Jahr 2023 waren es bislang 80.987 Anträge in den ersten drei Monaten. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 44.908 Erstanträge gestellt. Das bedeute eine Zunahme der Antragszahlen um 80,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Darunter seien immer noch viele Asylanträge, die von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten hätten, hieß es in dem Gesetzentwurf.

Durch die angestrebte Gesetzesänderung hofft die Regierung, die Zahl der Asylanträge aus Georgien und Moldau zu senken. Eine Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer habe gemeinsam mit anderen Maßnahmen der Bundesregierung zu einem erheblichen Rückgang der Asylsuchenden aus diesen Staaten geführt, heißt es in dem Dokument, das dem SPIEGEL vorliegt.

Deutschland werde durch die Maßnahme als Zielland für aus nicht asylrelevanten Motiven gestellte Asylanträge weniger attraktiv, heißt es weiter. Der Individualanspruch auf Einzelfallprüfung bleibe dadurch unberührt.

asc/wow

Graphic

dpa - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Die Zahl der Asylanträge steigt

Load-Date: May 8, 2023

End of Document

»Mehr Chaos und Leid«

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Reaktionen auf EU-Asyl-Einigung

Length: 737 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Historische Einigung oder Verrat an europäischen Werten? Die Meinungen über den EU-Asylkompromiss gehen auseinander. Insbesondere bei den Europa-Grünen ist die Stimmung verheerend. Reaktionen im Überblick.

Body

Kaum eine Frage ist in der Europäischen Union (EU) so umstritten wie die Asylpolitik und der Umgang mit Geflüchteten. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen haben sich die Mitgliedsländer mehrheitlich auf ein härteres Asylregime verständigt und Deutschland hat zugestimmt.

Das stellt insbesondere die Grünen vor eine Zerreißprobe, die Spaltung geht mitten durch Partei- und Fraktionsspitze. Bei den Grünen im Europaparlament, das der Einigung noch zustimmen muss, ist das ebenfalls Meinungsbild sehr kritisch.

Terry Reintke, Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, sagte dem SPIEGEL: »Die Position des Rats widerspricht europäischen Werten wie den Grundrechten und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit.«

Man wolle sich vehement dafür einsetzen, dass es keine verpflichtenden Grenzverfahren mit neuen Lagern oder Haftanstalten an den Außengrenzen der EU geben werde, »die dazu führen würden, dass eine große Zahl von Menschen, darunter auch Kinder und andere schutzbedürftige Personen, für längere Zeit festgehalten werden«. Es könne »keine Einigung um jeden Preis geben, wenn der Preis darin besteht, unsere internationalen Verpflichtungen zum Schutz von Schutzsuchenden zu missachten«.

»Mehr Chaos und Leid«

Ähnlich äußert sich **Sergey Lagodinsky, rechtspolitischer Sprecher der Grünenfraktion im Europaparlament**: »Nach meinem ersten Eindruck sind die rechtlichen Vorgaben nicht eingehalten, auch bezüglich der Behandlung der Minderjährigen im Grenzverfahren. Dies müsste dann das Europaparlament korrigieren.« Der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt bezeichnete den Kompromiss als »Desaster«. Er werde »zu mehr Chaos und Leid führen«.

Außerhalb der Grünen sehen das manche anders. **Innenministerin Nancy Faeser**(SPD) sprach von einem historischen Erfolg. **Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn** verwies darauf, was seiner Ansicht nach

»Mehr Chaos und Leid«

geschehen wäre, wenn es keine Einigung gegeben hätte. »Ohne diesen Kompromiss wäre das Chaos noch jahrelang weitergegangen. Die großen Gewinner wären Ungarn und Polen gewesen«, sagte er dem SPIEGEL.

»Ein Glück, dass Deutschland dabei war. Gemeinsam mit Portugal und Irland haben wir verhindert, was viele Länder wollten«, sagte Asselborn. So habe das sogenannte Ruanda-Modell verhindert werden können. »Ruanda-Modell« bezieht sich darauf, dass die britische Regierung illegal eingereiste nach Ruanda abschieben möchte.

Birgit Sippel (SPD), innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im EU-Parlament, sagte, ihre Fraktion lehne die Verpflichtung zu problematischen Schnellverfahren an den Außengrenzen ab, das Parlament sei dieser Ansicht gefolgt. »Sollten diese wahlweise dennoch zur Anwendung kommen, ist es unerlässlich, dass Familien mit Kindern und unbegleitete Minderjährige davon ausgenommen werden.«

Dagegen sieht **Lena Düpont (CDU), migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament**, in der Einigung »eine große Chance für eine funktionsfähige europäische Migrationspolitik«. Sie sei ein »wichtiger Schritt, um der irregulären Migration unter dem Deckmantel des Asylrechts endlich ein Ende zu setzen«. Bei einem Scheitern wären nationale Grenzkontrollen und eine reale Gefahr für die seit Jahrzehnten bestehende Reisefreiheit in Europa die Folgen gewesen.

Gerald Knaus, Migrationsexperte und einer der Architekten des EU-Türkei-Abkommens, befürchtet derweil Probleme bei der Umsetzung des Kompromisses. Dieser werde irreguläre Migration wohl auch nicht reduzieren. »Das wahrscheinlichste Szenario ist: Er wird letztlich nicht umgesetzt, illegale Pushbacks und Gewalt gehen stattdessen weiter wie bisher, auch die irreguläre Migration und das Sterben im Mittelmeer.«

Im Kern sieht die Einigung insbesondere einen deutlich härteren Umgang mit Geflüchteten ohne Bleibeperspektive vor. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Auch Außenministerin Annalena Baerbock und Vizekanzler Robert Habeck (beide Grüne) meldeten sich in diesem Sinne zu Wort. Allerdings gab es für diese Position keine Mehrheit.

mbe/ulz

Graphic

REUTERS - Ein spanischer Polizist beobachtet ein Boot mit Flüchtlingen vor der Küste Gran Canarias

Load-Date: June 9, 2023

Seit Jahresbeginn 2500 Flüchtlinge im Mittelmeer umgekommen oder vermisst

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Uno-Bericht

Length: 304 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Im Jahr 2023 kamen nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks bereits 186.000 Menschen in Italien, Griechenland, Zypern und Malta an. Dabei bedroht nicht nur die Überfahrt über das Meer das Leben der Migranten und Flüchtlinge.

Body

Viele Menschen wagen auf der Suche nach einem besseren Leben eine Überfahrt über das Mittelmeer. Viele werden nie wieder gefunden. Seit Jahresbeginn sind nach Uno-Angaben bereits mehr als 2500 Migranten beim Versuch, über das Mittelmeernach Europa zu gelangen, ums Leben gekommen. Laut einer Bilanz vom 24. September seien »mehr als 2500 Menschen als tot oder vermisst gemeldet worden«, sagte Ruven Menikdiwela, Leiterin des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) am Donnerstag (Ortszeit) bei einer Sitzung des Uno-Sicherheitsrats zur Migrationskrise im Mittelmeer.

»Eine der gefährlichsten Reisen der Welt«

Dies sei ein Anstieg von beinahe 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, fügte sie hinzu.

Die UNHCR-Leiterin wies darauf hin, dass nicht nur bei der Überfahrt über das Meer, sondern auch an Land Migranten ums Leben kommen. »Die Reise von West- oder Ostafrika und dem Horn von Afrikanach Libyen zu den Startpunkten an der Küste ist () eine der gefährlichsten Reisen der Welt«, sagte Menikdiwela. Flüchtlinge, die sich aus Subsahara-Afrika auf den Weg machen, riskierten auf jeder Etappe der Strecke den Tod, erklärte sie.

Den Uno-Zahlen zufolge kamen zwischen dem 1. Januar und dem 24. September 2023 insgesamt 186.000 Migranten in Italien, Griechenland, Zypern und Malta an 130.000 davon in Italien. Italien könne die Migrationskrise nicht allein stemmen, sagte Menikdiwela und bekräftigte erneut eine Forderung der Uno nach einem innerhalb der EU umstrittenen Umverteilungsmechanismus für ankommende Flüchtlinge und Migranten.

Zwischen Januar und August 2023 starteten 102.000 Flüchtlinge und Migranten ihre Fahrt über das Mittelmeer in Tunesien, 45.000 brachen in Libyen auf. 31.000 Menschen seien abgefangen oder gerettet und in Tunesien an Land gebracht worden, 10.600 in Libyen, fügte die UNHCR-Leiterin hinzu.

muk/AFP

Graphic

picture alliance / Chris Catrambone/MOAS.EU/dpa - Überfülltes Flüchtlingsboot treibt im Mittelmeer: Gefährliche Reise gen Europa

Load-Date: September 29, 2023

End of Document